

Stand: 20.04.2026 06:39:33

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/14358

"Kindern und Jugendlichen in der Pandemie jetzt Vorrang geben, Gesundheit und Wohlergehen sichern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/14358 vom 05.03.2021
2. Beschluss des Plenums 18/14363 vom 05.03.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 05.03.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kindern und Jugendlichen in der Pandemie jetzt Vorrang geben, Gesundheit und Wohlergehen sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie treffen Kinder und Jugendliche ganz besonders hart. Bei der anstehenden Öffnungsdebatte müssen ihre Belange konsequent und kontinuierlich an erster Stelle stehen. Das bedeutet auch, dass andere Bereiche, die schwerpunktmäßig die Lebenswelt von Erwachsenen betreffen, nachrangig zu behandeln sind, solange die Infektionslage eine Reduzierung von Kontakten notwendig macht.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dies durch folgende Maßnahmen konkret umzusetzen:

1. Gezielt öffnen: Sport, Freizeit und Freunde für Kinder, Jugendliche und ihre Familien priorisieren!

Folgende Bereiche sind zum Wohl von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln regional zuerst zu öffnen, sobald eine stabile oder sinkende 7-Tage-Inzidenz von unter 100 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern erreicht ist:

- Angebote der Jugendarbeit und -hilfe; dort, wo es möglich ist, werden Gruppenaktivitäten nach außen oder in andere geeignete, größere Räumlichkeiten (z. B. Museen) verlagert.
 - Zoos, botanische Gärten, Gedenk- und Freizeitstätten und andere Einrichtungen bzw. Angebote, die Familien und ihren Kindern ein Freizeit- und Kulturangebot in Außenbereichen bieten.
 - Bildungsangebote der Kultureinrichtungen, Museen, Musik- und Kunstschulen für Kinder und Jugendliche; insbesondere für Kinder und Jugendliche aus Kita- oder Klassengemeinschaften ist der gemeinsame Besuch von Kultureinrichtungen (Museen, Theater, etc.) ggf. nach Anmeldung wieder zu ermöglichen.
 - Kontaktfreier Sport im Außenbereich ist in ganz Bayern für alle Sportarten und Teamgrößen zu ermöglichen – darunter fällt auch Vereinssport. Kontaktfreier Sport im Innenbereich ist für Gruppen, die ohnehin in denselben Konstellationen im Klassenverbund oder in der Kita zusammenkommen sowie für feste Trainingsgruppen der Vereine, zu ermöglichen.
2. Schnell impfen: Beschäftigte in Kita, Schule und Kinder- und Jugendhilfe priorisieren!
 - Die Höhergruppierung von Stufe 3 auf 2 der Impfverordnung für Lehrkräfte der Grund- und Förderschulen ist nach dem Vorbild Baden-Württembergs auf Lehrkräfte und anderes Schulpersonal aller Schulformen auszuweiten.

- Es ist zu prüfen, ob die aktuellen Impfkapazitäten ausreichen, um zeitnah auch Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe (z. B. Jugendamt, Jugendsozialarbeit, Jugendwohnheime, Jugendzentren etc.) in der gleichen Priorität wie Lehrkräfte etc. impfen zu können.
3. Besser Testen: Reihentestungen, Selbsttests in Kita, Schule und Kinder- und Jugendhilfe durchführen!
- Regelmäßige Reihentestungen für alle Einrichtungen der Bildung und der Kinder- und Jugendhilfe – Schulen, Kitas, Jugendämter, Jugendwohnheime etc. – sind für alle dort tätigen Erwachsenen und für alle Kinder und Jugendlichen einzuführen. Das Testangebot wird den Erwachsenen mindestens einmal wöchentlich unterbreitet. Die Testungen werden durch mobile Testteams, von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Testzentren durchgeführt. Die hierfür entstehenden Kosten werden vollumfänglich übernommen.
 - Selbsttests sind neben Kindertageseinrichtungen und Schulen auch prioritär an Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe (z. B. für Frühe Hilfen, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz) kostenfrei und in ausreichender Menge zu verteilen. Sie ergänzen das Angebot an Reihentestungen und erhöhen die Sicherheit für alle Beteiligten.
 - Kontaktpersonen 1. Grades können nach zehn Tagen aus der Quarantäne entlassen werden, wenn sie zwei negative PCR-Testergebnisse vorweisen können. Dies verringert die Dauer der Isolation bei gleichzeitiger Wahrung des Infektionsschutzes. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen verhindert dies den Ausschluss ganzer Klassen für zwei Wochen vom Präsenzunterricht und trägt zur Bildungsgerechtigkeit bei.
4. Besser unterstützen: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken
- Informationen und Kontakte zu kostenfreien Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder und Jugendliche (z. B. „Nummer gegen Kummer“, Krisenchat etc.) werden in Bayern regelmäßig niedrigschwellig und kindgerecht über alle Kindertageseinrichtungen und Schulen vermittelt.
 - Pädagogische Qualitätsbegleitung an Kindertageseinrichtungen sowie Schulpsychologie, Schul- und Jugendsozialarbeit an Schulen sind auszuweiten. Aufsuchende Sozialarbeit ist grundsätzlich während der Pandemie aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Begründung:

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie treffen Kinder und Jugendliche ganz besonders hart. Konkrete Auswirkungen des Lockdowns – wie beispielsweise Fernunterricht, weniger soziale Kontakte zu Gleichaltrigen oder wichtigen Bezugspersonen wie Lehrkräften oder Erziehenden – sowie die fehlenden Perspektiven bezüglich der Dauer der Einschränkungen verschärfen zunehmend die psychischen Belastungen, vergrößern Lernrückstände und Benachteiligungen unserer Kinder und Jugendlichen. Hinzu kommt Bewegungsmangel, lange Bildschirmzeiten, Einschränkungen des sozialen Miteinanders, eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten, kaum Planungssicherheit, keine außerschulischen Kultur- und Bildungsoptionen. Dies belegen inzwischen auch einige Studien: So zeigte die internationale Studie COVID-Kids, dass während der Pandemie nur noch 50 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden seien. Vor der Pandemie lag der Wert bei 90 Prozent. 53 Prozent der befragten Grundschulkinder in Deutschland haben laut Studie fast nie Kontakt zu ihren Lehrpersonen gehabt. Forscherinnen und Forscher beobachten zudem über alle Altersgruppen hinweg einen deutlichen Anstieg von Angststörungen, Depressionen und Schlafstörungen. Auch Essstörungen, Substanzmissbrauch und missbräuchliche Medien- und Internetnutzung nehmen zu. Laut BARMER-Arztreport 2021 stieg die Anzahl von Kindern und Jugendlichen mit psychotherapeutischem Hilfebedarf von 2009 bis

2019 um 104 Prozent. Die Coronapandemie und der Lockdown verschärfen diese Situation – allein in 2020 stieg die Anzahl der Akutbehandlung sowie der Erstanträge für eine Therapie bei Kindern und Jugendlichen um sechs Prozent. In einem offenen Brief wandten sich vor diesem Hintergrund im Februar 2021 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Psychiaterinnen und Psychiater für Kinder und Jugendliche an die Bundesregierung, um auf die massiven Auswirkungen des Lockdowns auf Kinder und Jugendliche aufmerksam zu machen. Auch der Freistaat ist gefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Leben in der Pandemie kind- und jugendgerecht zu gestalten. Dementsprechend sind Kindern und Jugendlichen bei politischen Entscheidungen hinsichtlich Impfungen, Testungen und Öffnungen höchste Priorität einzuräumen und bestmögliche Angebote und Unterstützung während der Pandemie für Freizeit, Freunde und die psychische Gesundheit dieser jungen Generation zu machen und ihnen eine Perspektive aufzuzeigen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/14358

Kindern und Jugendlichen in der Pandemie jetzt Vorrang geben, Gesundheit und Wohlergehen sichern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Abg. Katharina Schulze
Abg. Thomas Kreuzer
Abg. Markus Plenk
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Florian Streibl
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Martin Böhm
Abg. Christian Zwanziger
Abg. Horst Arnold
Abg. Martin Hagen
Abg. Sandro Kirchner
Abg. Petra Högl
Abg. Gabi Schmidt
Abg. Bernhard Seidenath
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Johannes Becher
Abg. Albert Duin
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Ferdinand Mang
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Richard Graupner
Abg. Julika Sandt

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den einzigen **Tagesordnungspunkt** der heutigen Sitzung auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und
Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Klare Perspektiven für Bayern - Öffnungsschritte systematisch gehen, mehr
Normalität ermöglichen, wachsam bleiben ([Drs. 18/14357](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Kindern und Jugendlichen in der Pandemie jetzt Vorrang geben, Gesundheit und
Wohlergehen sichern! ([Drs. 18/14358](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-
Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)**

**Lockdown und verfassungswidrige Maßnahmen beenden - Grundrechte
wiederherstellen! ([Drs. 18/14359](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar
Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

Verantwortungsvoll öffnen - mit einer klaren Impf- und Teststrategie!

(Drs. 18/14360)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Testen, Impfen, Öffnen (Drs. 18/14361)

Zuerst hat jetzt Ministerpräsident Dr. Markus Söder das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Schwere Zeiten erfordern immer wieder schwere Entscheidungen, immer wieder aufs Neue. Es geht auch am heutigen Tag und in den nächsten Wochen um den richtigen Weg in dieser für uns alle so fordernden und ungewöhnlichen Epoche.

Was sind die Fakten? – Die Fakten sind, dass viele unserer Menschen am Limit sind. Sie sind nicht nur einfach ermüdet – sie sind genervt, gestresst; Existenzen sind bedroht. Die meisten sind einfach ungeduldig. Sie wollen wieder ihr Leben zurück, ihre Normalität, und zwar so viel davon und so schnell wie möglich. Ich glaube, wir alle hier, auch ich ganz persönlich, haben großes Verständnis für diesen Wunsch, diese Hoffnung und auch diese Ungeduld der Menschen.

Fakt ist aber auch: Corona ist nicht vorbei; es ist nicht zu Ende; es ist nicht erledigt. Positiv ist: Wir haben die zweite Welle – das kann man sagen – des bisherigen Coronavirus besiegt; sie läuft aus. Dies ist ein Erfolg von uns allen. Die Beschlüsse des Bayerischen Landtags, die Umsetzung vor Ort durch die Kommunen und die Bereitschaft der Menschen, dies alles in großer Zahl zu unterstützen, haben dazu geführt, dass wir einen starken Rückgang der Inzidenzen und einen ganz großen Rückgang der Todesfälle haben und viele Leben gerettet haben. Deswegen wie immer an dieser Stelle mein ganz persönlicher Dank und ein Dankeschön an die Staatsregierung und, wie ich meine, auch an den Landtag für die hohe Bereitschaft mitzumachen. Wir

haben die zweite Welle unter Kontrolle gebracht. Dies ist ein Erfolg von uns allen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Warum ist es dann nicht vorbei? – Weil die dritte Welle rollt und immer stärker wird. Diese dritte Welle hängt mit der neuen Mutation zusammen, übrigens nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, und zwar mit sehr, sehr starken Ausschlägen. Wir spüren auch in Bayern, dass sie angekommen ist. Während der Anteil der neuen Mutation bayernweit noch 30 % beträgt, verzeichnen wir bei den Proben, die in den Grenzregionen genommen werden, sehr hohe Einträge der Mutation – in Cham beispielsweise 78 %, in Wunsiedel 70 % und in Hof 60 %.

Mutation heißt nicht: irgendwie anders. Mutation heißt: gefährlicher, und zwar viel gefährlicher. Während bei einer Ansteckung einer Familie mit dem normalen Coronavirus bei sauberer Quarantäne die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass die ganze Familie angesteckt wird, geht dies bei der neuen Mutation ganz schnell; wenn man auf engerem Raum zusammenlebt, ist kaum mehr zu vermeiden, dass alle angesteckt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch hier im Hohen Haus noch einmal überlegen müssen, ob die jetzigen Vorkehrungen angesichts der höheren Ansteckungsgefahr, der Geschwindigkeit und der Aggressivität wirklich mutationsgerecht sind, wenn sich die Mutation durchsetzt. Deswegen kann ich nur dringend warnen. Es gibt keinen Anlass aufzugeben. Bei allem Verständnis für den Ärger, den die Einschränkungen bedeuten, gibt es keinen Anlass, Corona nicht mehr weiter zu bekämpfen. Wir sind jetzt in einer der letzten großen Phasen der Pandemie, bevor das Impfen – dazu komme ich später – wirklich wirkt. Deswegen dürfen wir in dieser letzten Phase keine grundlegenden Fehler machen. Wir dürfen erkämpfte Erfolge nicht verspielen. Deshalb bleibt trotz Öffnungen das oberste Gebot Vorsicht und Sicherheit. Zuerst kommen Vorsicht und Sicherheit, dann Öffnen und Hoffnung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unser Herz ruft nach Normalität und Freiheit; der Verstand sagt uns: Achtung, aufpassen! Die Zahlen gehen nämlich nicht mehr nach unten; sie beginnen wieder leicht zu steigen – in Deutschland und auch bei uns. Der bayerische Inzidenzwert ist nach oben gegangen, bei uns vor allen Dingen sehr geprägt – das muss man sagen – durch die besondere Situation der Hotspots in Grenznähe. Wir sind unmittelbares Grenzgebiet zu Tschechien. Die Einträge in Tschechien, auf der Nachbarseite, haben dazu geführt, dass dort die Inzidenz zum Teil über 1.200 liegt. Dort herrscht nahezu der absolute Katastrophenfall; dort gilt: Land unter. Deswegen sind wir auch stärker betroffen. Würde der bayerische Inzidenzwert ohne unsere besonderen Grenz-Hotspots berechnet, stünden wir deutlich besser da. Ich sage ausdrücklich: Dies ist kein Verschulden der Grenzlandkreise. Sie leisten dort übrigens hervorragende Arbeit, und sie kämpfen einen ganz schwierigen Kampf. Deswegen haben wir auch eine Gesamtaufgabe. Die Inzidenz wird als Durchschnitt ermittelt, aber wir müssen auch darauf achten, wie die einzelnen Inzidenzwerte sind. Wo die Situation leichter ist, ist es okay, aber wo sie schwieriger ist, braucht es auch die gesamte Solidarität in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Inzwischen gibt es auch gute Nachrichten. Der R-Wert, der Verbreitungswert, ist etwas gesunken. In den letzten Tagen haben wir eine Verbesserung erreicht. Aber trotzdem: Ohne Aufpassen geht es nicht. Wir brauchen die richtige Balance. Wir brauchen die richtige Balance deswegen, weil die Schere in Bayern auseinandergeht. Auf der einen Seite haben wir Hotspots, auf der anderen Seite haben wir aber auch zwölf Städte und Landkreise, die unter einem Inzidenzwert von 35 liegen. An dieser Stelle ist es ganz entscheidend, die Verhältnismäßigkeit zu finden; denn die wichtigen und schweren Grundrechtseinschränkungen müssen immer wieder gerechtfertigt, müssen immer wieder begründet werden und müssen von Angemessenheit und juristischer Verhältnismäßigkeit geprägt sein. Das ist der Grund, warum es so schwer ist, Entscheidungen zu treffen.

Ich habe in den letzten Wochen unzählige Wünsche bekommen, alles sofort und ohne Bedingungen zu öffnen. Ich habe mir auch jede Wortmeldung jedes Einzelnen notiert. Diese wurden immer drängender und immer lauter. Die Schutzkonzepte und die Frage nach dem Schutz wurden in den Hintergrund gedrängt, die Öffnung nach vorne.

Ein Öffnen ohne Schutz, Öffnen ohne Sicherheit, Öffnen ohne ein Begleitkonzept ist ein Blindflug. Ungeduld allein, meine Damen und Herren, wäre ein schlechter Ratgeber. Nur dort, wo es die Zahlen hergeben, kann man öffnen, nicht aber dort, wo die Zahlen so hoch sind. Deswegen ist bei der gesamten Corona-Bekämpfung jetzt nicht die Zeit für einen Game Change, für einen Paradigmenwechsel. Die Grundlinie bleibt – im letzten Jahr war es übrigens ganz ähnlich –: Wir brauchen Vorsicht. Die Vorsicht muss aber mit Vertrauen ergänzt werden. Natürlich müssen wir Vertrauen in die Menschen haben – darauf basiert übrigens die gesamte Corona-Strategie –, müssen darauf vertrauen, dass die Menschen mitmachen. Wir müssen Corona-Konzepte mit den Bürgern machen, nicht gegen sie. Deshalb bedeutet auch der Begriff Verantwortung nicht, dass der Staat Verantwortung abwälzt. Wir alle stehen in einer großen Verantwortungsgemeinschaft: der Staat, die Institutionen, aber auch jeder einzelne Bürger.

Uns muss klar sein: Wenn es gelingt, geht mehr; wenn es nicht gelingt, geht manches wieder zurück. Deswegen ist es wichtig, dass wir ein System mit Notbremsen haben, dass Öffnen nicht eine Einbahnstraße sein kann nach dem Motto: Wir öffnen einfach weiter, ohne den Blick auf das Infektionsgeschehen zu richten. Das sind zwei miteinander kommunizierende Röhren; das ist ein atmendes Corona-Schutzsystem, das ist also nicht einfach ein blinder Stufenplan nach Datum, sondern eine Öffnungsmatrix mit Daten und Inzidenzwerten.

Zum Stichwort "Inzidenz" gibt es immer wieder die Argumente: Die Inzidenz ist doch ein überholter Wert. Wer braucht den eigentlich noch? Wir müssen andere Werte nehmen, den R-Wert, die Zahlen in den Krankenhäusern oder die Mortalitätsrate. – Ich habe letztens auch die Forderung gelesen, gesamtgesellschaftliche Betrachtungswei-

sen müssten mit einfließen. Das sind viele gute Gedanken. Aber bringen wir die in ein konstruktives Konzept?

Ich kann nur sagen: Die Inzidenz ist nach wie vor der mit Abstand beste und verlässlichste Wert. Er ist vergleichbar, er gilt überall, er ist justiziabel vor den Verwaltungsgerichten, und er ist vor allen Dingen das früheste Warnsignal überhaupt. Es ist jedes Mal das Gleiche: Erst steigt die Inzidenz. Mit der Zeit ergibt sich dann das Hineinwachsen in die Krankenhäuser und leider auch in die Mortalität.

Wer auf Todesraten wartet, hat die Zeit verpasst zu handeln. Ich mache das nicht. Wir, meine Damen und Herren, orientieren uns an der wissenschaftlich und gesetzlich legitimierten Zahl. Das ist die Inzidenz. Ich habe noch niemanden gehört, der eine andere Formel entwickelt hätte, bei der sieben oder acht Zahlen zusammengebracht werden können, aus denen man dann eine neue Berechnung machen könnte.

Lassen Sie uns an der Struktur arbeiten, die bislang erfolgreich ist! Das ist der Inzidenzwert. Wenn er steigt, müssen wir aufpassen. Wenn er sinkt, haben wir eine entsprechende Verbesserung. Deswegen sage ich Ihnen: Lassen wir uns nichts vormachen. Wir sollten nicht versuchen, die eigenen Wünsche nach mehr Normalität durch eine veränderte Zahlenmatrix nach vorne zu stellen. Die Inzidenz ist die Basis.

Manche fragen: Wäre es, wenn sich die Zahlen wieder leicht nach oben entwickeln, denn nicht besser, gar nichts zu tun? Wäre das vielleicht ein Konzept? – Andere sagen, die Maßnahmen müssten verschärft werden. Auch das höre ich. Die jeweiligen Anhänger haben verschiedene, sehr konsequente Konzepte. Egal ob No-Covid- oder Zero-Covid-Strategie – sie sind in ihrer Klarheit und Reinheit auf den ersten Blick natürlich sehr ansprechend. Ich habe das hier schon einmal gesagt. Theoretisch ginge das auch.

Ich habe das auch mit der Bundeskanzlerin und mit Winfried Kretschmann, mit dem ich mich auf das Engste austausche, immer wieder besprochen: Sollen wir das machen? Wäre das ein Angebot? – Wir kommen aber immer wieder zu demselben Er-

gebnis: Eine 100-prozentige Umsetzung eines scheinbar stringenten Konzepts geht nur in anderen Gesellschaftsformen als unserer, nicht nur hinsichtlich der Frage der Verfassungsmäßigkeit, sondern auch in Bezug auf die Frage, ob sich das umsetzen lässt. Wir sind kein autoritäres Land und wollen es auch nicht werden. Wir müssen die Menschen bei allen Schritten, die wir gehen, immer wieder neu motivieren. Wir dürfen sie nicht zwingen, sondern müssen sie mitnehmen.

(Zuruf)

Zu diesem Mitnehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehören zwei Dinge: Wir müssen insgesamt die wissenschaftliche Basis betrachten. Aber wir brauchen immer auch Verständnis und Empathie für das Schicksal der Menschen. Uns geht es gut. Die meisten haben ein ordentliches Gehalt und leben relativ sicher. Aber vielen geht es anders.

Wir müssen jede einzelne Sorge immer wieder zu unserer Sorge machen, von denen es viele gibt. Das betrifft einerseits diejenigen, die krank sind und gesundheitliche Schäden haben, die viele noch lange haben werden. Andererseits sind sehr viele nicht krank geworden und leiden trotzdem schwer unter Corona: Kinder und Jugendliche, die vereinsamen oder Sorgen um ihre Zukunft haben; Menschen, die es daheim im Homeoffice einfach nicht mehr aushalten; manche, die auch schwere Depressionen bekommen oder andere Krankheitserscheinungen haben.

Ich meine aber natürlich vor allem diejenigen, die in ihrer Existenz massiv betroffen sind. Trotz der Wirtschaftshilfen stehen viele auf der Kippe. Mit der Wirtschaftshilfe wird das besser. Wir arbeiten mit Hochdruck daran. Die theoretischen Konzepte sind gelegt. Das Wirtschaftsministerium arbeitet jetzt mit Volldampf an der Umsetzung. Über den Härtefallfonds wird es Zusatzhilfen geben. Wir werden auch das Problem der Brauereigaststätten und viele andere Probleme lösen können.

Trotzdem: Auch wenn die wirtschaftlichen Hilfen kommen, die auch kommen müssen,

(Zuruf)

müssen wir die Sorgen der Menschen aufnehmen. Aber die Basis für alles und die Grundlage für das Konzept, das wir haben, ist die Stimme der Medizin und der Wissenschaft. Sie geben die Richtung vor. "Team Vorsicht" heißt, das zur Grundlage zu machen und gleichzeitig die Menschen dabei mitzunehmen; denn jedes theoretische Konzept braucht die breite Unterstützung der Bevölkerung. Das gehört zusammen.

Wir dürfen also nicht stur und starr in die eine oder in die andere Richtung schauen, nicht blind und planlos agieren, sondern – so haben es die Bundesländer gemeinschaftlich beraten; auch in einer Verantwortungsgemeinschaft – mit einer intelligenten Öffnungsmatrix: Öffnen, Schritt für Schritt, mit Vernunft, mit Sicherheitspuffer und mit Notbremse.

Ich darf allen versichern: Das, was wir ab nächster Woche an Öffnungsschritten machen, wird akribisch beobachtet. Die Zahlen und die Entwicklungen werden beobachtet. Wir sehen dann nicht einfach tatenlos zu, sondern werden im Zweifel gegensteuern und konsequent agieren, und zwar in allen Stufen.

Haben wir denn Sicherheitsschranken? – Natürlich. Was wurde ich von vielen angegriffen, als wir vor einigen Wochen die FFP2-Maskenpflicht eingeführt haben: Geht das denn? Muss das sein? Das ist zu viel, ein Übermaß. So viele Masken sind doch gar nicht vorhanden. – Heute sind wir froh darüber, dass Bayern die mit Abstand strengste Maskenpflicht hat.

(Zuruf)

Die FFP2-Masken helfen uns: im ÖPNV, im Handel und auch in bestimmten Innenstadtbereichen.

Ich nenne unsere Hotspotstrategie. Die Ausgangssperre, die sich bewährt hat, ist beibehalten worden für alle Städte und Landkreise, die eine Inzidenz von über 100 haben. Das ist ein schwerer Eingriff, aber eine wichtige Sache für uns alle.

Jetzt haben wir die Notbremse in den Beschlüssen neu verankert. Meine Damen und Herren, es gibt nicht nur ein Öffnen, sondern es kann auch in die andere Richtung gehen.

Wie wird die Situation in den nächsten Wochen, insbesondere im März sein? – Die Schwierigkeit auch in psychologischer Hinsicht ist, dass zwei Instrumente neu bzw. stärker sind, die uns Öffnungen erleichtern und sie beschleunigen lassen und die eine Rückkehr zur Normalität wahrscheinlicher und sicherer machen, die aber von der Zeitachse her nicht so schnell verfügbar sind, wie wir uns das wünschen und worauf wir auch drängen: Testen und Impfen. Das sind zwei zentrale Elemente.

Zuerst zum Testen: Seit Beginn war Bayern hier Vorreiter. Wie oft aber wurden wir dafür kritisiert, dass wir überhaupt so viel testen! Ich kann mich noch an endlose Debatten erinnern: Wie kann Bayern denn so viele Tests anbieten? Die Tests gehen aus. Das ist doch unmöglich. Dafür muss man doch Geld verlangen. – Wir sind dageblieben – das war richtig – und haben kostenlose Tests angeboten, auch PCR-Tests, den sichersten Test.

Übrigens: Jeder Schnelltest, der gemacht wird und bei dem man positiv getestet wird, muss durch einen PCR-Test bestätigt werden.

(Zuruf: Ach!)

Das ist die Basis aller Entscheidungen beim Testen.

Einige haben gesagt, das Testen sei falsch: Wenn man so viel testet, dann bekommt man möglicherweise auch mehr positive Ergebnisse. Deswegen ist es vielleicht sogar besser, nicht zu testen. – Der Oberbürgermeister aus Forchheim hat gesagt, das wäre schlecht.

Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass er sich die Situation über die Dunkelziffer erleichtert, der täuscht sich fundamental. Es mag sein, dass man mit dem Testen zunächst mehr positive Fälle ans Licht bringt. Aber man unterbricht damit auch die Infek-

tionskette und senkt dauerhaft das Geschehen in fundamentaler Weise. Die baye-
rische Teststruktur, für die wir verantwortlich sind, ist nicht immer einfach gewesen,
aber sie funktioniert.

Wir haben in den Testzentren – Stand heute –, was die PCR-Tests betrifft, eine Kapa-
zität von bis zu 80.000 Tests pro Tag. Jetzt kommt zum PCR-Test die neue Hoffnung
noch dazu, nämlich der Schnelltest und der Eigentest.

Das Schnelltesten – das sage ich ausdrücklich – ist keine Wunderwaffe in der Pande-
miebekämpfung. Aber es führt zu einer Chance, mehr Freiheit zu erreichen, weil man
mit dem Freitesten für 24 Stunden die Möglichkeit für mehr Normalität hätte, wenn
man das schnell, innerhalb weniger Minuten machen kann und nicht zwei oder drei
Tage auf das Ergebnis warten muss. Dann kann man einen Testpass erstellen, bei-
spielsweise in einem Testzentrum, mit dem man für 24 Stunden viel Normalität genie-
ßen kann.

Bayern hat bei den Schnelltests nicht darauf gewartet, bis der Bund bestellt. Dort
scheint nicht ausreichend oder überhaupt nur sehr wenig auf den Weg gebracht wor-
den zu sein. Ich gebe zu: Manchmal ist man überrascht, dass der Bund noch nichts
bestellt hat und eine Kapazität in Drogeriemärkten vorhanden zu sein scheint. Wir
haben nicht darauf gewartet.

Wir haben schon 20 Millionen Schnelltests bei uns im Bestand. Die ersten sind auch
ausgeliefert worden, insbesondere an die Zentren für Schulen und Kitas. Wir haben
auch noch Tests bestellt. Rund 11 Millionen werden jeden Monat neu dazukommen.
Das wäre allein für dieses Jahr ein Minimum von 100 Millionen solcher Tests, die be-
reits jetzt auf den Weg gebracht worden sind. Wir haben im Kabinett schon die finan-
ziellen Grundlagen für die ersten Monate gelegt.

Wir testen auch schon. Kommunen machen das bereits in Schulen und Kitas.

Ich muss Ihnen aber auch sagen: Der Schnelltest hat nur dann einen Effekt, wenn er auch genutzt wird. Es gibt keine Testpflicht. Bislang waren 40 % der Lehrerinnen und Lehrer und 9 % der Schülerinnen und Schüler testbereit. Ich nehme an, ab nächster Woche wird es besser. Das muss auch besser werden. Nur dann bekommen wir ein ehrliches Bild.

Was den Bund betrifft: Natürlich muss es da ein Nachlegen geben. Das war auch die klare Botschaft. Da muss es mehr geben, und das muss schneller werden.

Vor allen Dingen braucht es eine klare Teststrategie, die vor allem bei den Eigentests die Frage beantwortet: Wie schnell schaffe ich es, aus einem Eigentest einen Nachweis zu bekommen, der mir die Freitestung ermöglicht?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bayern – das kann man sagen – hat bislang seinen Teil erbracht. Wir hoffen sehr, dass es jetzt mit der Unterstützung des Bundes noch besser wird.

Zweitens zum Impfen. Impfen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren – ich glaube, darüber sind wir alle einer Meinung –, die einzige tatsächlich echte Langzeitstrategie, und zwar nicht nur für dieses Jahr, sondern dauerhaft. Impfen rettet Leben, Impfen gibt Normalität. Übrigens trägt jeder, der heute immer noch aus tiefer Überzeugung das Impfen verunglimpft, dazu bei, definitiv auf Dauer Leben zu gefährden und Normalität zu verhindern. Darum bitte ich alle, die immer noch in ihren Verschwörungsblasen hängen, dies aufzugeben, herauszukommen und nicht aus ideologischen oder sonstigen spirituellen Gründen gegen das Impfen zu sein. Impfen ist die große Hoffnung unserer Zeit. Alle müssen hier mitmachen, und alle müssen sich dahinter stellen.

(Lebhafter Beifall)

Das Problem ist: Im Moment ist noch nicht genügend Impfstoff vorhanden. Das ist, glaube ich, der Kapital- und Kardinalfehler, der leider auf europäischer Ebene begangen wird. Die Idee, Impfstoff gemeinsam für Europa zu organisieren, ist eigentlich eine

grundlegend gute. Man hat aber zu spät, zu wenig und möglicherweise auch zu sparsam bestellt,

(Zuruf)

sonst wären wir wie andere Länder, etwa die USA, Großbritannien und Israel, deutlich weiter. Für die Menschen ist es auch psychologisch schwierig, wenn sie aus anderen Ländern hören, wir sind im Mai durch, während wir dann in Europa erst richtig anfangen, und zwar überall, nicht nur in Deutschland.

Also ist beim Impfen grundlegend mehr Tempo notwendig, zum einen durch schnellere Zulassung. Jetzt gibt es wieder zwei neue Impfstoffe, die im Zulassungsverfahren sind: Johnson & Johnson, aber auch Sputnik V. Meine dringende Empfehlung lautet, dass auf europäischer Ebene das Zulassungsverfahren beschleunigt wird. Natürlich ist der wichtigste Aspekt die Sicherheit, wenn aber alle Impfstoffe, die in anderen Ländern zugelassen sind, immer erst viel später auch noch in Europa zugelassen werden müssen, drängt sich der Verdacht auf, dass die Gründlichkeit bei uns vielleicht auch ein Grund für das Tempo ist. Ich hoffe sehr – dies gilt für einen Impfstoff wie Sputnik V –, dass man allein wissenschaftliche Gründe am Ende auch bei der Frage, ob man ihn bezieht, gelten lässt und nicht andere zum Thema macht.

Wir impfen, was da ist. Die Kommunen tun dies. Mein Dank geht an die Kommunen, die die Impfzentren betreuen, für ihre gute Arbeit. Was die Erstimpfung betrifft, liegt Bayern ganz gut. Ich glaube, im Moment liegen wir auf Platz 2 oder 3. Das läuft ganz gut. Bislang sind über 1,2 Millionen Dosen verimpft worden. Bei den vulnerablen Gruppen hat es deutliche Verbesserungen gegeben. Bei den Über-80-Jährigen haben 42 % die Erstimpfung, bei den Altenheimen sind es sogar 81 %. Wir werden Ende März in diesem Bereich so gut wie durch sein. Die Erfolge zeigen sich schon im Rückgang der Todesfälle. Bei den Über-80-Jährigen gibt es einen Rückgang um rund die Hälfte.

Aber es gibt natürlich auch Probleme, zum Beispiel psychologischer Art. Manche Impfstoffe werden lieber genommen als andere. AstraZeneca leidet unter einer Imagefra-

ge. Das soll jetzt besser werden. Jetzt wurde der Impfstoff auch für die Über-65-Jährigen empfohlen. Das ist gut. Hoffentlich trägt dies auch zur Akzeptanz bei. Wir versuchen, die Geschwindigkeit zu erhöhen, indem wir alle gemeinsam die Priorisierungen mit Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern und Polizisten verbessert haben.

Ich glaube, meine Damen und Herren, man darf sich nicht täuschen: Auch wenn jetzt alles sehr zäh wirkt – es wird jeden Tag ein bisschen besser –, wird es ab April grundlegend besser werden; denn dann stehen wir vor der Frage, wie wir mit sehr viel mehr Impfstoff die Impfung auch durchsetzen können. Am Ende darf kein Impfstoff übrigbleiben. Eigentlich muss alles, was reinkommt, sofort rausgehen, so schnell wie möglich. Jeder, der sich impfen lassen will, muss dann auch die Chance erhalten, sich impfen zu lassen. Das geht nur mit einem vernünftigen Impfkonzzept. Dazu gehört, die Kapazitäten in den Impfzentren zu verdoppeln. Ohne die Impfzentren geht es auf keinen Fall. Wir müssen aber auch andere einbeziehen.

Ich verstehe manchmal nicht, warum man der Ärzteschaft nicht das notwendige Vertrauen entgegenbringt. Ärzte impfen seit Jahrzehnten erfolgreich. Für mich ist nicht verständlich, wie man über die Frage eine Debatte eröffnen kann, ob Ärzte impfen können. Wer hat es denn sonst gemacht? Ich wünsche mir grundlegende Öffnung für Ärzte und mehr Vertrauen in die Ärzteschaft, meine Damen und Herren. Das können sie, und sie tun es auch.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben hart um diesen Punkt gerungen, auch in der MPK. Auch hier gab es wieder eine Achse zwischen Bayern und Baden-Württemberg, aber auch anderen Ländern, um das zu verbessern. Jetzt soll dies schon für Ende März möglich sein, und zwar über das hinausgehend, was in Einzelfällen passiert. Natürlich können Hausärzte schon mitimpfen, sozusagen als Beauftragte der Impfzentren, aber es kommt jetzt darauf an, dies in der Breite selbstständig zu tun. Ich sage Ihnen: Wenn viel Impfstoff vor-

handen sein wird, sollten nicht nur Hausärzte, sondern auch Fachärzte und Betriebsärzte impfen, die dann auch ganze Betriebe durchimpfen könnten, sowie auch Schulärzte. Wenn es genügend Impfstoff gibt, sollten wir ein Signal an die Schülerinnen und Schüler setzen, für die die Impfung zugelassen ist.

Wichtig ist: Im Zentrum, in der Praxis, im Betrieb und vielleicht auch in der Schule muss geimpft werden. Das geht rechtlich aber nur, wenn sich die bislang extrem starre Impfbürokratie verändert. Extrem aufwendige Dokumentationspflichten verlangsamen den Prozess.

(Zuruf)

Hinzu kommt noch eine sehr strenge und enge Prioritätenliste, was zum Beispiel dazu führt, dass der Arzt gar keine Möglichkeit hat, eine eigene Entscheidung zu treffen. Dies ist, wie gesagt, nur ein Beispiel. Wir haben in Bayern auch viele Menschen, die an chronischen Krankheiten leiden, auch wenn sie nicht über 80 Jahre alt sind. Die chronisch Kranken können aber nicht von den Impfzentren ermittelt werden, sondern nur von den Ärzten, weil nur sie die Daten für die Einschätzung haben. Also müssen wir nicht nur die Dokumentation reduzieren, wir müssen auch nach der starken Priorisierung, nachdem die vulnerablen Gruppen dann weitgehend durch sind, daran arbeiten, eine Ergänzung in Form einer Empfehlung zu haben.

Noch einmal: Das Motto muss sein, so schnell und so viel wie möglich zu impfen. Das ist das Entscheidende. Im Kern geht es darum, aus einer Mangelverwaltung ein Massenmanagement zu machen.

(Zuruf)

Wenn es jetzt auch im März schmerzhaft ist, dass wir so wenig haben, darf sich keiner täuschen: Mir wäre es lieber gewesen, wir wären schon viel weiter. Auch gibt es keinen in Deutschland – das kann man wirklich sagen –, der das nicht gerne hätte. Es bringt aber nichts, den ganzen Tag darüber zu jammern; denn Jammern führt nicht zu

einer Impfdose und einer Impfung mehr. Eines muss uns aber klar sein: Wir müssen das Thema beschleunigen, und – jetzt ganz besonders – wir müssen auch regionale Prioritäten neu definieren – das sage ich ganz bewusst – in den Hotspots, die wir haben, in Grenzlandkreisen.

(Zuruf)

Wir spüren, dass die Grenzlandkreise besonders hart und schwer betroffen sind. Diese kämpfen wirklich. Dort ist fast alles geschlossen, jeden Tag. Trotzdem wird die Situation mit Tschechien einfach nicht besser.

Ich habe es schon angesprochen: Tschechien hat die höchste Inzidenzzahl in Europa. Tschechien ist eines der klaren Mutationsgebiete. Tschechien hat an der Grenze – man kann dies an den Farben sehen – mit Abstand die Bereiche mit den höchsten Inzidenzen. Die Grenzlandkreise können nichts dafür. Sie tun, was sie können. Wir helfen, wo es geht. Die Grenzkontrollen sind übrigens ein richtiger und wichtiger Schritt. Nach Angaben des Innenministeriums hat es über 300.000 Kontrollen und rund 30.000 Zurückweisungen gegeben, die übrigens gemeinschaftlich von Bundes-, Landes- und Grenzpolizei gemacht werden. Hier zeigt sich übrigens auch, wie gut sich das Instrument bewährt hat.

Wir wollen aber nicht nur Grenzkontrollen durchführen – das ist ein wichtiger Bestandteil –, sondern wir helfen Tschechien auch. Jede Hilfe für Tschechien ist auch eine Hilfe für uns. Wir helfen mit Betten, mit Schnelltests und auch mit wenigen Impfdosen. Wir arbeiten mit Sachsen zusammen, wo es nur geht, tauschen uns aus und sequenzieren gemeinsam. Ich glaube nur, dass das allein dem Ernst der Situation nicht gerecht wird. Jeder muss wissen: Wer glaubt, Hof und Tirschenreuth seien weit weg, wird erleben, wie nahe diese Orte sind, wenn sich die Geschwindigkeit der Mutation weiter verändert. Wir brauchen hier einen Extrabeitrag.

(Zuruf)

Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit und der Solidarität mit Regionen, die selbst unverschuldet in Not geraten sind. Ich sage: Wo nicht geöffnet werden kann, dort muss schneller immunisiert werden.

Deswegen werden wir den Impfstoff dort jetzt auch stärker einsetzen. Wir fangen am Dienstag mit einer zusätzlichen ersten Tranche an. 50.000 Extradosen gibt es ab nächster Woche für die Bereiche dort, um schneller zu impfen, mehr zu impfen und übrigens auch die Priorisierung zu erweitern, um auch andere Bereiche zu impfen, beispielsweise Pendler und Berufsgruppen, die besonders stark betroffen sind.

Wir wollen in den Grenzregionen ein Signal setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir stellen noch mal den Wunsch und die Forderung an die Bundesrepublik, aber auch an Europa: Wir brauchen dort zusätzliche Hilfe. Wir brauchen nicht nur eine Umverteilung bei uns – wir werden jetzt niemandem etwas wegnehmen –, sondern wir werden mit dem Anstieg der Impfdosen etwas mehr in diese Hochrisikogebiete geben. Das wird nicht weggenommen, aber der Anteil wird erhöht. Dies wäre wichtig. Österreich hat Extradosen aus Europa für den Tiroler Bereich erhalten. Wir wollen die gleiche Hilfe, und zwar nicht nur in Bayern, sondern auch in Sachsen und im Saarland. Wir sind uns einig: Wir brauchen mehr. Wir brauchen gerade für Mutationsgebiete einen Sonderbereich. Auch hier geht es um eine Frage der Solidarität. Jetzt könnte Europa – das sage ich – einmal helfen und uns an dieser Stelle unterstützen.

(Lebhafter Beifall)

Testen und Impfen, Schritt für Schritt.

Jetzt zum Öffnen: Sie kennen zwar überwiegend die Details, ich will sie aber noch einmal skizzieren. Die Basis ist wieder die Inzidenz. Das Prinzip lautet: Wo diese niedrig ist, sind Öffnungen möglich. Wo sie höher ist, geht weniger. Wo die Situation schlecht ist, bleibt es so, oder die Schritte werden wieder zurückgenommen. Dies muss regional differenziert betrachtet werden, weil die Spreizung so groß ist. Das ist dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geschuldet. Alle sind und alles ist mit Schutzkonzepten

zu versehen. Die Inzidenzbereiche sind bis 35, aber im Wesentlichen unter 50, 50 bis 100 und über 100. Übrigens liegen in Bayern derzeit 76 Landkreise und Städte unter einer Inzidenz von 100. Das entspricht ungefähr 86 % der Bevölkerung. Das ist – um eine Gesamteinschätzung zu treffen – kein Wert, auf dem man sich ausruhen kann; der Wert ist aber interessant. Er zeigt, dass für immerhin 86 % der Bevölkerung durch die Schritte, die jetzt gemacht werden, stufen- und schrittweise Verbesserungen erreicht werden.

Bei insgesamt 14 % der Bevölkerung liegt die Inzidenz bei über 100; das sind 20 Landkreise und Städte. Das sind übrigens überwiegend die genannten Landkreise, denen wir jetzt besonders helfen müssen. Bei 45 % der Bevölkerung liegt die Inzidenz unter 50, das sind 35 Landkreise und Städte, bei knapp 10 % liegt sie unter 35. Das beschreibt übrigens ganz gut die Einteilung, die wir an der Stelle haben.

Was genau wird, wenn der Bayerische Landtag heute zustimmen sollte, ab nächsten Montag passieren? – Der erste Bereich betrifft die Kontakte. Das ist übrigens für die Mehrzahl der Menschen das Wichtigste. Wann kann ich mich mit wem wie treffen? – Wir kehren zurück zu der Formel: zwei Haushalte, fünf Personen, Kinder unter 14 Jahren dabei nicht mitgerechnet.

Es gibt zwei Veränderungen. Die Veränderung nach oben: Bei einer Inzidenz über 100 bleibt es bei der alten Regelung. Die Veränderung nach unten: Bei einer Inzidenz unter 35 gibt es mehr Möglichkeiten: drei Haushalte, zehn Personen. Das ist, wenn man das so sagen darf, schon relativ viel Normalität.

Für die Bereiche Handel, Kultur und Sport, ohne hier besondere Bereiche zu priorisieren – alle sind gleichberechtigt –, gibt es ein vergleichbares Konzept. Bei einer Inzidenz von unter 50 gilt für Handel, Kultur und Sport: Öffnung. Dann kann der Handel öffnen – mit Maske natürlich, immer mit Maske –, aber wie bisher mit Quadratmeterbegrenzung. Dazu gehören auch Museen und Galerien; das ist, wie Sie gelesen haben, eine lange Reihe. Es gibt auch neue Sportmöglichkeiten. Das ist, wenn die Inzidenz

unter 50 liegt – ich habe angesprochen, wie viele das in Bayern betrifft –, ein hohes Maß an Rückkehr zur Normalität.

Jetzt kommt die ganz entscheidende Frage. Manche sagen: Ja, jetzt wird geöffnet – und dann? – Bleibt es in den nächsten 14 Tagen dabei, können die nächsten Schritte gemacht werden: Außengastro, Kultur, Theater, Oper, Kino? – Hierfür wird es ähnliche Schutzkonzepte geben, wie sie sich beispielsweise bei den Gottesdiensten sehr bewährt haben. Das gilt auch fürs Tennis.

Warum 14 Tage? – 14 Tage entsprechen immer einem Infektionszyklus, den es abzuwarten gilt. Bei einer Inzidenz zwischen 50 und 100 muss man weniger machen und ganz klar vorsichtiger agieren. Nehmen wir wieder die drei Bereiche Handel, Kultur und Sport: Dort wird das Konzept "Click and Meet" angewandt. Ich habe von einem Journalisten gelesen, der meinte, was sei "Click and Meet" wieder für eine abwegige Idee der Politiker. – Die Idee stammt von den Handelsverbänden, nicht von der Politik. Durch "Click and Meet" besteht die Möglichkeit, per Anmeldung, Zeitfenster und Dokumentation mehr Normalität zu ermöglichen. Es gilt: eine Person pro 40 Quadratmeter.

Ich finde, das ist ein Konzept, das viel mehr möglich und zulässig macht. Bleibt die Lage 14 Tage stabil, gibt es die gleichen Öffnungsschritte wie bei einer Inzidenz unter 50. Hier muss aber immer getestet werden. Bei einer Inzidenz über 100 bleibt alles, wie es ist. Das betrifft den Handel, die Kultur und den Sport.

Wenn ich das sagen darf, für mich ist am wichtigsten: Ich weiß, dass gerade im Handel Existenzen bedroht sind. Da gibt es aber am Ende mit den finanziellen Hilfen, wenn sie dann da sind, einen guten Ausgleich. Für den Bereich unserer Kinder und Jugendlichen ist der Ausgleich aber viel schwieriger. Da kann nichts so leicht nachgeholt werden. Ich bitte deswegen immer darum, dass wir in all den Debatten bei aller Leidenschaft für die wirtschaftlichen Fragen nie die gesellschaftliche Dimension außer Acht lassen. Schule und Kita haben für mich – wie für viele andere – eine ganz, ganz hohe Priorität.

Fast alle Familien sind über die Eltern und Kinder betroffen, aber auch die Großeltern nehmen Anteil an der Familie und der Entwicklung der Kleinen. Wie sieht es dort aus? – Auf der einen Seite haben wir ein Schutzversprechen gegenüber den Lehrkräften und natürlich gegenüber den Schülerinnen und Schülern. Auf der anderen Seite haben wir aber auch für unsere Kinder eine Bildungsgarantie abzugeben.

Eine Bildungsgarantie ist ganz wichtig, weil wir ja schauen müssen, dass diese Generation weiter gebildet wird und dass Schäden, die sich da entwickeln könnten, wieder ausgeglichen und behoben werden. Wir wollen Schule. Aber auch in der Schule braucht es klare Schutzkonzepte: Maskenpflicht auch in der Grundschule. – Was gab es darüber für Diskussionen? Man solle das nicht machen. Dieser richtige Weg wurde heftig angegriffen. Unser Testkonzept: zwei Tests pro Woche. Auf Bundesebene haben wir einen Test pro Woche vereinbart. Wir machen jetzt zwei Tests, auch deshalb, weil wir die Schnelltests dazu haben. Daneben wollen wir so viele Lehrerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher impfen, wie in der kurzen Zeit nur irgend möglich.

Auch hier gilt die gleiche Matrix: Inzidenz von unter 50, 50 bis 100, über 100. Wir fangen allerdings ab nächster Woche, ab 15. März, ganz vorsichtig an. Warum? – Eine Woche mehr Sicherheit und eine Woche Planungsmöglichkeit, die gerade im Schulbetrieb sehr, sehr wichtig ist. Bei einer Inzidenz von unter 50 gibt es einen vorsichtigen Einstieg in mehr Präsenz. Es gibt nicht einfach Vollpräsenz, sondern wir sind gerade bei den Kleinsten vorsichtig, bei denen es nach Einschätzung aller Experten, auch der Kinder- und Jugendpsychologen, am wichtigsten ist, Nähe und das Erleben der Pädagogik zu haben.

Wir steigen dort mit Präsenzunterricht ein, wo es bisher Wechselunterricht gab. Das sind die Klassen 1 bis 4 in Grund- und Förderschulen. Bei den Abschlussklassen war es ohnehin so. Dort, wo es bisher Distanzunterricht gab, steigen wir in den Wechselunterricht ein. Das gilt dann für die Klassen 5 bis 11. Das Ziel besteht darin, vor Ostern noch einmal alle in der Schule zu haben.

Die nächste Stufe liegt bei einer Inzidenz zwischen 50 und 100. Alle tragen Masken, es wird getestet und geimpft. Dann gibt es Wechselunterricht für alle. Alle sollen, wie gesagt, vor Ostern einmal in die Schule kommen.

Frau Schulze, anders als in anderen Ländern diskutiert, bleiben wir dabei, die Osterferien nicht anzutasten. Ich glaube, dass es in der jetzigen Phase falsch wäre, noch einmal über die Osterferien zu diskutieren. Wir werden im Laufe des Jahres überlegen, ob und wie wir verlorenes Wissen vielleicht wiedererlangen und ergänzen können. Das werden wir dann diskutieren, nicht aber im Moment.

Bei einer Inzidenz von über 100 bleibt es beim Distanzunterricht, der doch mehr geschätzt wird, als man sich angesichts der Kritik an der Staatsregierung im Januar erträumt hätte. An diejenigen, die über 100 liegen, sende ich das Signal: Das wird nicht einfach ignoriert oder vergessen. Der Kultusminister, der Gesundheitsminister und ich haben vereinbart, mit den Schulen vor Ort, wo die Inzidenz über 100 liegt, zu überlegen, wie wir ein Angebot machen können, das keinen vergisst. Schule und Grenzland sollen kein Widerspruch sein.

Wenn man dieses Modell anwendet, haben fast 90 % der Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, vor Ostern einmal wieder die Schule zu sehen und Schule zu fühlen. Anders als beim Handel, wo wir eine 3-Tage-Wechselfrist bei einer Inzidenz zwischen 50 und 100 haben, haben wir bei der Schule eine 7-Tage-Wechselfrist. Es macht keinen Sinn, alles während des laufenden Schulalltags zu ändern.

Was bei der Schule für die Eltern und die Jugendlichen ganz wichtig ist: Es geht nicht einfach um die Frage, Schule auf oder Schule zu. Es geht nicht um die Frage, ob Schule, sondern um die Frage, wie Schule. – Es gibt eine Fülle von begleitenden pädagogischen Konzepten. Ich sage allen, die sogar aus dem unmittelbaren pädagogischen Umfeld sagen, das sei ein verlorenes Jahr, das man vergessen könne, ausdrücklich: Ich finde das nicht. Ich finde das auch gegenüber den jungen Leuten nicht okay. Wir sollten diese Generation jetzt nicht schlechtreden. Meine sehr verehrten

Damen und Herren, wir sollten nicht von vorneherein aufgeben, sondern wir sollten uns doch alle Mühe geben, die bestmögliche Situation zu erreichen, sodass unsere jungen Leute, die Kinder und Jugendlichen, auch unter den schwierigen Pandemiebedingungen die gleichen Startchancen ins Leben haben wie die Generationen vor ihnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn eine Prüfung anders stattfindet oder es eine Schulaufgabe weniger gibt, heißt das nicht, dass weniger Bildung stattfindet. Die Bildung ist an die Pandemiebedingungen angepasst. Der Übertritt wird anders gestaltet. Es geht nicht einfach um Ja oder Nein, sondern der Übertritt wird durch Beurteilungen ganz bewusst erleichtert. Das ist ein gutes Angebot, das Schulen und Eltern helfen soll.

Angesichts des manchmal entstehenden Eindrucks, es gebe eine Konfrontation zwischen Lehrerverbänden und dem Staat, sage ich ausdrücklich: Das ist nicht so. Lehrerverbände müssen ihre Aufgaben wahrnehmen. Die Wahrheit ist doch, dass wir gerade auch dafür dankbar sind, wie viele Lehrerinnen und Lehrer auch unter diesen schwierigen Bedingungen mehr tun als ihre Pflicht. Sie äußern sich vielleicht nicht jeden Tag in der Öffentlichkeit, sondern versuchen vor Ort für Kinder und Jugendliche das Beste.

Ich finde, wir haben einen Schutzauftrag für Eltern und Schüler, aber auch für unser staatliches Lehrpersonal. Ich sage ausdrücklich, dass wir diesen Schutzauftrag gemeinschaftlich wirklich wahrnehmen wollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir werden nächste Woche einen Kinder- und Jugendgipfel mit Experten aus allen Bereichen machen. Kultusminister, Sozialminister und Gesundheitsminister werden sich überlegen, was wir noch verbessern können. Nehmen Sie mich da auch wirklich in die Pflicht! – Kinder und Jugendliche genießen höchste Priorität und sind für mich Chefsa-

che. Denn ich finde – nicht nur weil ich selbst Vater von vier Kindern bin –, es gibt für einen Staat neben der Sorge für Schutz und Sicherheit der Bevölkerung nichts Wichtigeres, als dafür zu sorgen, dass die nächste Generation gute Startchancen bekommt. Wir alle hier haben super Startchancen von unseren Eltern und Großeltern bekommen. Manchmal wird das in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt, welche Möglichkeiten wir alle haben, die Generationen vor uns nicht hatten, die in anderen Teilen der Welt völlig undenkbar sind. Ich finde, aus den Chancen, die wir hatten, folgt die Verpflichtung, sich wirklich alle Mühe zu geben, dass unsere Kinder und unsere Enkel die gleichen Chancen haben wie wir, meine Damen und Herren. Daran sollten wir uns wirklich messen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Ganze gilt genauso für die Kitas. Da gilt dasselbe System. Wir werden uns auch mit den Hochschulen weiter beschäftigen. Auch Studentinnen und Studenten sollen wissen, sie werden nicht alleingelassen. Dort funktioniert der Distanzunterricht wirklich sehr, sehr gut, aber wir überlegen, wie wir das Ganze noch verbessern können.

Nun fragen viele Touristiker, und das ist eine wichtige Frage, nicht nur in meinem Kabinett, sondern auch in anderen Bereichen: Wie schaut es mit dem Osterurlaub aus? Kann man da vielleicht schon mal etwas ins Auge fassen? – Gestern habe ich von Leuten gehört, man müsste auch schon über die Freibäder diskutieren. Ich glaube, angesichts der Witterungslage ist das jetzt nicht das vordringlichste Thema. Aber gut. Fakt ist zum Thema Ostern: Man kann dazu keine seriöse Aussage treffen. Hier kann man nichts versprechen, aber ich würde, ehrlich gesagt, auch nichts ausschließen. Wir werden uns, so haben wir es auf der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbart, am 22. März 2021 darüber unterhalten, wie die Situation ist. Aus heutiger Sicht ist weder sicher, dass es ein entspanntes Ostern wird, noch ist sicher, dass es nicht einen großen Oster-Lockdown geben kann. Das hängt von uns allen ab und von den nächsten Wochen.

Was heißt das alles zusammenfassend gesagt? – Wir öffnen mit Vorsicht. Es gibt Perspektive, ohne Garantie, aber mit Schutz. Es gibt auch Hoffnung, aber es hängt von der Verantwortung von uns allen ab. Umsicht bedeutet, Theorie und Praxis in ein einheitliches, ausgewogenes Konzept zu bringen. Wie immer bei Corona gibt es keine Garantie, meine Damen und Herren, und auch keine Vorhersage, wie es wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass es viel leichter wird, ist eher gering. Was man aber sagen kann: Es wird jeden Tag einen kleinen Schritt besser, denn jede Impfung ist, wenn auch für wenige, ein Schritt hin zur Normalität und zu mehr Möglichkeiten. Daher meine dringende Empfehlung.

Wir haben uns bei der Ministerpräsidentenkonferenz besprochen, und glauben Sie mir, wir haben fast zwölf Stunden in unterschiedlichen Runden diskutiert. Es ist natürlich schön, zwölf Stunden miteinander zu diskutieren, und es ist auch sehr spannend, aber es ist kein Kaffeekränzchen, so wie mancher meint. Das ist auch nicht, wie ich gelesen habe, eine nicht legitimierte Versammlung. Vielmehr steht jeder der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten in seinem Landtag Rede und Antwort, ist gewählt und demokratisch legitimiert. Im Übrigen ist auch jeder rein rechtlich verantwortlich. Es ist der dringende Versuch, trotz unterschiedlicher Situationen und Inzidenzen in Deutschland zu einheitlichen Prinzipien zu kommen. Ich finde nicht, dass dieses Gremium, wie manche behaupten, sich überholt hätte. Es ist übrigens auch kein Parteienstreit, der dort stattfindet, anders als wir das hier im Parlament mit den Fraktionen haben. Das ist da nicht so, sondern es geht an der Stelle wirklich um die Sache. Alle, die mitentscheiden, tun dies aus tiefer Verantwortung und mit einem Schutzversprechen für ihre Bevölkerung. Sind die Beschlüsse deshalb euphorisch und perfekt? – Das sind sie nie. Man muss kein schlechtes Gewissen haben, aber man braucht schon Vorsicht und Sorgfalt. Jeder weiß, dass das alles unter Bewährung steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb habe ich auch den Wunsch – und das stelle ich mir jedes Mal vor –, nicht immer alles zu zerreden und schlechtmachen. Ein Teil der Akzeptanzherausforderung kommt auch daher, dass alles, was so

viele Menschen leisten, in den Gesundheitsämtern, in der Pflege, in den Krankenhäusern wie auch als Abgeordneter, häufig so schlechtgemacht wird. Ich verstehe, es ist Wahlkampf, und deshalb ist die Situation in den nächsten Wochen und Monaten noch herausfordernder. Das sage ich jetzt, egal welche Partei und an welcher Stelle, das sei jedem zugestanden.

Jetzt ist aber noch mehr Konstruktivität gefragt als vorher. Jetzt ist noch mehr Gemeinsinn gefragt als Eigennutz. An der Stelle ist es wichtig, dass wir es schaffen, die richtige Balance zu finden zwischen Stringenz und Empathie. Im Grunde genommen brauchen wir Vorsicht, aber es muss eine mitfühlende Vorsicht sein, eine offene Vorsicht für alles. Wir stehen dafür. Wir haben es uns nicht einfach gemacht, egal, wer entschieden hat. Wir glauben, dass dies ein vertretbarer Weg ist – ein Weg, der noch einige Unsicherheit birgt, der aber gangbar sein wird. Ich jedenfalls hoffe sehr, dass wir dazu heute einen Beschluss fassen können. Ich hoffe sehr, dass wir uns in den nächsten Wochen gut weiterentwickeln können und dass das Impfen und Testen vorangeht. Dann würde sich im April, und davon bin ich fest überzeugt, die Lage deutlich entspannter und besser als im März darstellen.

Das heißt, jetzt haben wir für vier Wochen erneut eine schwierige Zeit. Dafür gilt die neue Infektionsschutzmaßnahmenverordnung. Sie passt genau in die Zeitachse. Dann kommen die nächsten Schritte. Es gilt und bleibt dabei: Jeden Schritt, den wir gehen, gehen wir voll fokussiert. Jeden Schritt, den wir mit hundertprozentiger Fokussierung gehen, den gehen wir immer im Bewusstsein dessen, was das für den Einzelnen bedeutet, aber auch im Bewusstsein dessen, was das für unsere Gemeinschaft bedeutet. Wir erbitten für jeden dieser Schritte nicht nur Ihre Zustimmung, sondern auch die Hilfe von jemand anderem. Ich bleibe deshalb dabei: Gott schütze Bayern weiterhin so gut wie bisher!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen im Rahmen der sich jetzt anschließenden Debatte beträgt 152 Minuten. Sie verteilt sich wie folgt: CSU 44 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 27 Minuten, FREIE WÄHLER 22 Minuten, AfD und SPD jeweils 21 Minuten, FDP 17 Minuten und die fraktionslosen Abgeordneten jeweils 4 Minuten.

Als Erste hat Frau Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Söder, "mit Vorsicht und Umsicht" – Sie verwenden heute die gleichen Worte wie die letzten Monate, aber die neuen Maßnahmen widersprechen diesem Motto. Ich würde Sie schon bitten: Wenn Sie schon eine Kehrtwende machen, dann kommunizieren Sie das wenigstens auch ehrlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die neuesten Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz und des bayerischen Kabinetts sind keine Strategie gegen das Coronavirus. Mehr Freiheit durch mehr Sicherheit, das hätte das Ergebnis der MPK am Mittwoch sein sollen. Was Sie aber beschlossen haben, das läuft nach dem Prinzip "Hoffnung – und wir wursteln mal weiter". Das ist, ehrlich gesagt, zu dünn für eine globale Pandemie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht. Der Damm gegen die dritte Welle wurde von der Regierung nicht rechtzeitig aufgebaut. Die Inzidenzwerte steigen wieder an, die Mutationen werden mehr, wir stehen also schon am Beginn der dritten Welle. Es gibt nicht genug Schutzmaßnahmen, keine ausreichende Teststrategie, es sind noch nicht einmal genügend Schnelltests vorhanden. Das Impfen geht viel zu langsam voran, und das Erreichen einer Herdenimmunität liegt in weiter Ferne. Bei der

letzten MPK im Februar waren das alles noch Punkte, warum man nicht gelockert hat. Jetzt aber sollen die gleichen Punkte für Lockerungen herhalten? – Sorry, das ist keine konsistente Politik, das ist eine Kapitulation vor dem Virus und vor dem Druck verschiedener Interessen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Anstatt bei den Lockerungen dem Grundsatz "Kinder zuerst" zu folgen, werden noch vor der MPK am Mittwoch und entgegen den Absprachen mit unseren Nachbarländern zuerst einmal die Baumärkte hier in Bayern geöffnet. Das alles zerstört Vertrauen. Ich sage Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, eine Pandemie bekämpft man, indem der Staat klar handelt, diese Handlungen nachvollziehbar kommuniziert und – jetzt kommt das Entscheidende – die passende Infrastruktur zur Bekämpfung der Pandemie bereitstellt. Gestern haben Sie gesagt, Herr Söder, das weitere Vorgehen sei entweder Osterurlaub oder Oster-Lockdown, das hänge jetzt von jedem Einzelnen ab. – Das finde ich ziemlich zynisch. Es hängt eben nicht von jedem Einzelnen ab, sondern von den Rahmenbedingungen, die Sie als Verantwortliche den Menschen zur Verfügung stellen. Viele Menschen in Bayern haben doch gar keine Wahl. Sie müssen auch bei hohen Infektionszahlen in Präsenz arbeiten gehen. Oft sind es wichtige, aber schlecht bezahlte Berufe, die nicht für das Homeoffice geeignet sind. Viele Menschen haben seit einem Jahr nicht nur Angst um ihre Gesundheit, sondern große wirtschaftliche und seelische Ängste in dieser schlecht gemanagten Pandemie. Herr Söder, deswegen ist es doch Ihr Job, die Voraussetzungen für das Lockern zu schaffen, indem Sie flächendeckende Schnelltests bereitstellen und für eine bessere Kontaktverfolgung durch endlich gut ausgestattete Gesundheitsämter sowie für mehr Tempo beim Impfen sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Beschluss des Kabinetts machen Sie es genau umgekehrt. Erst lockern Sie, und dann schaffen Sie die Voraussetzungen. Wenn dann die Zahlen steigen, dann ist

der Einzelne schuld. Das halte ich für perfide; denn damit schieben Sie die Verantwortung, die Sie haben, ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte uns alle noch einmal auf die gleiche Ebene bringen: Es geht doch weiterhin darum, schwere Erkrankungen zu vermeiden, Menschen zu schützen und das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Daran hat sich doch auch im März 2021 nichts geändert. Aber trotzdem haben wir im Moment ein Déjà-vu. Es ist wie im Sommer 2020. Auch damals haben viele Expertinnen und Experten vor einer drohenden zweiten Welle gewarnt und zu Recht die Frage gestellt, ob denn die Schutzmaßnahmen stehen. Gleichzeitig gab es auch damals Stimmen, die sagten: Es langt! Es reicht! Wir haben keinen Bock mehr! Wir wollen die Normalität wiederhaben!

Herr Söder, wenn Sie jetzt die mangelnde Akzeptanz der Maßnahmen mit den Rufen nach mehr Öffnung gleichsetzen oder mit Wahlkampf, wie Sie das selbst formuliert haben, dann halte ich das für falsch. Das Sinken der Akzeptanz der Maßnahmen ist doch in allererster Linie Ausdruck der Kritik am derzeitigen Krisenmanagement und an der teils konfuse Krisenkommunikation, an der sich auch Ihre Bayerische Staatsregierung beteiligt. Da ist die Kritik auch angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer in einer Krisensituation seine Meinungsverschiedenheiten in der Koalition ständig auf offener Bühne austrägt, wie das die CSU und die FREIEN WÄHLER regelmäßig tun, der trägt eine Mitschuld daran, wenn das Vertrauen in das Krisenmanagement verloren geht. Markus Söder markiert auf der Bundespressekonferenz immer den "harten Hund", während die bayerische Regierung beim Öffnen keine Schutzkonzepte stellt. Das versteht niemand. Außerdem geht das Vertrauen in Ihre Handlungsfähigkeit verloren, da erneut Fälle des Amigo-Systems der CSU ans Licht gekommen sind. Herr Nüßlein, ein schwäbischer CSU-Abgeordneter, soll für einen Deal mit überkauften Masken Geld bekommen haben. Das muss endlich einmal aufgeklärt werden. Lieber

Herr Söder, normalerweise sind Sie immer gern der Lautsprecher der Nation. Zu diesem Thema habe ich von Ihnen jedoch noch nichts gehört. Mich würde interessieren, was Sie als CSU-Parteivorsitzender dazu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vertrauen geht auch verloren, wenn anders geredet als gehandelt wird. Wochenlang tönte es verbal aus allen Parteizentralen, und Herr Söder hat es auch heute wieder gesagt: Kinder und Jugendliche zuerst! Familien unterstützen! Das Gesundheitssystem nicht überlasten! – Sehen wir uns aber die Realität und die Beschlüsse an, die Sie gestern im Kabinett gefasst haben, dann sehen wir, dass sich am Ende wieder die Menschen durchsetzen, die Kraft, Lautstärke und Zugänge zu den Entscheidungsträgern der Regierung haben.

Ich glaube auch, dass es überfällig ist, jetzt einen Fokus auf die Schulen und die Kitas zu legen. Wird aber gleichzeitig zu viel auf einmal geöffnet, ohne die passenden Schutzmaßnahmen, sodass es zu mehr Kontakten und einem höheren Infektionsrisiko kommt, dann laufen wir sehenden Auges in die nächste Welle hinein. Das halten wir GRÜNEN wegen der Mutationen für ein gefährliches Vorgehen. Deswegen wiederhole ich unseren Vorschlag, den wir seit einem Jahr in diesem Hohen Haus regelmäßig vorbringen: Bei der Priorisierung der Lockerungen haben für uns Kinder und Jugendliche Vorrang. Ja, das bedeutet, dass Erwachsene noch länger mehr schultern müssen und dass wir in anderen Bereichen nicht so schnell öffnen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Regierungsfractionen, ich sage es für Sie gerne noch ein bisschen konkreter: Wer es mit "Kinder zuerst" ernst meint, öffnet Kitas und Schulen mit einem guten Schutzkonzept zuerst und lässt andere Bereiche noch zu. Er ermöglicht Jugendarbeit und nimmt angesichts der seelischen Herausforderungen, in denen wir alle stecken, für die Aufstockung von Beratungsstellen, online, telefonisch und vor Ort, ordentlich Geld in die Hand. Eines ist klar: Als politische Verantwortliche sind wir nicht nur für den

Schutz vor der Ansteckung mit dem Coronavirus zuständig, sondern auch dafür, dass Kinder und Jugendliche vor den Nebenwirkungen der Pandemie bestmöglich geschützt werden, dass sie sich entfalten und entwickeln können. All diese Punkte fordern wir GRÜNE seit Monaten. Markus Söder hat gerade, als er vor mir gesprochen hat, gesagt, er mache Kinder und Jugendliche zur Chefsache. Ich mache Ihnen dazu einen ganz konkreten Vorschlag: Wir haben genau zu diesem Thema einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Stimmen Sie diesem Antrag zu, und zeigen Sie, dass Sie es mit "Kinder und Jugendliche zuerst" ernst meinen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vertrauen in unseren Staat geht auch verloren, weil die Basics der Pandemie-Bekämpfung seit einem Jahr nicht stehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, diese Pandemie ist für alle eine Herausforderung, auch für die Regierungsverantwortlichen. Fehler passieren. Nicht alles klappt sofort. Aber ganz ehrlich: Nach einem Jahr Pandemie kann jede Bürgerin und jeder Bürger vom Staat erwarten, dass ein Lernfortschritt erfolgt ist. Warum ist das so entscheidend? – Weil der Staat seit einem Jahr Grundrechte einschränkt, um andere Grundrechte, wie zum Beispiel das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, zu schützen. Das finden wir richtig. Aber natürlich ist das jedes Mal eine schwierige Abwägung, die dann wiederum zu Leid in anderen Bereichen führt.

Eines macht mich wütend, es schmerzt, und es ruft bei vielen Unverständnis hervor: Warum schafft es diese bayerische Regierung seit einem Jahr nicht, mehr Freiheiten, die möglich wären, ohne die Gesundheit zu gefährden, zu gewähren? Am Mittwoch haben wir erfahren, dass jetzt eine Taskforce zur Beschaffung von Schnelltests eingerichtet werden soll. Das ist für mich absolut nicht nachvollziehbar. Sorry, wir stehen nicht am Tag eins der Pandemie, sondern wir befinden uns im Jahr eins der Pandemie. Der Bund hätte längst Abnahmegarantien für Schnell- und Selbsttests abgeben müssen, um die Zulassung und die Produktion rechtzeitig hochzufahren. Ganz ehrlich: Schnelltests sind nicht neu. Österreich testet bereits seit dem Herbst massiv.

Herr Söder, obwohl Ihre Partei in der Bundesregierung ist, konnten Sie sich hier anscheinend nicht durchsetzen. Dann hätten Sie aber für Bayern im Herbst selbst ein umfangreiches Schnelltestkonzept aufstellen können. Baden-Württemberg hat es. Berlin hat schon im November 12 Millionen Antigen-Schnelltests für die Schulen beschafft. Sie haben dagegen gestern eine Pressemitteilung herausgehauen: Wir haben jetzt auch 100 Millionen Schnelltests bestellt. Ja, Hauptsache eine große Zahl raus-hauen! Die Frage lautet jedoch: Warum sind die noch nicht da, bzw. sind die Schnelltests dort, wo sie benötigt werden?

Sie öffnen am 15. März für die Kleinsten die Schulen im vollen Präsenzunterricht. Das haben Sie vorhin gesagt. Am 15. März machen die Schulen auf. Bislang testen Sie aber nur die Schülerinnen und Schüler ab 15 Jahren. Heruntergerechnet bedeutet das, dass über eine halbe Million Schülerinnen und Schüler ohne den Schutz durch Testungen in die Schule geschickt werden. Ich frage sowohl den Kultusminister als auch Sie: Warum sind denn die Tests für die Kleinsten noch nicht da? Wo sind die Gurgeltests, wo sind die Pool-Tests? Sie hatten genug Zeit, um eine wirksame Schnellteststrategie aufzubauen. Sie haben das bisher nicht geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht nur bei den Schnelltests stehen die Basics nicht. Sehen wir uns die Wirtschaftshilfen an. Sie fließen nicht, oder sie fließen zu langsam. Sorry, hier geht es um Existenzen. Die Menschen warten seit Monaten auf die versprochenen Wirtschaftshilfen. Das liegt nicht daran, dass der Staat kein Geld hat, sondern daran, dass Sie sowohl im Bund als auch im Land die Organisation der Auszahlung noch nicht hinbekommen haben. Die finanziellen Hilfen für das Jahr 2020 haben im März 2021 immer noch nicht alle bekommen. Da darf man ernsthaft die Frage stellen: Was haben Sie in den letzten Monaten gemacht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausbauoffensive für die Gesundheitsämter ist immer noch nicht erfolgt. Die grenzüberschreitende Taskforce mit Tschechien zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gibt es immer noch nicht, obwohl wir sie seit zehn Monaten in diesem Parlament fordern, und das, obwohl in den Grenzgebieten, wie Sie richtig sagen, die Zahlen weiterhin wahnsinnig hoch sind.

Das Impfen, das Ticket aus der Pandemie, stockt. Erst wurde zu wenig Impfstoff bestellt. Jetzt ist der wenige Impfstoff da, aber es wird zu langsam geimpft. Zu den Luftreinigern an Schulen und dem sicheren Lehren und Lernen an den Schulen sage ich jetzt lieber nichts, sonst rege ich mir nur wieder auf. Diese Debatte hatten wir hier schon tausendmal. Wir haben als GRÜNE konkrete Vorschläge vorgelegt, wie man das Lernen und Lehren in der Schule sicher machen kann.

(Widerspruch)

Seit Monaten blockieren Sie unsere Vorschläge, und darum muss ich festhalten: Es scheitert in diesem Land nicht an Innovation, verfügbarer Technik oder am Geld, sondern es scheitert an Ihrem Management, Herr Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen finde ich es auch scheinheilig, dass Sie vorhin hier gesagt haben, jetzt müssen wir alle ein bisschen schneller werden.

Ich möchte mal daran erinnern: Sie sind der Ministerpräsident, Sie tragen die Verantwortung für dieses Land. Ihre Partei, deren Vorsitzender Sie sind, ist mit in der Bundesregierung. Wir sind im zwölften Monat der Pandemie, nicht in der ersten Woche. Da können jede Bürgerin und jeder Bürger erwarten, dass der Staat schneller und besser koordiniert und organisiert. Das klappt im Moment leider nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich spreche hier an diesem Pult diese Themen nicht deshalb immer an, weil es mich ärgert, dass Sie es nicht hinbekommen, sondern weil ich wirklich beunruhigt bin. Ich weiß nicht, wie Sie es bei Ihren Bekannten und Freundinnen und Freunden erleben; aber ich erlebe, dass diese mangelnden Vorbereitungen vonseiten des Staates bei einigen zu einem sinkenden Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Staates führen. Das sind nicht Menschen, die Corona leugnen oder sich nicht an die Maßnahmen halten wollen; das sind die Menschen, die seit einem Jahr Arbeit in der Pandemie und "Homeschooling" jonglieren, die ihre alten Eltern nicht besuchen, weil sie sie nicht gefährden wollen, die Freundinnen und Freunde nur digital treffen und die sich nach einem Jahr Pandemie fragen: Was macht diese Regierung eigentlich seit Monaten? Warum schaffen Sie es nicht, die benötigten Schutzmaßnahmen schnell und zuverlässig bereitzustellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diesen Vertrauensverlust, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich für fatal; denn eine Sache ist klar – und das wird an diesem Redepult auch immer wiederholt –: Wir bekämpfen diese Pandemie doch gemeinsam, jeder und jede an seinem und ihrem Platz, und wenn jeder und jede an seinem und ihrem Platz das Bestmögliche machen muss, dann muss auch die Regierung an ihrem Platz das Bestmögliche tun.

Dazu kommt noch, dass sich Deutschland selbst gerne als Organisationsweltmeister sieht und dieses Selbstbild gerne kultiviert. Ja, die deutsche Verwaltung ist leistungsstark und meist getreu dem Motto "Gründlichkeit vor Schnelligkeit" unterwegs. Das ist oft auch sehr sinnvoll; aber in einer Pandemie, liebe Kolleginnen und Kollegen, reicht das nicht. Wir brauchen Schnelligkeit *und* Gründlichkeit. Wir brauchen beides gleichzeitig. Dass das machbar ist, zeigen andere Staaten deutlich.

Jetzt kann man viel analysieren. Man muss schauen: Woran liegt das denn? Ich bin davon überzeugt, dass ein Grund, warum die Situation bei uns so ist, darin liegt, dass in alten Mustern weitergearbeitet wird, obwohl sich die Lage radikal geändert hat. Das

beginnt damit, dass niemand so richtig zuständig sein will oder kann; es erfolgt ein ständiges Absichern der Verantwortlichkeit und ein Verschieben der Verantwortung auf andere Ebenen. Es geht damit weiter, dass Kreativität "gekillt" wird, weil das vorherrschende Mantra bei vielen lautet: "Lieber 110 Prozent oder gar nichts anstatt 80 Prozent passen schon, dann optimieren wir auf dem Weg weiter".

Dass sich übrigens in der Krise wenig ändert und die Entscheidungen nach alten Mustern ablaufen, sieht man nach einem Jahr Pandemie auch sehr gut an diesem Parlament. In normaler Zeit lehnen die Regierungsfractionen Oppositionsanträge ab, und andersherum ist es genauso. Wir haben aber keine normale Zeit. Täglich sterben Menschen an Corona. Die Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten, sind am Limit. Existenzen sind bedroht, soziale Vereinsamung nimmt zu. Aber Ihnen als Regierung ist es lieber, es fällt kein Zacken aus der Krone, als sinnvollen, konstruktiven Vorschlägen der Opposition zuzustimmen.

Wenn Sie das schon nicht machen, dann erwarte ich wenigstens, dass Sie die wichtigen Maßnahmen selber schnell umsetzen. Aber auch das passiert leider zu wenig, wie wir sehen.

Jetzt mag der eine oder andere sagen: Ihr GRÜNE erzählt hier nur. – Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir GRÜNE seit Anfang der Pandemie neben vielen konstruktiven Vorschlägen natürlich sinnvollen Anträgen der Regierung zur Pandemieeindämmung zugestimmt haben. Ich möchte Ihnen auch sagen, Kolleginnen und Kollegen: Ich hätte als Oppositionsführerin seit einem Jahr ein leichteres Leben, wenn ich zum Beispiel jeden Tag immer gegen alle Vorschläge der Regierung wäre. Die Schlagzeile wäre mir da gewiss. Wir müssten als GRÜNE dann nicht jede Studie lesen, nicht als Fraktion kreativ neue Lösungen entwickeln, nicht Anträge stellen und Sie als Regierung antreiben. Ich will mir gar nicht vorstellen, was wäre, wenn Sie, Hubert Aiwanger, in der Opposition sitzen würden.

Wir handeln aber so nicht, weil wir wissen, dass das nicht verantwortungsvoll wäre. Das Virus wartet nicht darauf, bis wir uns in einstudierten Bahnen entschieden haben. Für dessen Bekämpfung müssen wir schneller sein und anders arbeiten. Das bedeutet, dass man sinnvollen Vorschlägen, egal ob sie von der Opposition oder von der Regierung kommen, zustimmen kann, wenn es bei der Bekämpfung des Virus hilft. Wenn aber die Vorschläge nicht sinnvoll sind, so wie heute, und der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wird, können wir dem auch nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich reite deswegen so auf diesem Thema herum, weil ich davon überzeugt bin, dass es anders gehen kann und anders gehen muss. Diese Pandemie ist eine große Krise; aber wir können und müssen mit ihr als Gesellschaft wachsen.

Die Herausforderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden in den kommenden Jahrzehnten nicht weniger, sondern mehr: Klimakrise, fortschreitende Digitalisierung, die Veränderungen der internationalen Machtverhältnisse, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wenn wir da gut hindurchsteuern wollen, müssen wir jetzt die Weichen anders stellen, lieb gewonnene Verfahrensweisen updaten, mehr Mut und Kreativität, mehr Raum für Experimente zulassen – kurz: pragmatisch die Welt retten.

Wenn Ihnen als CSU und FREIE WÄHLER das gleich zu viel ist, dann fangen Sie wenigstens mal damit an, diese Pandemie pragmatisch zu bekämpfen. Wir dürfen nicht vergessen: Es gibt in unserem Land so viele Menschen, die all das jeden Tag schon tun: das Personal im Gesundheitswesen, das seit einem Jahr alles gibt, Unternehmerinnen und Unternehmer, die eigenhändig Luftfilteranlagen einbauen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Homeoffice schicken, Menschen vor Ort, die einfach anpacken, statt auf komplizierten Verfahren zu bestehen oder zu jammern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Studierende, die das Beste aus dieser schwierigen Situation machen, und Bürgerinnen und Bürger, die seit einem Jahr die Maßnahmen mittragen, sich einschränken, darunter leiden, aber trotzdem weitermachen.

Wenn die Gesellschaft über sich hinauswächst, muss auch die Politik über sich hinauswachsen, erst recht die Regierung; denn all die guten Ideen im Land und hier im Parlament bringen nichts bei der Bekämpfung des Virus, wenn Sie in der Regierung sie nicht umsetzen und die Dinge nicht hinbekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt: Als Gesellschaft können wir mehr, und wir müssen mehr schaffen. In diesem Sinne: Arbeiten wir weiter daran! Ich freue mich auf die folgenden Debatten und bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht für die CSU-Fraktion der Kollege Thomas Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir gerade von der Kollegin Schulze erlebt haben, war der plumpe Start eines GRÜNEN-Bundestagswahlkampfes, nichts anderes.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie erwecken hier den Eindruck, als hätte man diese Pandemie durch anderes Handeln der Regierung – Sie zählen Beispiele auf, wo es Anlaufschwierigkeiten gegeben haben soll – in den Griff bekommen und insgesamt stoppen und verhindern können. Da sage ich Ihnen, Frau Kollegin Schulze: Dies ist in keinem einzigen Land der Welt gelungen. Anscheinend sind alle Regierungen in dieser Welt Blindgänger, nur die Frau Kollegin Schulze nicht, meine Damen und Herren. Das glaube ich nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Noch schlimmer ist, dass Sie alle diese Entscheidungen mit Ihrer Partei, den GRÜNEN, mitgetragen haben. Sie sind in x Landesregierungen verantwortlich,

(Zuruf)

und es ist auf der Ministerpräsidentenkonferenz Übereinkunft erzielt worden, auch inklusive der Regierungen, an denen die GRÜNEN beteiligt sind.

(Zuruf)

Der Kollege Kretschmann hat zum MPK-Ergebnis gesagt: Ich persönlich bin mit dem Ergebnis ganz zufrieden.

(Zuruf)

Herr Kollege Kretschmann hat mehr Anhänger bei den GRÜNEN als Sie, Frau Kollegin Schulze.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist doch scheinheilig, was Sie hier betreiben:

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Als Opposition hierher zu kommen, eine solche Rede zu halten und dort, wo man in der Verantwortung steht, in den Parlamenten alles mitzutragen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Im Übrigen will ich Ihnen sagen, dass wir mit unserer Politik nicht wenig erfolgreich waren – woanders ist es viel schlechter gelaufen –, einer Politik, die in Deutschland gemeinsam getragen worden ist.

(Zuruf)

Ich will dies mal an einer Zahl festmachen, die nie genannt wird, die aber Bände spricht: der Zahl der Todesfälle auf eine Million Einwohner, verglichen mit drei Nachbarländern. Tschechien: 1.931; Belgien: 1.902 – beide europäischen Länder liegen hier vor den USA –; Italien: 1.622; Deutschland: 845. Dies sind gravierende Unterschiede. Dies ist auch auf diese Politik zurückzuführen, die Sie hier in diesem Maße

massiv angreifen. Natürlich sind auch wir nicht zufrieden, weil jeder Tote einer zu viel ist. Aber man kann nicht sagen, dass das, was hier in Deutschland und in Bayern geschehen ist, schlecht war. Es ist wesentlich besser gemacht worden als in vielen europäischen Ländern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ihre Aussage, Sie hätten es leichter gehabt, wenn Sie alle Maßnahmen der Regierung abgelehnt hätten, dann wäre Ihnen der Beifall sicher gewesen, ist auch absolut scheinheilig. Sie wissen ganz genau, dass der Großteil der Bevölkerung diese Maßnahmen lange Zeit mitrug und immer noch mitträgt. Sie hätten sich mit einer Ablehnung ins Abseits gestellt. Dies ist überhaupt kein Ausdruck der Verantwortung, sondern auch Ausdruck eines politischen Kalküls, dass Sie das mitgetragen haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sind im Kampf gegen Corona auf einem erfolgversprechenden Weg. Das zeigt der Blick einige Wochen zurück. An Silvester hatten wir mit bundesweit rund 32.500 Neuinfektionen den absoluten Höhepunkt der zweiten Corona-Welle. Zwei Monate später registrierte das Robert-Koch-Institut 7.890 Fälle. Das ist ein Rückgang auf weniger als ein Viertel. Ganz entsprechend verhält es sich in Bayern. Deshalb ist es an der Zeit, den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern bei aller Vorsicht und Umsicht wieder ein Stück Normalität zurückzugeben, nach der sie sich sehnen. Wenn die Zahlen so erheblich zurückgehen, können und müssen Lockerungen stattfinden.

Ich sage aber auch: Wir sind noch längst nicht so weit, um in Euphorie ausbrechen zu können. Die Inzidenzkurve beschreibt aktuell eine Seitwärtsbewegung mit leichter Tendenz nach oben. Landkreise, die auf der Corona-Ampel vor ein paar Tagen noch orange waren, sind plötzlich wieder rot oder schwanken dazwischen hin und her. Das besorgt mich. Das macht uns allen klar: Das Virus hat noch nicht aufgegeben. Das Virus mutiert und betrifft nun vermehrt die jüngeren Altersgruppen. Die Hälfte der Neuinfektionen deutschlandweit geht auf diese aggressiveren Mutationen zurück. In den

Grenzlandkreisen zu Tschechien liegt sein Anteil schon bei drei Vierteln. Von dort aus wandert die Mutation auch in die Landkreise weiter weg von der Grenze.

Unser ganzes Augenmerk müssen wir deshalb weiterhin darauf richten, die Infektionszahlen niedrig zu halten. Die Grundregeln dafür sind noch immer die gleichen wie vor einem Jahr: Wir müssen Abstand halten, wir müssen Kontakte vermeiden, wir müssen Hygieneregeln einhalten, wir müssen die Mobilität gering halten. Gerade wenn wir weiter öffnen, müssen wir diese Grundregeln erst recht beachten, und die Menschen dürfen nicht sorglos werden. Darum bitte ich alle, die sich jetzt völlig zu Recht über gewonnene Freiheiten freuen.

Unser Kurs der Vorsicht hat sich bewährt. Er gilt daher weiter. Ich halte es für unbedingt erforderlich, Maßnahmen wie die FFP2-Maskenpflicht oder die Ausgangsbeschränkungen in Hotspots zu verlängern. Wie sind wir kritisiert worden, meine Damen und Herren, als wir diese FFP2-Maskenpflicht eingeführt haben, und wie problemlos, meine Damen und Herren, konnte sie im Endeffekt umgesetzt werden!

Bund und Länder haben am Mittwoch einen klugen und vernünftigen Weg beschritten. Sie haben eine Matrix mit fünf Öffnungsschritten, regional differenziert und abhängig von den Inzidenzwerten, vereinbart. Damit ist für wesentliche Lebensbereiche nicht nur eine Perspektive, sondern auch ein klarer Rahmen mit konkreten Schritten für die nächsten Wochen gesetzt worden. Das bietet für alle betroffenen Bereiche eine gute Orientierung. So werden wir mehr Treffen im kleinen Familien- oder Freundeskreis ermöglichen. Die Ausübung von Sport und der Besuch von Museen, Galerien und Zoos werden schon bald zugelassen. Insbesondere der Einzelhandel kann schon ab nächster Woche in Stufen wieder öffnen. Auch für die Außengastronomie ist eine Perspektive geschaffen.

Bei den Kindergärten und vor allem den Schulen gehen wir mit der Rückkehr in den vollständigen Präsenzunterricht bzw. in den Wechselunterricht für alle Jahrgangsstufen bis zu einer Inzidenz von 100 einen weiteren, ganz erheblichen Schritt voran. Wir

werden auch noch Überlegungen anstellen, wie wir die etwas stärker betroffenen Bereiche, beispielsweise im ostbayerischen Raum, kurzfristig vielleicht auch noch in ein Konzept einbinden, ein Konzept, das nicht dauernder Schulbetrieb sein kann, aber doch ein Konzept, das vielleicht die Begegnungen der Schüler in diesen nächsten Wochen noch möglich macht. Wir haben immer gesagt: Unsere klare Priorität liegt auf Schulen und Kitas – und wir haben Wort gehalten. Wir haben sie als letzte geschlossen und als erste geöffnet. Am 1. Februar ging es mit den Abschlussklassen los; am 22. Februar folgten die Grundschulen; ab 15. März wird unterhalb einer Inzidenz von 100 jeder Schüler wieder eine Schule besuchen können. Wir stehen für eine Politik für Familien und Kinder und stellen damit einmal mehr unter Beweis, dass sie uns am Herzen liegen.

Aber, Frau Kollegin Schulze: Das Leben ist nicht eindimensional, und man darf die Dinge nicht eindimensional entscheiden. Es gibt in diesem Land auch noch andere berechnete Interessen, deren Berücksichtigung man nicht einfach überhaupt aus dem Auge verlieren darf. Ich denke an unseren Handel, der sich teilweise in einer Existenzkrise befindet, an Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen und nicht wissen, ob ihr Geschäft in ein paar Wochen wieder aufmacht.

(Zuruf)

Auch an solche Menschen muss man denken. Ich denke an die Kultur, an die Kulturschaffenden, die im Moment ohne Beschäftigung sind. Man muss natürlich über die Frage nachdenken: Können wir etwas tun, ohne Infektionsgefahr zu riskieren? Ich denke an Bereiche der Gastronomie. Natürlich können wir nicht alle Lokale sofort öffnen. Das wäre bei der gegenwärtigen Inzidenz nicht verantwortbar.

(Zuruf)

Aber wir können Konzepte entwickeln und darüber nachdenken, wie und unter welchen Voraussetzungen wir beispielsweise Außengastronomie wieder aufmachen können. Wir müssen, wenn wir die verschiedenen Schritte sehen, immer darauf achten:

Wie hoch ist das Infektionsgeschehen? Wir tun in den Schulen alles – ich komme darauf noch zu sprechen –, um einen Anstieg zu verhindern. Aber dort sind viele Leute auf kleinem Raum. Andere Bereiche wie der Einzelhandel mit einer Personenbegrenzung haben teilweise wenige Leute auf kleinem Raum. Dies muss man ins Verhältnis setzen. Deswegen kann man nicht sagen, das eine machen wir in vollem Umfang und bei dem anderen lassen wir nichts zu. Es scheint mir gerade so zu sein, als seien Ihnen die Einzelhändler, die Gastronomen und die Beschäftigten dort vollkommen egal, Frau Schulze. Das sind sie uns nicht!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben eine Verantwortung für alle, die wir auch entsprechend wahrnehmen werden.

Es gibt nicht nur einen Plan, wann und wo gelockert wird; es ist auch geregelt, was passiert, wenn bestimmte Inzidenzwerte wieder überschritten werden. Diese eingebauten Notbremsen sind wichtig, damit wir rechtzeitig gegensteuern können und auf keinen Fall in ein exponentielles Wachstum der Infektionszahlen geraten.

Mehr als 80 % der Menschen in Bayern profitieren von diesen Öffnungsschritten. Wir vergessen aber auch die Menschen in den Hotspots nicht, vor allem an der Grenze zu Tschechien, die im Moment aufgrund hoher Inzidenzzahlen noch keine Erleichterungen erfahren. Wir brauchen hier die Solidarität unter den Nachbarn und eine gemeinsame Kraftanstrengung der Länder, die besonders davon betroffen sind, dass die Lage in Tschechien so aus dem Ruder gelaufen ist. Ich halte es deshalb für äußerst wichtig, dass Bayern und Sachsen angesichts der Entwicklungen in Tschechien eine COVID-19-Allianz geschmiedet haben. Da geht es um effektive Grenzkontrollen und Tests, die bereits ihre Wirkung entfalten, um abgestimmte Testkonzepte samt Sequenzierungen, aber auch darum, die besonders betroffenen Regionen besonders zu unterstützen.

Der Ministerpräsident hat erreicht, dass Impfstoffe prioritär für diese Grenzregionen genutzt werden können. Das ist ein wichtiges Signal für die Menschen vor allem in Ostbayern. Auch die EU ist hier gefordert. Angesichts der Lage in Tschechien als dem Corona-Hotspot in Europa – ich habe vorhin die Zahl der über 1.900 Toten auf eine Million Einwohner genannt – brauchen wir von der EU zusätzlichen Impfstoff und mehr Testmöglichkeiten für unsere Grenzregionen und für unsere Nachbarn. Die EU kann nicht nur Tirol helfen, sondern auch Tschechien muss geholfen werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Impfung ist unsere große Chance; man kann es nicht oft genug betonen. Ein großes Glück ist, dass die Forschung in so einer Rekordzeit erfolgreich war. Die Impfung ist nicht mehr nur ein Hoffnungsschimmer oder ein zaghafter Lichtblick, sondern sie ist ein wirksames Mittel, um dieses heimtückische Virus dauerhaft zu überwinden und unser altes Leben zurückzugewinnen. Die Inzidenz bei den Menschen über achtzig Jahren geht auch dank der Impfungen jetzt schon gewaltig zurück. Das ist eine wichtige Erkenntnis der vergangenen Wochen. Lag sie im Dezember noch bei 500 – ein unvorstellbarer Wert, der um ein Vielfaches höher war als der Wert unter der Bevölkerung insgesamt –, ist sie mittlerweile auf 100 gesunken. Das ist ein großartiger Erfolg, weil auch damit Menschenleben gerettet werden konnten.

Wir wollen nichts beschönigen. Wir könnten bereits weiter sein, wenn wir schon früher größere Impfstofflieferungen bekommen hätten. Einige andere Länder sind der Europäischen Union hier einfach voraus. Aber Tatsache ist auch, dass wir Tag für Tag Fortschritte bei den Impfungen machen. Bis April rechnen wir allein in Bayern mit bis zu 100.000 Impfungen am Tag, sofern die Impfstoffe im erwarteten Umfang ausgeliefert werden. Das wäre dann allein im Freistaat mehr als eine Impfung pro Sekunde.

Jetzt müssen auch die niedergelassenen Ärzte schnell flächendeckend einbezogen werden, damit die Impfdynamik weiter deutlich zunehmen kann. Wir sollten alle zeitli-

chen, örtlichen und personellen Kapazitäten nutzen, um bald auch möglichst viele Menschen der nächsten Priorisierungsgruppen, also jüngere Menschen, zu impfen. Das ist aus meiner Sicht im Moment das zentrale Anliegen der Menschen, und dafür müssen wir alles tun.

Neben den Impfungen gibt es noch eine weitere Chance, um schneller und besser aus der Krise zu kommen, nämlich die Tests. Der Ministerrat hat gestern beschlossen, die bayerische Teststrategie erheblich auszuweiten. Neben dem vom Bund ohnehin Beschlossenen wendet der Freistaat in den nächsten Monaten mehr als 500 Millionen Euro zusätzlich für Schnell- und Selbsttests auf. Bayern hat schon im Sommer letzten Jahres eine umfangreiche Teststrategie aufgelegt, beginnend mit den Reiserückkehrern und mit dem flächendeckenden Ausbau von Testzentren gemeinsam mit den Kommunen. Jetzt gehen wir erneut voran und ermöglichen mehr Sicherheit und Normalität durch eine Verfügbarkeit von Schnelltests für jedermann.

Meine Damen und Herren, ich will in diesem Zusammenhang schon etwas betonen: Als wir uns entschlossen haben, Testungen an den Grenzen vorzunehmen und den kostenlosen Test für jedermann in Bayern einzuführen, da haben Leute, die heute alles besser wissen, in höchstem Umfang opponiert. Ich schaue da zum Beispiel zur FDP hinüber.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Herr Hagen hat gesagt: Die Laborkapazitäten in Bayern brechen zusammen; wir können die Menschen nicht mehr untersuchen und die Tests nicht mehr machen. – Das war alles dummes Zeug, Herr Hagen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Diese Teststrategie hat ermöglicht, dass jemand, der seine betagten Großeltern oder Eltern besuchen wollte, sich vorher testen lassen konnte; damit konnte er ausschließen, infiziert zu sein und seine Angehörigen zu gefährden. Ich weiß das persönlich

von vielen Menschen. Das hat viele Ansteckungen und auch Tote verhindert. Die FDP, die heute alles besser weiß, hätte es nicht gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Frau Schulze, Sie reden jetzt über Schnelltests. Da hätten Sie vorher dem Ministerpräsidenten zuhören müssen. Wir haben schon jetzt Tests im zweistelligen Millionenbereich. Wir ordern jeden Monat 11 Millionen Tests für Bayern. Wir haben die meisten in der ganzen Republik vorgesehen, viel mehr als die Länder, in denen Sie an der Regierung beteiligt sind. Wir haben ein Schnelltestkonzept, das wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen werden, natürlich auch an den Schulen. Nehmen Sie das zur Kenntnis, und behaupten Sie nicht das Gegenteil, Frau Kollegin Schulze!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie im Zusammenhang mit Beschaffung einen CSU-Abgeordneten ansprechen, dann tut das hier im Bayerischen Landtag nicht direkt etwas zur Sache, um dies einmal klar zu sagen. Wir müssen erst den Sachverhalt klären. Sie wissen auch nicht mehr als das, was in der Zeitung steht. Ich sage aber auch: Dass ein Amtsträger der Bundesrepublik Deutschland, jemand der hier Abgeordneter ist, in einer solchen Situation höchste Provisionen verlangt, halte ich nicht für vertretbar. Seine Aufgabe ist, im Rahmen seines Amtes dieser Bundesrepublik Deutschland zu dienen und das Bestmögliche zu erreichen. Das möchte ich einmal ganz klar gesagt haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Tests machen das Virus sichtbar. Ganz viele Corona-Infektionen verlaufen weitgehend asymptomatisch, gerade bei kleineren Kindern. Das muss man einfach wissen. Untersuchungen zufolge weisen 50 % der infizierten Kinder überhaupt keine Symptome auf. Die Ausweitung der Testmöglichkeiten ist für mich deshalb ein ganz wichtiges Gebot.

Aktuell zeigt sich an der Grenze zu Tschechien, wie sinnvoll und wichtig die Tests gerade in den Grenzregionen sind. Testen bringt aber nur dann etwas, wenn man sich

auch selbst getestet oder testen lässt. Deshalb sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen und sie werden darum gebeten, freiwillig und zugleich auch verantwortungsvoll und zahlreich davon Gebrauch zu machen; denn jeder Test gibt einem selbst und vor allem den Mitmenschen ein Stück Sicherheit. Ich sage nur nebenbei: Wenn man sich die Zahlen ansieht, stellt man fest, dass sie auch im Bayerischen Landtag trotz guten Angebots durchaus noch steigerungsfähig sind.

In den vergangenen zwölf Monaten haben wir keinen vergeblichen Kampf geführt. Für die Bewältigung dieser Krise gab es keine Blaupause. Wir haben entschlossen gehandelt und zugleich vorsichtig agiert. Wir haben dadurch auch Leben gerettet. Wir haben noch viel mehr Menschen vor einer Corona-Infektion geschützt, von der wir heute wissen, dass mindestens ein Fünftel aller Erkrankten Langzeitfolgen hat, auch jüngere und ganz junge Menschen.

Diesen Weg konsequent zu verfolgen, war richtig, und es war ermutigend zu sehen, dass so viele Menschen im Freistaat diesen Weg mitgegangen sind und ihn weiter mitgehen. Dafür danke ich allen, und ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger, weiterhin mitzumachen und geduldig zu bleiben. Die Pandemie endet nicht damit, dass wir keine Lust mehr auf sie haben, auch wenn das alle gerne hätten. Unsere Befindlichkeiten sind dem Virus leider vollkommen egal. Deshalb sind neben besonnenem staatlichen Handeln auch weiterhin die Eigenverantwortung und das Miteinander der Menschen gefordert. Mit jeder Lockerung kommt es sogar umso mehr auf die Eigenverantwortung des Einzelnen an, weil er mehr Möglichkeiten hat, die er verantwortungsbewusst umsetzen muss. Ansonsten wird es schwierig. – Frau Kollegin Schulze, hier hat der Ministerpräsident recht. Solidarität statt Sorglosigkeit, Disziplin statt Durcheinander. Das sind die Gebote der Stunde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen appelliere ich an jeden und jede von uns. Bleiben Sie weiterhin vorsichtig, schützen Sie sich und andere! Es ist in Ihrem eigenen, in unser aller und im Interesse unseres Landes. Gott schütze Bayern!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen drei Zwischenbemerkungen vor. – Die erste Zwischenbemerkung macht der Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Kreuzer, seit Herbst sind in den USA und Schweden, gemessen an der Bevölkerungszahl, weniger Menschen an COVID-19 verstorben als in Bayern. Das sind zwei Länder, die weltweit nicht gerade als Positiv-Beispiele dienen können. Aber Schweden zeigt sehr deutlich, dass Ihre Politik mehr Schaden als Nutzen bringt. Die Sterblichkeit in Schweden lag im gesamten Jahr 2020 um circa 15 % niedriger als in Bayern. Darum frage ich Sie, wo Sie einen relativen Erfolg Ihrer Politik sehen.

Thomas Kreuzer (CSU): Ich habe Ihnen die Zahlen gerade genannt. Sie machen bei meinen Reden treu Zwischenbemerkungen. Das freut mich, Herr Kollege Plenk. Ich habe Ihnen gerade die Zahlen genannt. Ich habe die deutschen Vergleichszahlen genannt. Die USA und Schweden haben, auf eine Million Einwohner bezogen, eine höhere Sterblichkeit. Die Belgier und Briten haben insgesamt eine wesentlich höhere Sterblichkeit. Wir sind also im europäischen und weltweiten Vergleich relativ erfolgreich, was uns nicht stolz macht; denn jeder Tote war natürlich einer zu viel.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung macht Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Kreuzer, hier sind wir. Bitte schauen Sie nach rechts. Der Ministerpräsident hat vorhin ausführlich Stellung genommen und gestern im Fernsehen bei Maybrit Illner gesagt, wir seien nicht in China und könnten nicht einfach Verordnungen machen und durchsetzen. Da frage ich mich, ob ich seit einem Jahr geträumt oder irgendetwas nicht mitbekommen habe.

(Unruhe)

Thomas Kreuzer (CSU): Das sind schwierige Fragen

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Mittlerweile seit einem Jahr wird über Verordnungen regiert. Wir treffen uns hier im Parlament in halber oder noch geringerer Besetzung, um – ich sage einmal – wie im Spiel Dringlichkeitsanträge vorzustellen, die allesamt von Ihnen abgelehnt werden. Ich habe noch keinen Antrag der Opposition gesehen, dem Sie sich sozusagen angenommen hätten. Das heißt: Sie machen das hier im Alleingang. Ich frage mich schon, welche parlamentarische Rolle Sie hier sehen. Wir hatten gestern ein Plenum.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, Sie haben im Anschluss noch genügend Redezeit. Die Fragezeit ist beendet.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Gestern war der Ministerpräsident nicht da; heute ist er da. Wir können die ganze Farce so nicht weitermachen.

Thomas Kreuzer (CSU): Das sind komplizierte Fragen unseres Staatsaufbaus, die man überblicken sollte, Herr Prof. Hahn.

(Beifall)

Wir haben eine gesetzliche Grundlage des Bundes, das Infektionsschutzgesetz, das den Ländern die Möglichkeit gibt, Einzelheiten durch Verordnungen zu regeln. Die Länder sprechen dies in der Ministerpräsidentenkonferenz untereinander ab. Der Bayerische Landtag wird damit befasst, indem er sich im Plenum dazu äußern und Änderungsanträge stellen kann, bevor die Verordnung in Kraft gesetzt wird. Aber auch in einer Pandemie entscheiden im Endeffekt die Mehrheiten, wie in der Demokratie üblich. Das können wir auch in einer Pandemie nicht auf den Kopf stellen. Ich kenne sehr wohl Anträge, die angenommen wurden. Das waren immer die Änderungsanträge der Regierungsfaktionen. Ich habe auch keinen sachlichen Grund gesehen, Anträge der Opposition anzunehmen, weil ich darin keinen Mehrwert erkannt habe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die letzte Zwischenbemerkung macht der Kollege Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Kollege Kreuzer, es ist einfach falsch, was Sie uns in Ihrer Rede vorgeworfen haben. Das möchte ich schon richtigstellen. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Labore definitiv an der Kapazitätsgrenze. Das haben nicht nur Gespräche mit den Laboren gezeigt; auch in der eigenen Praxis musste ich erleben, dass ich lediglich drei Tests für infizierte Personen zur Verfügung hatte. Warum? – Der Grund dafür war Ihr Jedermann-Test.

(Beifall bei der FDP)

Ich musste teilweise 4 bis 7 Tage auf Ergebnisse infizierter Personen warten.

(Zuruf)

Im Januar waren Sie es noch, der mit den FREIEN WÄHLERN einen Dringlichkeitsantrag gestellt und um Unterstützung für die Pflegeeinrichtungen gebeten hat. Sie hatten bis dahin nicht ausreichend Schutz für die Pflegeeinrichtungen geschaffen. Ein Skandal!

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege Spitzer, es gibt Zahlen dazu, wie viele Testkapazitäten wir in Bayern hatten und wie viele Tests insgesamt ausgewertet wurden. Das ist nie annähernd erreicht worden. Wir hatten allerdings die Problematik, dass manche Ärzte Tests an chronisch überlastete Labore geschickt haben. In diesen einzelnen Fällen ist es dann zu Wartezeiten gekommen. Ich weiß nicht, ob Sie mit Ihrer Praxis auch zu diesen gehören; das kann natürlich schon sein. Es ist vereinzelt zu Wartezeiten gekommen, während woanders noch massive Testkapazitäten frei gewesen wären. Das ist die Wahrheit.

(Zuruf)

– Ja, doch, doch! Ich kann Ihnen die Gesamtzahlen geben. Sie haben keine Ahnung. Es gibt Gesamtzahlen,

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zurufe)

wie viel man in Bayern insgesamt hat.

Es ist richtig, dass es am Anfang bei den Alten- und Pflegeheimen schwierig gewesen ist. Ich weise aber auch darauf hin – Sie sind Stadtrat in Kempten –, dass die Kommunen die Heimaufsicht übernehmen und in erster Linie für die Einhaltung entsprechender Vorschriften zuständig sind.

(Zuruf)

Dies will ich Ihnen bei dieser Gelegenheit sagen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank.

Thomas Kreuzer (CSU): Staatsminister Holetschek kann nicht in allen Altenheimen gleichzeitig überwachen, ob dies dort richtig gemacht wird.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. Das war die letzte Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter, bitte denken Sie an Ihre Maske. Wo ist sie denn hin?

(Unruhe)

Nächster Redner ist Prof. Dr. Hahn für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bayern! In wenigen Tagen ist es so weit. – Ministerpräsident Söder, dann hat es Ihre Staatsregierung geschafft, uns ein ganzes Jahr lang unserer Grundrechte zu berauben. Anfangs, als wir noch nicht wussten, was auf uns zukommt, und als die Da-

tenlage schlecht war, hat die breite Bevölkerung noch mitgemacht. Dann aber kam die Entwarnung, denn Corona ist nicht die Pest. Diese Gewissheit hat aber nie die Membran Ihrer Regierungsblase durchdrungen. Ihnen geht nun der Zuspruch verloren, weil Sie und Ihre Staatsregierung für keine kritische Stimme erreichbar sind. Erst jetzt, da Ihre Umfragewerte sinken, denken Sie über erste Änderungen nach. Schauen Sie sich aber einmal an, was Sie schon alles heraufbeschworen haben, und zwar in ganz Deutschland.

Im Englischen Garten hier in München gehen Polizisten mit Zollstöcken um und messen die Abstände zwischen Besuchern. In Hamburg werden Jugendliche mit dem Streifenwagen verfolgt, weil sich Freunde umarmen. Mitten in der Nacht dringen Polizisten in Wohnungen ein und bohren dafür Türen auf. Jogger werden in Parks verfolgt. Herr Söder, das ist Ihr Werk.

Die Lockerungen, die Sie gestern beschlossen haben, sind doch nur angebliche Lockerungen. Es sind minimale Zugeständnisse, die Sie machen und machen müssen, weil die Leute es eben nicht mehr mitmachen. Sie wollen diese ganze Pandemie verschleppen. Das ist mittlerweile offensichtlich. Wir haben diese Diskussion gerade gehabt. Sie regieren nämlich sehr bequem über Verordnungen.

Ja, das hier ist eine riesengroße Pressekonferenz für Sie. Sie haben noch nicht einen einzigen Oppositionsantrag angenommen. Tatsächlich ist es so, dass keine Beteiligung der Opposition da ist, bzw. – ich schaue auch auf alle anderen Oppositionsparteien – dass die Opposition in so einer Pandemie gerade sehr stark behindert ist. Das wollen Sie wahrscheinlich bis zur nächsten Bundestagswahl ausdehnen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Die neue Strategie ist: testen, testen, testen. Sie wollen mehr testen. Sie wollen eine höhere Inzidenz? Ja, warum wollen Sie eine höhere Inzidenz haben? Wollen Sie diesen Lockdown etwa verlängern? Herr Söder, eben haben Sie schon von der dritten Welle gesprochen. Wollen Sie die dritte Welle denn künstlich herbeitesten?

(Lachen)

Das neue Zauberwort ist bei Ihnen jetzt Zero-COVID, also null COVID. Wir werden möglicherweise erst dann wieder entlassen, wenn wir bei Zero-COVID sind. Sie haben das hier als klares Konzept bezeichnet. Dazu sage ich nur: Zero ist gleich null, und zwar drei Mal null: null Rücksicht auf unsere Kultur, null Rücksicht auf unsere Bildung und null Rücksicht auf unsere Wirtschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Herr Söder, Sie sprechen so gerne vom harmonischen Dreiklang, von Ihren drei Säulen: Vorsicht, Vertrauen und Verantwortung. Ich hätte da im gleichen rhetorischen Stil einen besseren Vorschlag, nämlich: Verängstigung, Verleumdung und Versagen.

Es ist auch sehr bezeichnend, dass Sie hier mit dem Rücken zum Redner sitzen; denn es ist so, dass Sie die Kritik hier gar nicht hören wollen. Sie wollen gar nicht wissen, wie die Bürger ticken, wie die Opposition tickt und was man anders machen könnte. Deshalb wenden Sie sich hier symptomatisch ab. Stattdessen reden Sie vom Freitesten. Sie reden von Impfpässen. Sie reden davon, Freiheiten als Belohnung zu geben. Sie bezeichnen es als "Sahnehäubchen", wenn sich bei einer Inzidenz von unter 35 sogar drei Haushalte treffen dürfen. Herr Söder, mal im Ernst: Erwarten Sie denn eigentlich Dankbarkeit, weil Sie sich hier anmaßen, großspurig als Verteiler der Grundrechte aufzutreten?

Überdies heißt es dann, vom bekennenden Christen, für den Sie sich immer gerne ausgeben, – das haben wir eben gehört –: Ostern ist noch unklar. Herr Söder, darf ich Sie dann einmal fragen, wie es mit dem Ramadan aussieht? Wird das in diesem Jahr wie im letzten Jahr klappen?

Sie tun hier so, als würden Sie eine Perspektive bieten. Fakt ist aber, Sie verträsten uns in einer Dauerschleife. So langsam dämmert es auch dem Allerletzten. Die Gründe dafür sind nämlich willkürlich und hausgemacht.

(Beifall bei der AfD)

Auch diesmal wieder werden Sie die Bürger für Ihren Endlos-Lockdown verantwortlich machen, frei nach dem Motto: Ihr hattet eure Chance – selbst schuld!

Ja, meine Damen und Herren, da tippt der Herr Söder auf seinem Handy herum, anstatt hier zuzuhören. Er hat eben von der MPK gesprochen und so gelobt, dass die Leute da alle so bei der Sache wären. Sie sind jetzt nicht bei der Sache. Bei der MPK gibt es auch Leute, die Candy Crush auf ihrem Telefon spielen. Das kritisieren Sie, hören aber selber nicht zu.

Da fällt mir eigentlich nur eines ein. Ich möchte hier ein positives Beispiel nennen. Wir haben es eben gehört: Schweden ist so ein positives Beispiel. Schweden hat keine Ausgangssperren. Schweden hat keine Maskengebote, und trotzdem ist die Kurve pro hunderttausend Einwohnern bei den Verstorbenen genau wie bei uns. Sie war im Oktober sogar noch besser als bei uns. Sie versperren sich hier komplett diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen, beispielsweise denen von Prof. Ioannidis von der Universität Stanford. Dieser hat nämlich gesagt, dass dieser Lockdown mehr schadet als er nutzt.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, die Schulden, die das alles produziert, wer muss das irgendwann einmal ausbaden? – Die Kinder. Sie haben eben von Ihren eigenen Kindern gesprochen. Ihre eigenen Kinder müssen diese Schulden irgendwann bezahlen, und zwar in Jahrzehnten, die nach uns kommen.

Das ist die Bürde, die Sie diesen Menschen hinterlassen. Ich frage mich, wer von den Mitgliedern dieses Hohen Hauses wirklich einmal in sich gegangen ist und sich gefragt hat: Kann ich das mit bestem Wissen und Gewissen noch verantworten? Meine Güte, sehen Sie denn nicht, was hier passiert? Der Schaden überwiegt den Nutzen bei Weitem. Die Verhältnismäßigkeit fehlt bei Weitem. Leider versagen auch alle anderen Oppositionsparteien bei Weitem; denn einzig und allein die AfD widersetzt sich diesem ruinösen Kurs der Söder-Merkel-Regierungen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Meine Damen und Herren, man kann sagen: Es ist eine Katastrophe, und zwar nicht wegen eines Virus, sondern wegen Ihrer alternativlosen Einheitspolitik.

Ich appelliere an alle Parteien: Hören Sie Ihre Parteibasis! Hören Sie die Bürger! Hören Sie die Stimmen aus Bildung, Kultur und Wirtschaft! Hören Sie das bayerische Volk, und hören Sie jene, die Sie hier repräsentieren sollen, jene, von denen Sie einmal gewählt worden sind! Ich weiß nicht, ob es Ihnen, Herr Ministerpräsident Söder, bei all dem nur darum geht, bis zur nächsten Wahl die Kontrolle und damit die Versorgungspositionen zu behalten. Aber ich möchte zum Ende kommen und mit den Worten Ihres CSU-Parteikollegen Georg Nüßlein schließen – ich zitiere –: "...und dass sie sich immer die Frage stellen: Cui bono? – Wem nutzt das?"

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Redner und darf den nächsten Redner aufrufen, den Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER, Herrn Florian Streibl. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gerade wieder gehört: Cui bono? – Wem nutzt das? – Es nützt den Menschen, die nicht schwer an COVID-19 erkranken, den Menschen, die nicht sterben. Denen nützt das Ganze. Das sind jene, die wir schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Herr Hahn, Sie arbeiten hier mit Unterstellungen, Anfeindungen und Falschbehauptungen. Eines schimmert hier durch, der alte Spruch: So wie der Schelm denkt, so ist er. – Sie entlarven durch Ihre Rede nur sich selbst und zeigen, dass Sie mit Ihrer Partei nur der Verdachtsfall im Wartestand und in der Warteschleife sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Sie sind der alte Fluch Deutschlands, den es zu überwinden gilt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Was ist aus Ihnen geworden? Sie sind einmal als Eurokritiker gestartet und jetzt als Beinahe-Verdachtsfall eingestuft. Aber das kommt schon wieder. Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Schulze, Sie fragen: Was macht die Regierung? – Sie macht das, was sie tun soll, nämlich regieren, Leben retten und die Menschen in Bayern schützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie haben mit Ihrer rhetorischen Frage "Was erzählt ihr hier so?" doch ein paar interessante Sachen gebracht, die auch einiges durchschimmern lassen, und zwar: Man soll schneller sein, und man soll anders arbeiten. Man soll pragmatisch die Welt retten. – Das liest sich eher wie etwas aus dem Handbuch der KP. Pragmatische Weltrettung ist nicht unbedingt der demokratische, bürgerliche Weg, wo man alles ausdiskutiert, sondern das ist der schnelle, eher der fanatische Weg, nämlich indem man auf dem schnellen Wege Klarheit schafft, die Menschen dabei aber nicht mitnimmt. Von daher sind Sie, in der linken und in der rechten Ecke, sich in einem ähnlich: Sie können eben nur bis eins zählen. Sie sehen nur Ihre Welt und nichts anderes. Wir hier dazwischen sehen die Welt als Ganzes und müssen diese auch diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, vor knapp einem Jahr hatten wir die erste Regierungserklärung zur Pandemie. Dies war der Auftakt zu einem Kampf, den wir bis dato nicht kannten, und gegen einen Gegner, der für uns alle neu war. COVID-19 hat unser aller Leben auf den Kopf gestellt und unsere Gesellschaft vor die größten Herausforderungen in der Nachkriegszeit gestellt.

Das Schlimmste bei dem Ganzen ist – darüber redet man zu wenig –, dass es in Bayern 12.000 Familien gibt, die um Angehörige trauern, die an COVID-19 gestorben sind. In Deutschland sind es über 71.000 Familien und weltweit 2,5 Millionen. Meine Damen und Herren, diese Zahlen müssen uns zu denken geben und sollten Anlass sein, manche Partenspielchen hintanzustellen.

Meine Damen und Herren, Schreckensszenarien, wie wir sie in Italien in Bergamo erlebt haben, mussten und wollten wir verhindern und wollten wir hier nicht sehen. Dies ist gelungen! Entscheidungen wurden getroffen. Das waren schwere Entscheidungen, die man sich nicht leicht gemacht hat. Natürlich musste man Rechte zurückstellen. Man musste das Gemeinwohl, das Wohl aller in den Vordergrund rücken. Dies ist vielleicht für eine Gesellschaft schwierig gewesen, die eher den Eigensinn im Sinn hatte. Wir müssen auch an unserem gesellschaftlichen Leben arbeiten und uns fragen: Was sind in unserer Gesellschaft die Werte, die wirklich wichtig sind?

Die Zahlen sind jetzt eher am Stagnieren, am Sinken. Eine neue Welle kann sich aber aufbauen oder zeigt sich schon. Gerade im Hinblick auf die Virusmutationen ist weiterhin höchste Vorsicht geboten. Wir müssen aber die richtige Balance dazwischen finden, den schwer erkämpften Erfolg nicht zu verspielen und die Maßnahmen nur so lange aufrechtzuerhalten, wie sie wirklich notwendig sind. Wir müssen genauso wie beim Schließen, beim Lockdown, nun auch beim Öffnen wieder Mut haben und auch Risiken eingehen; denn ansonsten werden sich manche Wirtschaftszweige wohl nicht mehr erholen.

Aber auch in der Gesellschaft entstehen durch diese Krise immer mehr Narben und Risse. Dies könnten Narben und Risse werden, die über kurz oder lang zu Schäden an unseren demokratischen Grundwerten werden. Im Haus gibt es eine Gruppierung, der diese Schäden zupasskommen und die mit aller Macht versucht, diese auch noch anzuheizen. Gegen die Gefahr von möglichen Langzeitfolgen und Maßnahmen müssen wir weiter mit Augenmaß und Klugheit strategisch vorgehen. Wir brauchen kluge Konzepte, mit denen wir vorangehen. Auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse,

die uns zugänglich sind, müssen wir einsehen, dass ein pauschales Nein zu Öffnungsforderungen von Wirtschaft, Gastronomie, Hotellerie, Kunst, Kultur und Freizeitsport nicht mehr angemessen ist. Wir müssen im Grunde nachsteuern und müssen die Gesellschaft mitnehmen.

Daher freuen wir uns, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und die Kanzlerin am Mittwoch ein konkretes Konzept vorgestellt haben, sich auf ein Konzept geeinigt haben, in dem sich unser Bayernplan widerspiegelt, letztlich einen Fahrplan zur Normalität. Dieser Fahrplan steht, und die Öffnungsmatrix des Bayernplans – so möchte ich es einmal sagen – ist gesetzt. Wir haben die Daten 01.03., 08.03. und 22.03. Für diese Daten haben wir in Abhängigkeit von der Entwicklung der Inzidenzwerte vorgearbeitet.

Es ist klar, dass der Ruf nach Lockerungen immer größer wird, aber es können nicht alle Schritte gleichzeitig und alles auf einmal gemacht werden. Das wäre fahrlässig und grob verantwortungslos.

Meine Damen und Herren, wir müssen immer noch – das ist vorher auch gesagt worden – die Notbremse haben, damit man im Notfall wieder gegensteuern kann, sich neue Erkenntnisse zu eigen machen kann, denen man dann auch Rechnung tragen muss. Wir brauchen aber eine transparente Priorisierung von den Dingen, die jetzt als Nächstes kommen müssen. Das ist jetzt nachvollziehbar, und das ist auch gut für die Menschen im Land, da sie sehen, in welche Richtung es geht, wenn die Entwicklung der Pandemie so weitergeht, wie wir es uns erhoffen: dass nämlich die Zahlen sinken.

Meine Damen und Herren, Impfen, Testen, Schützen und Öffnen – das ist der Weg in die Zukunft. Das ist der Weg, den wir gemeinsam mit der Staatsregierung beschreiten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Je mehr Menschen geimpft sind, desto weniger schwere Verläufe werden wir haben. Dies ist doch das Ziel all unserer Maßnahmen. Im Vordergrund steht, das Leben der Menschen zu schützen. Die Ausrottung des Virus ist ein anderes Thema. In erster Linie müssen wir das Leben der Menschen schützen. Dies ist auch die Aufgabe jeder Regierung in diesem Land.

(Beifall)

In unserem Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN nehmen wir neben den Inzidenzzahlen auch noch andere Parameter in den Blick, zum Beispiel die Belegung der Intensivbetten und die Sterbezahlen; denn je mehr geimpft wird, desto weniger schwere Verläufe wird es geben und umso weniger wird dann die Inzidenzzahl ins Gewicht fallen, da sie dann natürlich auch kleiner werden wird. Dafür brauchen wir aber auch eine Impfstrategie. Wir brauchen möglichst viele Impfungen.

Wir sollten uns auch hier einmal besinnen und dankbar sein, dass in Deutschland der erste Impfstoff entwickelt worden ist, und dies binnen Jahresfrist. Das ist die große Chance zum Durchbruch im Kampf gegen das Virus. Wir sollten eigentlich dankbar sein, dass dies so schnell gegangen ist. Wir sollten auch zuversichtlich sein; denn dies hilft uns. Wenn das nicht geschehen wäre, würden wir wahrscheinlich noch Jahre in diesem Modus bleiben. Das Impfen ist das Allerwichtigste. Wir sollten hier nicht über irgendwelche Impfpflichten fabulieren, sondern wir sollten den Impfwunsch der Mehrheit der Bevölkerung ernst nehmen. Diesem Impfwunsch müssen wir nachkommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Daher möchte ich auch klar der kommunalen Familie danken, die die Impfzentren gerade aufgebaut hat und dem Impfwunsch nachkommt. Dort wurde eine Struktur geschaffen, um möglichst viele Impfungen verabreichen zu können.

Mit Stirnrunzeln und Verärgerung sehen wir, dass auf europäischer Ebene nicht alles getan wurde, damit genügend Impfstoff schnellstmöglich vorhanden ist. Hier muss

man nachsteuern und vielleicht auch aufklären; denn jede Verzögerung beim Impfen bedeutet einen Verlust an Menschenleben. Das muss uns klar sein. Nebenbei entsteht natürlich jede Woche im Land auch ein wirtschaftlicher Verlust von ungefähr drei Milliarden Euro. Diese beiden Punkte müssen uns Anreiz sein, das schnellstmögliche Impfen als erste Priorität ins Auge zu nehmen und zu versuchen, zu impfen, impfen, impfen. Im Grunde sollte jeder, der eine Spritze in der Hand halten kann und entsprechend ausgebildet ist, diese auch benutzen, zum Impfen gehen und so mithelfen, dass so schnell wie möglich geimpft wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, es ist gut und wir sind dankbar, dass man auch an Therapien gegen Coronaviren forscht. Als Koalition stecken wir 50 Millionen Euro in die Forschung hierfür. So können Krankheitsverläufe abgemildert werden. Dies gehört auch dazu: Wenn die Krankheitsverläufe milde sind, nimmt dies letztlich dem Virus den Schrecken.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist die Teststrategie. Wir müssen sie jetzt hier umsetzen. Wir hoffen natürlich auch auf den Bund und den Rahmen, der dort gesetzt wird; denn das Impfen und das Testen sind der Schlüssel zur Normalität. Mit dem flächendeckenden Testen können wir vielleicht wieder Freiheiten zurückgewinnen. Am Anfang diente das Testen dazu, sich ein Bild von der Pandemie zu machen, ein Bild über den Verlauf zu bekommen. Das Testen war mit Einschränkungen verbunden. Jetzt müssen wir das Testen mit Freiheiten verbinden, mit den Möglichkeiten von Öffnungen. Hierfür sind Schnelltests und Selbsttests ein wichtiges Instrument.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So können wir letztlich coronafreie Schutzräume schaffen; denn wenn jemand negativ getestet ist, dann kann er möglicherweise 12 oder 24 Stunden mit anderen negativ Getesteten zum Beispiel in ein Theater, in ein Kino oder in ein Lokal gehen; denn ein Infektionsgeschehen auf dieser Insel ist dann so gut wie nicht mehr vorhanden. Diese

Möglichkeiten müssen wir den Menschen auch bieten, damit sie sich testen lassen. Man hat dadurch einen mehrfachen Nutzen: Man kann Freiheiten bieten, Gefahren einschränken und diejenigen entdecken, die unerkannt erkrankt sind. Daher ist Impfen und Testen der Schlüssel zur neuen Normalität, zur neuen Freiheit. Voraussetzung beim Testen ist allerdings, dass das Konzept steht und dass die Tests letztlich auch zuverlässig sind.

Bei einigen Punkten muss man noch nachsteuern, beispielsweise bei der Corona-Warn-App, damit sie an die neuen Erfordernisse angepasst wird. Ich appelliere eindringlich an den Bund, dass er hier schnell vorangeht.

Meine Damen und Herren, alle Ideen und Einschätzungen meiner Fraktion, die ich hier angerissen habe, können Sie gerne in unserem Bayernplan nachlesen. Den aktuellen Ministerratsbeschluss auf Basis des Konzepts der MPK tragen wir als Regierungsfraktion heute sehr gerne mit. Wir werden ihn auf diesem Weg umsetzen und unterstützen.

Wir werden uns aber auch dafür einsetzen, dass die Konzepte im Rahmen der fortlaufenden Gespräche – das wird heute wahrscheinlich nicht die letzte Regierungserklärung gewesen sein – angepasst und immer wieder den Kompromiss mit der Wirklichkeit, vor die uns das Virus stellt, finden werden. Die von uns vorgeschlagene transparente Vorgehensweise trägt nicht zuletzt auch zur Akzeptanz der Maßnahmen bei den Bürgerinnen und Bürgern bei. Die Akzeptanz und das Mitwirken aller ist letztlich der Schlüssel zum Erfolg beim Kampf gegen die Pandemie.

Meine Damen und Herren, danke an alle, die mit Umsicht und Vorsicht, aber auch Zuversicht dem Virus die Stirn bieten und so gemeinsam das Gemeinwohl stärken; denn wir wissen: Nur gemeinsam sind wir stark. Bleiben Sie gesund! Gott schütze Sie, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Streibl. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Sie sind ein gefragter Abgeordneter. Es gibt gleich drei Zwischenbemerkungen, beginnend mit Herrn Swoboda. Bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Streibl, wann wird es wieder eine FREIE-WÄHLER-Partei geben, deren Puls für die Menschen draußen im Lande schlägt? Wir lange wollen die FREIEN WÄHLER diese CSU-Pandemiepolitik des Schreckens und der Grundrechteverweigerung noch mittragen? Wann werden Sie die Zwangsjacke des Regierungskonformismus abschütteln? Wann werden Sie wieder FREIE WÄHLER sein und nicht mehr nur eine hilfswillige Unterabteilung der CSU? Das waren Sie doch einmal. Wann kommt Ihre große Freiheit?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte, Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Swoboda, Sie sehen mich hier vorn in der Trachtenjacke und nicht in der Zwangsjacke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir die Verantwortung für die vielen Menschen im Land Bayern, die Verantwortung für die Familien, für die Kinder, für die Männer und Frauen. Wir haben Verantwortung für sie alle und dürfen sie nicht schutzlos der Gefahr durch das Virus aussetzen. Deswegen machen wir diese Maßnahmen. Wir machen sie zusammen mit unserem Koalitionspartner, und wir machen sie gut. Was aber bedauerlich ist, sind die 12.000 Toten, die an COVID gestorben sind. Da muss man sich fragen: Hätten wir vielleicht noch ganz andere Maßnahmen treffen müssen? Diese Frage sollte man sich stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Die nächste Bemerkung kommt vom Abgeordneten Martin Böhm, AfD-Fraktion.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Streibl, Sie machen sich darüber lustig, dass ein sogenannter Verfassungsschutz uns zurzeit nicht beobachten darf. Sollten Sie nicht lieber unsere Forderungen nach einem Untersuchungsausschuss unterstützen, der dafür sorgt, dass der Schaden an Vertrauen und Steuermitteln aufgedeckt wird, den Amigos Ihres Koalitionspartners vermutlich angerichtet haben? Das ist ein Skandal, der sich täglich ausweitet. Die Verfassung zu schützen ist zuallererst der Auftrag einer mutigen Oppositionspartei. Die werden wir, lieber Kollege Streibl, bleiben, egal, was Sie sagen, und egal, auf welchen undemokratischen Irrweg Sie sich begeben.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Böhm, Sie stellen immer solche Zwischenfragen, die Sie sich schön aufschreiben, weil Sie sie anscheinend nicht spontan machen können, woraus Sie dann kleine Filmchen für das Internet machen, um dieses Haus bloßzustellen und verächtlich zu machen.

Meine Damen und Herren, wenn es Feinde der parlamentarischen Demokratie gibt, dann sitzen sie dort und machen solche Filmchen, weil sie keinen Respekt vor diesem Haus haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ihr Fraktionsvorsitzender hat vorhin gefragt, was wir hier für Spielchen machen. Wir machen keine Spielchen. Spielchen machen Sie. Sie zeigen durch diese Spielchen, dass Sie nicht hierher gehören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Sie sind fertig mit der Beantwortung. – Dann der Kollege Christian Zwanziger von den Grünen. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Streibl, ich komme zur Sache zurück. Ich möchte Ihnen gern die Gelegenheit geben, einmal zu erklären, wie der Sinneswandel in den Regierungsfractionen zustande gekommen ist, dass Sie jetzt so eine Kehrtwende machen, da jetzt gelockert werden soll und vor einem Monat bei besseren Bedingungen in vielerlei Hinsicht nicht gelockert werden konnte. Ich möchte Sie da auf ein Zitat von Markus Söder vom 12. Februar ansprechen. Damals lag die Inzidenz in Bayern bei 62. Er sagte:

Wenn die Zahlen es hergeben, öffnen wir mit Freude. Wenn die Zahlen aber schlechter sind, öffnen wir aus Sorge nicht.

Und weiter:

Dies wäre in etwa so, als würde man über einen gefrorenen See gehen und es würde zu tauen beginnen.

Erklären Sie doch bitte einmal, warum das Eis heute besser trägt oder ob Markus Söder jetzt glaubt und den Beweis antreten will, auch noch über Wasser gehen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ich weiß jetzt nicht, warum Sie da klatschen; denn diese Frage könnten Sie dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg genauso stellen. Er geht diesen Weg genauso mit wie Dr. Markus Söder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Auch in Baden-Württemberg hat man im Januar nicht geöffnet. Insofern verstehe ich nicht, was Sie damit erreichen wollen.

Das sind natürlich zwei Ministerpräsidenten unterschiedlicher Couleur, die aber seltsamerweise den gleichen Weg gehen. Warum gehen sie den gleichen Weg? – Weil sie ihn als vernünftig erkannt haben und weil sie – das haben Sie vorhin auch gesagt – den Menschen in ihren Ländern Verantwortung schuldig sind. Von dieser Verantwortung getrieben gehen sie diesen Weg. Das ist auch unser Motiv.

Wir steuern da nach, wo wir nachsteuern können. Wir können neue Erkenntnisse einbauen. Ich habe es bei einer der vielen Regierungserklärungen viel früher schon einmal gesagt: Wir sind ein lernendes System. Gegen ein dynamisches Virus kann man nicht mit starren, mit einfältigen Systemen ankommen, sondern man muss höchst agil und höchst anpassungsfähig sein. Ein großer Vorteil der Menschheit ist, dass sie immer sehr anpassungsfähig war, sonst wären wir schon längst ausgestorben. Daher habe ich die Hoffnung, dass wir auch dieses Virus meistern werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke Ihnen und sehe keinen weiteren Meldungen zu Zwischenbemerkungen. – Damit darf ich den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Horst Arnold. Herr Abgeordneter Arnold, gleich wird das Redepult sauber sein.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Wort vorab: Herr Ministerpräsident, Sie sprechen von Zerreden und Schlechtre-den. Wir ringen hier im Parlament eigentlich um politische Lösungen, analysieren, kritisieren und machen Vorschläge auf unermüdliche Art und Weise. Das ist die Aufgabe des Landtags, das ist die Aufgabe der Demokratie, und das ist auch die Essenz der Gewaltenteilung. Das nennt man Kontrolle. Ich verbitte mir in dieser Tradition, Redebeiträge der demokratischen Opposition als Zerreden und Schlechtre-den zu disqualifizieren.

(Beifall bei der SPD)

Ja, Sie haben die Mehrheit, aber dadurch nicht automatisch recht. Wie sich das tatsächlich bewahrheitet, sieht man an Ihrem Beispiel. Wer hätte das gedacht? – Das haben Sie sich vor einigen Tagen auf der Pressekonferenz gefragt. Vor Tagen noch Vorsicht, Umsicht, vage Ankündigungen und strenge Mahnungen, auf Sicht zu fahren. Sie wunderten sich in der Pressekonferenz über sich selbst. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir haben Ihnen dies schon längst empfohlen, und zwar am 15.12.2020, am 08.01.2021 und am 12.02.2021. Dies sind die Daten Ihrer Regierungserklärungen. Dazu gab es drei konkrete Dringlichkeitsanträge meiner Fraktion mit der Aufforderung zur Entwicklung – jeweils unter Berücksichtigung der aktuellen Lage und insbesondere der Hygienesituation – szenarienabhängiger, verantwortlicher Öffnungsstrategien, nicht auf Zuruf oder per Zufall, keine starren, unflexiblen Pläne, sondern szenarienabhängige Strategien, damit die Einrichtungen sowie die Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Staat selbst rechtzeitig die nötigen Vorkehrungen treffen können und damit bei aller Unvorhersehbarkeit zumindest ein Mindestmaß an Perspektive, Zuversicht und Planbarkeit gewährleistet werden kann. Drei Mal und noch viel öfter haben Sie diese Forderungen in Bausch und Bogen abgelehnt. Sie beharrten auf Ihrem Mantra: "Team Vorsicht" – als ob irgendjemand aus den demokratischen Fraktionen in diesem Haus nicht um Vorsicht und den Schutz der Bevölkerung bemüht wäre. Zwischen- durch kam sehr überraschend die Öffnung der Baumärkte.

Daher stelle ich fest: Nachdem durch die bisherige Weigerung, konkrete Öffnungsszenarien zu entwickeln, leider wertvolle Zeit verloren wurde, gibt es nun endlich erste Ansätze und Orientierungen. Diese Regelungen gehen in die richtige Richtung, sind aber sehr kompliziert in der Formulierung. Egal, ob Sie sich weiterhin parlamentarisch beratungsresistent zeigen oder nicht: Zum wünschenswerten Erfolg kann nur führen, wenn Sie über diese Regelungen klar und deutlich auf allen Kanälen und in allen Medien, für alle verständlich und erreichbar informieren und aufklären. "Für alle" heißt für uns auch barrierefrei und gegebenenfalls in mehreren Sprachen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen von Vertrauen in die Bevölkerung, aber dieses Vertrauen ist nur dann möglich, wenn die Bevölkerung weiß, was Sache ist. Konzepte dürfen sich nicht nur in Ankündigungen erschöpfen, sondern bedürfen einer praktischen Vorgabe. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben in den vergangenen Tagen vermutlich ein paar Mal zu oft gesagt, dies sei kein Paradigmenwechsel. Egal, ob es das nun ist oder nicht, ein Strategiewechsel ist es jedenfalls nicht; denn dazu bräuchten Sie das, was Sie leider noch immer nicht in ausreichendem Maße haben, nämlich eine Strategie.

(Beifall bei der SPD)

Sie bleiben der Ministerpräsident der markigen Schlagworte, obwohl Sie heute Verständnis für alle äußerten. Das "Klein-Klein", wie Sie es auch schon genannt haben, scheuen Sie sich zu regeln. Entsprechend lückenhaft sind Ihre Planungen. Wichtige Bereiche wie Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Hotellerie, Teile der Kultur, Gastronomie etc. fehlen. Null Komma null!

Ich spreche hier wohlgermerkt, auch wenn ich es für meine Fraktion oft genug betont habe, von Perspektiven und nicht von sofortigen Öffnungen für alle Bereiche. Bei den Bereichen, die bereits konkreter benannt sind, bleiben Fragen offen. Insbesondere fehlen klare Vorgaben und Unterstützungsmaßnahmen zur Einhaltung und Durchsetzung der Hygienekonzepte. – Sie, Herr Ministerpräsident, sagen gerne, wir dürfen das Erreichte jetzt nicht verstoßern. Man verstoßert Erfolge aber nicht allein dadurch, dass man zu schnell öffnet, sondern auch dadurch, dass man diese Öffnungen schlecht vorbereitet.

Deswegen haben wir hier und heute folgende konkrete Forderungen zu erheben: Was den Einzelhandel, die Kultur, den Sport und die Außengastronomie anbetrifft, sind die szenarienabhängigen Teilöffnungen für die Bereiche gemeinsam mit den Betroffenen sowie an bereits bestehende, gute Hygienekonzepte anknüpfend vorzubereiten. Dazu zählen auch klare Vorgaben und, wo nötig, staatliche Unterstützungsmaßnahmen – Stichwort: Gesundheitsämter – zur Einhaltung und Durchsetzung dieser Hygienekon-

zepte. Für die Bereiche, für die bislang überhaupt noch keine Perspektivschritte entwickelt wurden – hier nenne ich sehr deutlich die Erwachsenenbildung, Hochschulen, Hotellerie, Touristik, Veranstaltungen sowie Teile der Kultur und Gastronomie –, sind jetzt entsprechende Pläne zu erarbeiten, die von bayerischer Seite auch in der nächsten Bund-Länder-Konferenz am 22. März 2021 einzubringen sind.

(Beifall bei der SPD)

Weil Sie sagen, das Parlament soll beteiligt werden, wollen wir, dass Sie darüber am 16. März in der Plenarsitzung einen Zwischenbericht vortragen. Das können Sie in der Einführung zur Befragung tun. Auf jeden Fall wäre dies wirklich eine echte Beteiligung, was die Informationspolitik anbetrifft. Zudem sind Vorkehrungen zu treffen, um die Unterstützungsangebote zur Sicherung der physischen und psychischen Gesundheit besonders verwundbarer Personengruppen zumindest in einem Mindestpräsenzbetrieb auch bei steigenden Inzidenzen unter strenger Wahrung des Infektionsschutzes aufrechterhalten zu können.

Kinder und Jugendliche sind natürlich in den Mittelpunkt zu stellen. Die verantwortliche und umsichtige Rückkehr der Kinder und Jugendlichen in den Präsenz- bzw. Regelbetrieb von Kitas und Schulen ist grundsätzlich im Sinne der Bildungsgerechtigkeit, aber auch der psychosozialen Entwicklung zu begrüßen. Allerdings müssen alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, Herr Ministerpräsident, damit Schul- und Kitabetrieb für alle Beteiligten auch sicher sind. Hierzu zählen insbesondere die Impfung von Erzieherinnen und Erziehern, auch in der ambulanten und stationären Jugendhilfe, sowie von Lehrerinnen und Lehrern und ein klares Konzept – wobei "Konzept" nicht nur ankündigen, sondern auch umsetzen heißt – für Schnell- und Selbsttests einschließlich der Vorgaben der Überprüfung und der Hilfestellungen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, davon ist in diesem Entwurf, den wir heute besprechen, nichts zu lesen. Dies bekümmert uns.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen eine sichere und verlässliche Anwendung dieser Tests garantieren und eine weiterhin ausreichende Bereitstellung von FFP2-Masken für das Schul- und Kita-personal gewährleisten. Auch die Luftfilter sind dabei anzusprechen. Bei allen Überlegungen ist aber besonders auf den Schutz von Risikogruppen zu achten. Für eine verantwortungsvolle Schulöffnung ist zudem ein gut funktionierendes Schulbusmanagement zu gewährleisten. Dies ist auch ein Punkt, den wir hier noch einmal ansprechen wollen.

Für den Fall, dass es dann nicht funktioniert – das kann ja sein, dass es nicht Ihre Schuld oder die Schuld von irgendjemandem ist –, wollen wir doch auch Lösungskonzepte in die Zukunft hinein. Wenn die technischen und hygienischen Voraussetzungen an den Schulen nicht rechtzeitig geschaffen werden können, ist bei der Umsetzung der Schulöffnung die Einschätzung und Bewertung der Schulfamilie maßgeblich zu berücksichtigen. Die Beschlüsse, die Sie hier gefasst haben, behandeln überhaupt nicht den Bereich der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit, und damit einen wichtigen Teil der Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen. Daher sind Sie als Staatsregierung dringend angehalten, Perspektiven für die Öffnung von Jugendzentren, Aktivspielplätzen sowie weiteren Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen. Eben haben Sie gesagt, Kinder und Jugendliche liegen Ihnen am Herzen. Uns liegen Sie auch am Herzen. Wir sagen, was wir wollen. Bitte beherzigen Sie das beim nächsten Mal tatsächlich, setzen Sie es in der Verordnung um, und reden Sie nicht nur von Konzepten, sondern setzen Sie sie um!

(Beifall bei der SPD)

Was die zügige Entwicklung und Umsetzung einer klaren Impf- und Teststrategie anbetrifft, habe ich dazu bereits vor einigen Tagen mit der Kollegin Ruth Waldmann eine Pressekonferenz abgehalten. Ich muss Ihnen sagen: Der viel gerühmte bayerische Impfturbo zündet nicht, und zwar deswegen, weil er noch nicht an das System angeschlossen ist. Sie sprechen hier von Management. Ich sage Ihnen eines: Wenn die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen nicht hier geschaffen werden können, dann

sprechen Sie mit Jens Spahn, der für die CDU in der Bundesregierung sitzt. Dieser muss sie vorlegen.

(Zuruf)

Sie müssen ihm notfalls helfen und dürfen nicht darauf warten, dass die Bundesregierung irgendetwas tut, was sie dann doch nur umsetzen kann, wenn unser Finanzminister Scholz darauf besteht.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen, weil es auch um Bestandsaufnahmen geht, einen Eindruck aus dem Impfleben am 5. März 2021 geben. Sie haben mit der letzten Infektionsschutzverordnung eine sogenannte Impfkommision eingerichtet. Diese funktioniert angeblich seit dem 1. März. Ich lese Ihnen jetzt einmal vor, was einer meiner Abgeordnetenkollegen als Zuschrift erhalten hat.

Das ist die Zuschrift einer Mutter, die unter 80 ist, deren Sohn leider Gottes an einer hochkomplizierten seltenen Krankheit leidet: Also, ich wollte Sie doch mal auf dem Laufenden halten. Am Montag um 12 Uhr war die Internetseite der entsprechenden Kommission online. Da stand: Die E-Mail wird erst in den nächsten Tagen freigeschaltet. Ich habe das dann gleich alles ausgedruckt und per Post an die angegebene Anschrift gesendet. Mit Einschreiben! – Bis heute steht in meiner Nachverfolgung, dass der Empfänger ein Schließfach besitzt und der Brief auf die Abholung wartet. – Vielleicht hat die Kommission noch gar nicht mit der Arbeit begonnen. Ich habe es jetzt gerade noch einmal per Mail versucht, aber es kommt immer noch die Meldung, dass die Seite nicht erreichbar ist.

Liebe Leute, da geht es um Notfälle, da geht es wirklich um brisante Geschichten. Ist das eine Geschichte, die man ins Postfach legt, wenn wir hier über Leben und Gesundheit reden?

Es geht in dem Brief aber noch weiter; jetzt kommt die Konfusion mit der Impfung. Die Dame schreibt: Aber, was mich total verwundert: Ich selbst habe heute meinen Impftermin für nächsten Dienstag bekommen. Ich musste zwar leider auch ein paar Krankheiten angeben, aber im Gegensatz zu meinem Sohn fühle ich mich jetzt weder vom Alter noch von den Krankheiten her als Risikopatient. Ob ich morgen mal im Impfzentrum anrufen und fragen soll, ob ich meinen Termin meinem Sohn überlassen kann?

Das ist doch keine Strategie. Das ist doch ein Konzept, das in der Summe – ich unterstreiche das – als Chaos zu bezeichnen ist. Ja, es ist schwierig, aber kommen Sie bitte in die Puschen, und setzen Sie alle Ankündigungen um! Wir sagen das schon seit Monaten.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen in diesem Bereich dringend – auch in der Wortwahl – Politik auf Augenhöhe. Herr Ministerpräsident, Sahnehäubchen sind ja nett. Sahnehäubchen sind aber sozusagen eine Draufgabe. Sie feiern Inzidenzen unter 35 als Sahnehäubchen; dort werden Rechte preisgegeben. Ein Blick ins Gesetz genügt: Unter einer Inzidenz von 35 hat die öffentliche Hand, hat die Verwaltung im Prinzip gar nichts mehr zu schnacken, es sei denn, es gibt dringende Gründe, um allgemeine Maßnahmen – so steht es wörtlich drin – aufrechtzuerhalten. – Insofern ist das kein Sahnehäubchen, sondern tatsächlich der Versuch, unterhalb der gesetzlichen Schwelle weiteren Druck aufzubauen. Das ist partout nicht möglich und nötig, weil wir alle wissen: Wir alle arbeiten an der Sache.

Wir finden es in diesem Zusammenhang gut, dass ab 8. März Kontaktmöglichkeiten eines Haushalts mit einem weiteren Haushalt auf insgesamt fünf Personen erweitert werden. Wir haben das bereits im Januar gefordert; denn die psychosoziale Situation, die Verantwortung der Bevölkerung, die Kontaktaufnahme sind wichtige Elemente. Wenn wir demnächst hergehen und nur noch Kollateralschäden, die leider Gottes numerisch und statistisch nicht zu bemessen sind, bereinigen wollen, dann versündigen

wir uns an unserer Aufgabe, zum Wohle der Gesundheit der Bevölkerung, zum Wohle Bayerns zu arbeiten.

Es ist also überfällig, dass man das vertieft. Seien Sie aber versichert, dass wir in diesem Bereich immer konstruktiv sein werden. Wir bringen ganz konkrete Vorschläge ein. Egal, was jetzt passiert, fordere ich Sie auf: Wenn es vernünftig weitergehen soll, ziehen Sie alle zur Verfügung stehenden Register! Informieren Sie! Klären Sie auf allen Kanälen auf! Das hilft uns allen weiter.

Wir werden aber auch weiterhin kritische und konstruktive Vorschläge machen, die Sie dann beim nächsten Mal möglicherweise übernehmen werden; dann ist dabei immerhin etwas gelernt worden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich auch, Herr Abgeordneter; die Maske bitte, die Maske! – Ich kann gleich den nächsten Redner aufrufen. Das ist der Abgeordnete Martin Hagen, Fraktionsvorsitzender der FDP. Bitte schön, Herr Abgeordneter Hagen.

Martin Hagen (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bemerkenswert, wie sich doch die Dinge im Laufe eines Monats ändern können.

Herr Ministerpräsident, vor einem Monat haben Sie hier noch die Absenkung des Inzidenzgrenzwerts von 50 auf 35 verteidigt, die wir kritisiert haben. Jetzt ist der Wert von 35 wieder vom Tisch, und der Wert von 50 ist zurück. Vor einem Monat haben Sie uns an dieser Stelle noch erklärt, warum ein Stufenplan, wie wir ihn schon lange fordern, angeblich nicht funktionieren könne, nicht umsetzbar sei. Jetzt hat die MPK – man höre und staune – einen Stufenplan beschlossen. Vor einem Monat haben Sie noch öffentlich Sympathien für die No-COVID-Strategie geäußert – Gedanken, von denen

Sie sich heute hier ausdrücklich mit dem Argument distanziert haben, das sei in unserer freien Gesellschaft nicht umsetzbar.

Respekt, Herr Ministerpräsident! Sich selbst zu korrigieren erfordert Mut. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern das ist ein Zeichen von Größe. Wir Freie Demokraten begrüßen diesen Kurswechsel, auch wenn er noch zaghaft ist. Wir begrüßen es, dass die Regierung jetzt anerkennt, dass dieses Virus in der Welt ist und auch in der Welt bleiben wird, dass wir lernen müssen, mit ihm zu leben, und schrittweise wieder öffentliches Leben ermöglichen müssen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben freilich auch angemerkt – das wird Ihren Kurswechsel sicherlich befördert haben –, dass die Stimmung im Lande kippt. Sie kippt in der Bevölkerung, sie kippt aber auch hier im Parlament, wo für Ihre strenge Lockdown- und Verbotspolitik eigentlich nur noch ganz links bei den GRÜNEN echter Rückhalt vorhanden ist. In Ihren eigenen Reihen wurden die kritischen Stimmen zunehmend lauter.

Die Stimmung kippt, weil die Menschen im Land nach vier Monaten Lockdown müde und mürbe werden. Sie kippt, weil die Kollateralschäden, die dieser Lockdown verursacht, von Woche zu Woche dramatischer werden. Sie kippt, weil die Menschen sehen, dass es auch anders geht, dass in europäischen Ländern um uns herum Kinder zur Schule gehen, Restaurants und Einzelhandel geöffnet haben. Die Stimmung kippt, weil die Menschen das Versprechen vom Lockdown, der alles in Ordnung bringt, wenn man nur noch ein kleines bisschen länger durchhält, nur noch ein kleines bisschen stärker die Zähne zusammenbeißt, nach vier Monaten und diversen Verschärfungen einfach nicht mehr glauben. – Zu Recht, meine Damen und Herren; dieses Instrument ist ausgereizt!

Sie können immer kleinteiligere Regeln, immer repressivere Maßnahmen und immer schärfere Kontrollen beschließen; am Ende wird das immer nur den Frust der Bevölkerung, aber nicht den Infektionsschutz steigern.

(Beifall bei der FDP)

Die Stimmung kippt aber vor allem auch deshalb, weil die Menschen sehen, dass die Regierung, die ihnen so viel abverlangt und ihnen so viel zumutet, bei den eigenen Hausaufgaben kläglich versagt.

Während Österreich schon seit Wochen in Schulen flächendeckend Selbsttests einsetzt und kostenlos an die Bürger abgibt, beginnt die Bundesregierung jetzt, Anfang März, mit der Einrichtung einer Taskforce Testlogistik. Es ist ein Treppenwitz am Rande, dass diese Taskforce ausgerechnet von Andi Scheuer geleitet wird. Während die amerikanische Regierung ankündigt, bereits Ende Mai, also zwei Monate vor dem eigentlichen Plan, genug Impfstoff für alle erwachsenen Bürger im Land zur Verfügung zu stellen, warten bei uns noch Über-80-Jährige auf einen Impftermin. Die Kanzlerin ist der Meinung, wir hätten bei der Impfstoffbestellung "das Menschenmögliche getan". – Wenn das stimmt, dann müssen Länder wie Israel, Großbritannien und die USA alleamt von echten Übermenschen regiert werden.

Zum Versagen bei der Impfstoffbeschaffung kommt jetzt auch noch Versagen bei der Impforganisation. Wir haben einerseits zu wenig Impfstoff. Andererseits liegen bei uns zwei Millionen Dosen des Impfstoffs von AstraZeneca unverimpft auf Halde, Tendenz steigend.

In der Krise muss irgendwann auch einmal gelten: Schnelligkeit vor Gründlichkeit! – Israel impft in Bars, Amerika impft in Drive-in-Stationen, Deutschland lähmt sich, wie so oft, durch bürokratische Verfahren selbst.

Wir machen mit unserem Dringlichkeitsantrag heute konkrete Vorschläge für mehr Tempo beim Impfen und mehr Tempo beim Testen. Das bedeutet nämlich, dass auch beim Öffnen mehr Tempo möglich ist. Testen, Impfen, Öffnen statt Lockdown, Lockdown, Lockdown – das ist das Credo der Freien Demokraten!

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen öffentliches Leben ermöglichen und nicht verhindern. Wir wollen Begegnungen Corona-sicher gestalten, anstatt sie zu unterbinden, mit Schnell- und Selbsttests, Luftreinigern, Hygienekonzepten und einer funktionalen Corona-App wie "Luca". Da sollte die Staatsregierung übrigens bitte schleunigst eine Vernetzung mit den IT-Systemen unserer Gesundheitsämter sicherstellen. Ein Lockdown taugt als Notbremse, nicht als dauerhafte Lösung. Ein Lockdown verschafft der Politik ein bisschen Zeit, Dinge nachzuholen, die sie vorher versäumt hat. Diese Zeit muss sie aber auch nutzen und ihre Hausaufgaben erledigen. Wer als Politiker einen Lockdown verhängt, der sollte ihn als Arbeitsauftrag verstehen, nicht als bequeme Ausrede für Pfusch und Bummelei.

(Beifall bei der FDP)

Die Zweifel am Corona-Management der Regierenden wachsen. Die Zufriedenheit hat einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die neuesten Zahlen aus dem Deutschlandtrend: 65 % der Bürgerinnen und Bürger sind unzufrieden mit der Begründung der Maßnahmen durch die Politik, 66 % mit der Bereitstellung von Schnelltests, 67 % sind unzufrieden mit der Organisation des Schulbetriebs, 69 % mit den Hilfen für die Wirtschaft, 73 % sind unzufrieden mit der Organisation der Impfungen und 74 % mit der Impfstoffbeschaffung.

(Zuruf)

– Die FDP ist die Partei, die in den vergangenen Wochen am stärksten in Umfragen zugelegt hat, Herr Kollege, weil die Bürger merken, wer die richtigen Konzepte für dieses Land hat und wer in dieser Pandemie an ihrer Seite steht.

(Beifall bei der FDP)

Vor der zweiten Welle haben Sie versäumt, das umzusetzen, was wir Ihnen schon im Sommer vorgeschlagen hatten, etwa den Schutz von Altenheimen oder die Digitalisierung der Gesundheitsämter. Da haben Sie inzwischen nachgebessert, und das ist

auch gut so. Jetzt appelliere ich an Sie: Lassen Sie die Bürger vor einer möglichen dritten Welle nicht wieder hängen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern gesagt, die Bürger stünden jetzt in der Verantwortung für die weitere Entwicklung der Pandemie. Das stimmt. Aber auch Sie stehen in der Verantwortung, die Regierenden in München und in Berlin. Die Bürger erwarten, dass Sie dieser Verantwortung auch gerecht werden. Die von Ihnen jetzt beschlossenen Öffnungsschritte sind teilweise überfällig, insbesondere was die Öffnung der Schulen betrifft, weil Kinder doch ganz erheblich unter diesem monatelangen Lockdown leiden. Sie brauchen den Unterricht, und sie brauchen auch den Kontakt zu Gleichaltrigen, zu ihren Mitschülern. Teilweise sind Ihre Öffnungsschritte auch schlicht ein Zugeständnis an die Realität. Ich denke an die Lockerung der Kontaktbeschränkung, an die sich die Bürger – seien wir ehrlich zueinander – ohnehin nicht gehalten haben, weil sie – das habe ich an dieser Stelle schon im Januar bei ihrer Einführung gesagt – einfach lebensfremd waren, gerade mit Blick auf Familien mit Kindern.

Größtenteils sind Ihre Öffnungsschritte aber vor allem eines, nämlich halbherzig. Nehmen Sie etwa den Handel: Warum darf man ab 08.03.2021 Bücher kaufen, aber keine Kleidung? – Ich bin gespannt, was die Gerichte dazu sagen. Oder nehmen Sie die Außengastronomie: Alle Experten sind sich einig, dass das Infektionsrisiko an der frischen Luft minimal ist. Wir könnten die Außengastronomie sofort öffnen. Bei Ihnen passiert das erst im vierten Öffnungsschritt. Innengastronomie oder Hotellerie haben nach wie vor überhaupt keine Perspektive, ungeachtet professionellster Hygienekonzepte.

Dazu kommt noch eine ganz grundlegende Kritik an diesem Öffnungsplan: Er orientiert sich weiterhin einzig und allein an der Meldeinzidenz. Die wird jetzt natürlich erstmal ansteigen, weil wir mehr testen. Deshalb schlagen wir, die FDP, eine Bereinigung dieser Zahl vor – wir müssen die Zahl der Tests ins Verhältnis setzen –, die auch überhaupt kein umfassendes Bild der Lage ergibt. Ich zitiere das Robert-Koch-Institut, das vergangene Woche in einem Papier schrieb:

Die automatische Kopplung der Intensitätsstufen an einen einzelnen Indikator (wie z. B. Inzidenz) ist nicht ausreichend, um die Komplexität des Infektionsgeschehens sowie die tatsächliche Belastung des Gesundheitssystems [...] durch COVID-19 abzubilden.

Meine Damen und Herren, das predigen wir, das predigt die FDP seit einem Dreivierteljahr. Jetzt steht es schwarz auf weiß in einem Papier des RKI, und wenn ich mir den Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN anschau, stelle ich erfreut fest, dass dieser Gedanke mittlerweile auch in den Regierungsfractionen mehrheitsfähig ist.

(Beifall bei der FDP)

Es ist auch einleuchtend; es macht eben einen Unterschied, ob sich 50 junge gesunde Menschen infizieren oder 50 alte Menschen mit Vorerkrankungen. In dem Maße, wie wir jetzt, Schritt für Schritt, die Risikogruppen durchimpfen, sinkt automatisch der Anteil schwerer und tödlicher Verläufe, entspannt sich die Situation in den Krankenhäusern. Unser Stufenplan, der Stufenplan der FDP, berücksichtigt deshalb neben den Infektionszahlen und der Infektionsdynamik – die ist wichtig, Stichwort Notfallbremse – auch die Krankenhauskapazitäten und den Impffortschritt. Das ermöglicht eine schnellere Rückkehr zur Normalität als die reine Fixierung auf Inzidenzwerte. Diese Rückkehr zur Normalität ist unser Ziel.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Dieser Lockdown, dieser drastischste Grundrechtseingriff in der Geschichte unserer Republik mit seinen fürchterlichen Folgeschäden für die Wirtschaft, für die Gesellschaft und jeden einzelnen Bürger darf keinen Tag länger Bestand haben als unbedingt nötig. Nicht die Freiheit ist in einem freien Land begründungspflichtig, Herr Ministerpräsident, sondern immer ihre Einschränkung. Von diesem Grundsatz lassen sich die Freien Demokraten auch weiterhin leiten.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Sandro Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Hagen, Sie haben hier den Eindruck vermittelt, als ob Sie die Dinge alle besser wüssten, besser vorausgesagt haben und auch besser gehandelt hätten. Mir fällt ein, dass das mittlerweile die vierte oder fünfte Regierungserklärung ist, bei deren Diskussion ich Ihnen zugehört habe. Dabei ist bei mir immer der Eindruck entstanden, dass die FDP nicht wirklich weiß, was sie will. Einmal fordern Sie den kompletten Lockdown, einmal fordern Sie die komplette Öffnung, einmal wollen Sie irgendwo zwischendrin stehen. Man hat den Eindruck, dass die FDP nicht mehr gelb ist, sondern wie ein Chamäleon die Farbe annimmt, die für sie gerade passt.

Ich würde jetzt schon gerne einmal wissen, was Sie Neues beigetragen haben. In Ihrem Dringlichkeitsantrag steht: Impfen, Testen, Öffnen. – Das ist aber doch genau der Gegenstand der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Alle Punkte, die Sie angesprochen haben, die sind doch Konsens hier im Hohen Haus, in ganz Deutschland und vermutlich sogar darüber hinaus. Bitte, noch einmal, weshalb diese Vorwürfe, und weshalb in diesem Ton?

Sie haben angesprochen, die FDP sei die einzige Partei, bei der die Umfragewerte steigen. Das muss vermutlich außerhalb Bayerns sein, denn in Bayern stelle ich das leider – oder besser: Gott sei Dank – nicht fest.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Martin Hagen (FDP): Warten wir die nächsten Umfragen ab, Herr Kollege. Ganz ehrlich, das ist aber auch nicht der Punkt. Der Punkt ist doch, dass wir diese Pandemie in den Griff bekommen. Sie stellen mir regelmäßig, bei jeder Regierungserklärung, eine Frage. Es ist eigentlich immer die gleiche Frage. Sie behaupten, wir würden nichts vorschlagen. Witzigerweise setzen Sie dann aber immer vier Wochen später genau das um, was wir vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt doch, dass wir konstruktive Konzepte haben. Wenn Sie sagen, das, was wir vorschlagen, sei mittlerweile Common Sense, dann ist das doch wunderbar, dann freut uns das. Das haben wir auch schon vor langer Zeit vorgeschlagen. Die Kurswende, die der Ministerpräsident hier vollzogen hat – weg von No-COVID hin zu der Erkenntnis, dass dieses Virus da ist und bleiben wird, wir müssen trotzdem öffentliches Leben ermöglichen –, habe ich ausdrücklich begrüßt. Es ist ein Zeichen von Stärke, wenn man bereit ist, den Kurs zu korrigieren. Ich freue mich, und wir arbeiten weiter gerne konstruktiv daran mit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hagen. – Damit komme ich zum nächsten Redner, es ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. Bitte schön, Herr Abgeordneter Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Herr Söder lenkt ein. Ab nächster Woche wird es Lockerungen geben. Nicht aus Einsicht, dafür ist das Team Söder viel zu arrogant, sondern weil es den Herrschaften dämmert, dass es sonst schon sehr bald politisch eng werden könnte für die CSU. Schließlich stehen dieses Jahr einige wichtige Wahlen ins Haus. Der unverhältnismäßige Lockdown wird grundsätzlich bis 28. März 2021 verlängert, aber als Teil der Salamtaktik der Regierenden wird der Käfig für die Bürger etwas vergrößert. Das wird er allerdings nur für den, der sich nicht in ein ausländisches vermeintliches Risikogebiet vorwagt.

Herr Söder, ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie zu Beginn der Pandemie Fehler gemacht haben. Was ich Ihnen aber vorwerfe, ist Ihre fortwährende Arroganz und Ignoranz. Sie und Ihr Staatskanzleichef sind weder lernwillig noch lernfähig. Wer aus Fehlern nicht lernt, der wird auch weiterhin versagen und scheitern, und das zulasten der Bürgerinnen und Bürger. Sie steuern mit Ihrem katastrophalen Krisenmanagement

dieses Land immer weiter Richtung Abgrund. Sie und Ihre Adlaten versuchen, maximal von der Krise zu profitieren, das dürfte mittlerweile jedem klardenkenden Menschen bewusst sein. Wie skrupellos und unverschämt Sie dabei vorgehen, überrascht dann aber doch. Dass CSU-interne Kritiker diskreditiert und niedergebrüllt werden, könnte einem als Außenstehenden noch egal sein. Wenn jedoch auch vergleichsweise integre Vertreter anderer Parteien, ich meine hier Olaf Scholz, diffamiert und beschimpft werden, zeugt das doch von Charakterzügen, die eines Möchtegern-Kanzlerkandidaten unwürdig sind.

Staatskanzleiminister Dr. Herrmann, dem ich auch eindeutig Nachqualifizierungsbedarf in Sachen Krisenmanagement bescheinige, äußerte in der vorletzten Fragestunde des Landtags, dass die Staatsregierung immer noch nicht wisse, wo die Corona-Infektionen schwerpunktmäßig stattfinden. Das ist nicht nur ein Armutszeugnis, das ist ein handfester Skandal. Sie hatten wahrlich genug Zeit, eine repräsentative Vergleichskohorte aufzubauen. Ein kleiner Hinweis hierzu: Die in Nürnberg ansässige Gesellschaft für Konsumforschung hätte Ihnen da sicherlich gute Dienste leisten können. Aber darauf kommt eine Staatsregierung bzw. eine Staatskanzlei natürlich nicht von selber. Man lässt sich lieber hauptsächlich von Virologen beraten, statt interdisziplinär nach Rat zu suchen.

Narzissten haben die Eigenschaft, dass sie in der Regel ausschließlich Jasager um sich scharen. Ganzheitliche Optimallösungen als Ergebnis interdisziplinärer Arbeitsgruppen, auch unter Einbeziehung regierungskritischer Geister, sind von diesen Personen ausdrücklich nicht zu erwarten. Die Zeche für das Pandemie-Missmanagement in Bayern zahlt am Ende der Bürger, ob mit Jobverlust, Insolvenz oder durch höhere Abgaben und anderweitige Enteignungen in der Zukunft. Herr Söder, mit der von Ihnen angepeilten Koalition mit den GRÜNEN wird diese Vision schon bald Wirklichkeit. Sollte das Bayerns Zukunft sein, kann ich nur an die Wähler appellieren: Wenden Sie sich von Schwarz-Grün ab.

Herr Söder, Sie hatten von Anfang an keine Strategie, sondern sind mit blindem Aktivismus durch die Krise gesegelt. Wenn Maßnahmen nicht funktioniert haben, gab es mehr davon, statt zu versuchen, zielgenauere Maßnahmen zu ergreifen. Sie löschen damit größtenteils dort, wo es gar nicht brennt. Ihnen fehlt aber dann das Löschwasser da, wo es dringender benötigt wird, beispielsweise in Alten- und Pflegeheimen. Ergebnis: Trotz harter Maßnahmen gibt es mehr COVID-19-Verläufe und mehr COVID-19-Tote in Bayern. In der Relation zur Einwohnerzahl sind es sogar mehr als in den USA und Schweden. Das ist keine vernünftige, ganzheitliche Politik. Diese Zahlen zeigen eindrücklich, dass Ihre verfehlte Politik mehr Schaden verursacht, als sie Nutzen bringt. Ich betone es hier erneut: Herr Söder, Sie haben als Krisenmanager versagt. Sie sind gescheitert.

(Beifall eines Abgeordneten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, ich bedanke mich. Es gibt eine Zwischenbemerkung. Dazu hat sich Frau Abgeordnete Petra Therese Högl gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrter Herr Plenar, Sie haben gerade den Vergleich zwischen Schweden und Bayern angeführt. Schweden hat eine Fläche von 447.000 Quadratkilometern, Bayern eine Fläche von 70.000 Quadratkilometern. Pro Quadratkilometer hat Schweden 23 Einwohner, in Bayern sind es 186 Einwohner. In Schweden leben 10 Millionen Menschen, in Bayern sind es 13 Millionen. Zum Vergleich der Todesfälle: Schweden hat 12.826 Todesfälle und Bayern 12.583. Ich denke, bei solchen Vergleichen müssen die Größe der Länder und die Geografie beachtet werden. Was sagen Sie dazu?

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Hier geht es um die relative Todesfallzahl. Ich muss es noch einmal wiederholen: Im Jahr 2020 gab es in Schweden, gemessen an der Einwohnerzahl, 15 % weniger Todesfälle als in Bayern. Ich gebe gern die Frage zurück: Würde die Bevölkerungsdichte eine Rolle spielen, dann erklären Sie mir einmal, warum in Wunsiedel, Tirschenreuth oder überhaupt in der Oberpfalz mehr Infektionen vorkommen als in München.

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. So viel von der Seite des Herrn Plenk. – Ich darf den nächsten Redner ans Rednerpult bitten. Herr Kollege Swoboda, Sie haben das Wort. Ihnen stehen vier Minuten zur Verfügung.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, lieber Herr Ministerpräsident Dr. Söder! Hätte ich mich nicht vorher in den Kommentaren der Tagesmedien umgesehen, müsste ich jetzt sagen: Ihrer Erzählung folgend stehe ich hier und weiß als armer Tor nicht so recht, was los ist.

(Zurufe)

Gott sei Dank kann ich Ihnen die Erzählung der Bürgerschaft entgegenhalten. Mit allen Krankheiten, die es vor Corona gab und immer noch gibt, konnten wir bisher umgehen und fertig werden, darunter auch hochansteckende Krankheiten, die unter bestimmten Bedingungen sogar schwerere Verläufe oder tödliche Folgen haben.

Nun ist eine weitere Erkrankung hinzugekommen, die eigentlich nicht ganz neu ist, da die ursächlichen Viren zur Gruppe der Erkältungskrankheiten gehören, und plötzlich ist alles anders. Von dieser COVID-19-Erkrankung ist weniger als ein Prozent der Bevölkerung betroffen, und die Verläufe sind unterschiedlich schwer. Kanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben vor nun einem Jahr beschlossen, dass wir zwar mit allen anderen Krankheiten irgendwie zurecht- und klarkommen müssen, aber dass wir mit dieser scheinbar neuen Infektionskrankheit nicht klarkommen.

Nach einer fürchterlichen Angstkampagne von Politik und Medien haben der Bundestag und alle Länderparlamente, auch dieses, anfangs mit Unterstützung der Opposition beschlossen, unsere Gesellschaft mit horrendem Aufwand und astronomischen Kosten umzubauen.

Alles und jeder, Politik, Wirtschaft, Kultur und Privatsphäre, also das gesamte gesellschaftliche Leben, musste Verhalten, Ziele und Absichten einzig und allein auf diese Krankheit ausrichten und abstellen. Dem Diktat der No-COVID-Wissenschaft folgend führten Shutdown, Lockdown, Kontakt- und Ausgangssperre zu einer nie dagewesenen Hysterie, zu einem allgegenwärtigen Misstrauen, aber auch zu einem Ausweichverhalten der Menschen. Blödsinnige Hashtags wie "Zusammenhaltendurchabstand", ausufernde Vorschriften mit drakonischen Strafandrohungen und harter Polizeigewalt zu deren Durchsetzung machten uns nicht nur sprachlos, sondern auch willenlos. Diese No-COVID-Strategie von Politik und Wissenschaft nahm uns allen auf einen Schlag unsere Grundrechte – Grundrechte, von denen wir glaubten, sie seien uns garantiert.

Bei einer Gesamtbetrachtung nahm man uns damit auch unsere Würde, die wir für unantastbar hielten. All die, die eigentlich berufen sind, diese Würde zu schützen, nämlich Sie, die Regierung, die Parlamente und die Gerichte, also die vereinigte Staatsgewalt, machten da mit.

Sie glaubten wohl, Sie könnten uns glauben machen, dass dies der richtige Weg sei. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht der richtige Weg, sondern der falsche. Herr Söder, das war Ihr Weg. Passen wir nicht auf, dann geht dieser Umbau der Gesellschaft weiter und mündet in eine Zwei-Klassen-Diskriminierungsgesellschaft: Geimpfte gegen Nichtgeimpfte, Getestete gegen Nichtgetestete, Leute, die alles dürfen, gegen Leute, die nichts dürfen. Und das nur, weil man glaubt, jeder wäre ein gefährlicher Virusüberträger und damit ein Feind, wenn er dieser Regierungsmache nicht entspricht.

Ja sind denn die Eliten unserer Gesellschaft völlig von der Rolle, wenn sie glauben, dass nur dies die neue Ethik sein kann? Wollen Sie, meine sehr verehrten und geschätzten Abgeordneten, die Sie hier im Hohen Haus sitzen und das Volk repräsentieren sollen, diesen Rückfall ins Unmenschliche weiterhin dulden oder gar unterstützen? – Nein, ich hoffe, Sie wollen das nicht.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Kommen Sie bitte zum Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich meine, wir sollten sofort damit aufhören. Herr Söder, heben Sie alle Beschränkungen auf! Nehmen Sie diese Last von Ihren Schultern! Vorsicht und Sicherheit ja, aber nur mit Freiheit und Selbstbestimmung. – Ich komme zum Schlusssatz. – Lernen wir von Schweden! Die Schweden zeigen uns den Weg, mit dem Virus umzugehen. Lernen auch Sie daraus! Tschüss!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, Sie dürfen gleich weiterreden, weil Sie eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Schmidt bekommen.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Swoboda, Sie haben gesagt, Sie kennen sich nicht mehr aus. Ich kann Ihnen da vielleicht ein bisschen weiterhelfen. Es hat schon immer Krankheiten gegeben, derer man erst durch Impfungen Herr geworden ist. Ich nenne Tetanus, Diphtherie, Hepatitis A, Hepatitis B, Keuchhusten und Kinderlähmung. Da Sie sich nicht mehr auskennen, habe ich eine ganz einfache Frage an Sie: Welche der Impfungen gegen die genannten Krankheiten haben Sie denn genossen? Allein von Ihrem Alter ausgehend denke ich, dass da die Impfungen gegen Kinderlähmung, Keuchhusten und Diphtherie dabei sind. Sie sagen, wir würden irgendetwas an die Wand malen. Gegen welche Krankheiten sind Sie denn geimpft, wenn Sie sagen, man müsste nicht impfen, um einer solchen Krankheit Herr zu werden?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Liebe Frau Gabi Schmidt, als Wahlkreisnachbarin, als die ich Sie sehr hoch schätze, bin ich froh, dass ausgerechnet Sie diese intelligen-

te Frage stellen. Ich wusste, Sie können das. Aber zugehört haben Sie nicht. Zugehört haben Sie wirklich nicht. Ich habe doch nicht gesagt, dass ich gegen diese Impfstrategie bin. Ich habe nur gesagt, es gibt Leute, die sich impfen lassen wollen, und andere, die sich nicht impfen lassen wollen. Haben Sie es mit den Ohren, oder sind vielleicht Ihre Haare zu lang? Frau Schmidt, was fragen Sie denn in meiner Privatsphäre nach? Was geht Sie denn das an, welche Impfungen ich bekommen habe? Was bilden Sie sich ein? Wissen Sie, wie Ihr Standardsatz auf solche Fragen lautet? – "Ich verbitte mir so etwas, aber aufs Schärfste!" Und darum sage ich Ihnen: Ich nehme es Ihnen nicht krumm. Sie haben wieder eine Lachnummer geboten – das machen Sie öfter. Darum sage ich jetzt: Tschüss!

Erster Vizepräsident Karl Freller: Auf gute Nachbarschaft, ja. – Danke, Herr Abgeordneter.

(Unruhe)

Ich darf damit die nächste Runde einläuten. Zur Erläuterung: Wir haben die Aussprache zur Regierungserklärung mit der Beratung der dazu eingereichten Dringlichkeitsanträge verbunden. Das heißt, nach dieser ersten Runde der Fraktionen folgt jetzt die zweite. Ich darf dazu den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses dieses Hohen Hauses, Herrn Bernhard Seidenath, aufrufen. – Herr Abgeordneter Seidenath, bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind nun in einer ganz entscheidenden Phase der Pandemie. In dieser Phase trifft die Staatsregierung die richtigen Entscheidungen: Es wird geöffnet, und gleichzeitig sind Notbremsen eingebaut. Wir als Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN unterstützen das. Das genau bringen wir in unserem Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck.

Die Menschen sehnen sich nach mehr als vier Monaten Lockdown nach Normalität – wir alle tun das. Wir schaffen nun Perspektiven, wir können aufatmen, und wir können ein Stück in Richtung Normalität gehen. Trotzdem, und das sage ich gerade als Gesundheitspolitiker, ist das ein Experiment, denn die Corona-Pandemie ist längst nicht vorbei; das Virus ist nicht besiegt. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Entwicklung der letzten Tage nicht optimal, nicht gut war. Die 7-Tage-Inzidenz in Bayern hat sich in der letzten Woche leider wieder auf heute 69,1 erhöht. Auch im Bundesdurchschnitt sind die Zahlen wieder angestiegen.

Meine Damen und Herren, bei der Regierungserklärung unseres Gesundheitsministers Klaus Holetschek hatte ich am 27. Januar an dieser Stelle gesagt, dass wir die Maßnahmen noch einmal verlängern und dann mit Augenmaß in die Lockerungen eintreten. Genau hier sind wir nun. Wir stellen auch fest, dass das Lockern schwieriger ist als das Herunterfahren. Ich hatte ebenfalls an dieser Stelle schon mal das Bild eines Tauchers gemalt, der aus großer Tiefe auftaucht und auch darauf achten muss, das nicht zu schnell zu machen, damit er seine Gesundheit nicht gefährdet. Genau das zeigt sich jetzt. Die Menschen – wir alle – haben nun ein Stück weit selbst in der Hand, wie es weitergeht. Es geht um die Eigenverantwortung der Menschen. Die Rückkehr zur Normalität steht auf dem Spiel, wenn die Zahlen zu sehr ansteigen. Jeder Einzelne kann und muss seinen Beitrag leisten, jeder muss sich anstrengen, die Regeln einzuhalten, etwa beim Lebensmitteleinkauf, wo oft der Schlendrian schon eingekehrt zu sein scheint. Wir alle müssen zusammenhalten – jetzt erst recht.

Die Rückkehr zur Normalität hängt am seidenen Faden, gerade in Zeiten, in denen sich hoch ansteckende Mutationen in unserem Land weiter ausbreiten. Es ist nicht selbstverständlich, dass der Weg wie in den letzten Wochen weitergeht. Das zeigt sich schon jetzt. Wie gesagt: Die Inzidenzzahlen steigen. Diese Zahlen liegen nicht in der Macht der Regierung, sondern der Natur. Dieses Virus ist eine Naturgewalt. Wir haben die Möglichkeit, die Entwicklung mit unserem ganz persönlichen Verhalten zu beeinflussen. Das heißt, mehr Lockerung bedeutet auch mehr Eigenverantwortung. Das ist

schwieriger, als wenn alles zu ist, aber das gehört zum Zurücktasten in die Normalität dazu.

Wir können das verantworten; denn die vulnerablen Gruppen, die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen, sind nun in großer Mehrheit geimpft, zu 81 %, und deswegen nach menschlichen Ermessen gegen eine Infektion geschützt. Auch ansonsten machen die Impfungen Fortschritte. Bei den Über-80-Jährigen sind wir bei 41 %. Die Mortalität, die Sterblichkeit, der Über-80-Jährigen hat sich zuletzt halbiert.

Zudem gibt es immer neue und immer bessere Tests. Das macht die Öffnungs- und Lockerungsperspektiven möglich. Zudem haben wir schon im letzten Jahr gesehen, dass sich das Virus schwerer tut, wenn es wärmer wird und die Menschen mehr draußen sind.

Trotzdem müssen wir durchhalten. Disziplin statt Durcheinander, so hat unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer das vorhin genannt. Es geht darum, dass unsere Gesellschaft diese Zerreißprobe besteht. Wir sind gefragt, zusammenzuhalten. Deshalb sage ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die große Mehrheit in unserem Land, an alle, die umsichtig handeln, die sich sehr verantwortungsvoll verhalten, die Entbehrungen erdulden, die auf Kontakte verzichten, um das Virus einzudämmen, und damit gerade die Schwächeren und die Vorerkrankten schützen; gerade sie würde das Virus besonders hart treffen. Sie haben zugunsten anderer verzichtet und Entbehrungen erduldet. Das ist das Gegenteil von egoistisch, das ist altruistisch, das ist rücksichtsvoll, das ist solidarisch.

Meine Damen und Herren, vier Säulen sind es, auf denen unsere Corona-Politik gegründet ist und die alle für sich genommen wichtig bleiben. Daran wird sich auch auf absehbare Zeit nichts ändern: die Prävention, also das Abstandhalten, das Händedesinfizieren, das Masketragen, das regelmäßige Lüften etc. Gerade jetzt, da wir wieder in die Normalität zurückgehen, ist es in der Eigenverantwortung extrem wichtig, weiterhin darauf zu achten: Prävention in Eigenverantwortung: Händedesinfizieren und Ab-

standhalten – mit dem neuen Virus eher ein bisschen mehr Abstand als bisher die ein-
einhalb Meter, weil es noch ansteckender ist.

Zum Zweiten steht neben der Prävention das Testen. Das Tückische an diesem Virus
ist, dass man schon ansteckend ist, bevor man überhaupt irgendetwas merkt. Das ist
der Unterschied zur Grippe, zur Influenza. Man ist schon zwei Tage, bevor man über-
haupt erste Symptome hat, ansteckend, sogar sehr ansteckend. Deshalb sind diese
Tests so entscheidend wichtig, um zu ermitteln, wer überhaupt Corona-positiv ist, wer
ansteckend ist, damit man andere nicht mehr anstecken kann.

Der Ministerrat hat gestern 500 Millionen Euro zusätzlich für Schnelltests bewilligt.
Bayern hat von Anfang an eine umfangreiche Teststrategie aufgelegt. Nun kommen
die Selbsttests für jedermann dazu. Gerade auch die Selbsttests sind wieder ein Bei-
spiel für die Eigenverantwortung. Was mache ich denn, wenn mir der Selbsttest zu
Hause zeigt, dass ich Corona-positiv bin? – Dann muss ich selber die Verantwortung
übernehmen, mich absondern, mich in Quarantäne begeben, mein Gesundheitsamt
und alle meine Kontaktpersonen informieren. Das ist wichtig. Die Eigenverantwortung
wird in den nächsten Tagen und Wochen nur noch wichtiger.

Beim Thema Impfen als dritter Säule neben der Prävention und dem Testen ist ganz
klar: Wir brauchen mehr Impfstoff. Der Ministerpräsident hat das in seiner Regierungs-
erklärung deutlich adressiert: Ohne mehr Impfstoff wird das nicht möglich sein. Das
Impfen ist die stärkste Waffe im Kampf gegen Corona. Deswegen müssen wir schau-
en, dass wir unsere Bevölkerung möglichst schnell impfen. Ich möchte an dieser Stelle
festhalten, dass die hundert Impfzentren in Bayern und die dort Beschäftigten Großar-
tiges leisten, ein unglaubliches Engagement an den Tag legen. Dafür von unserer
Seite ein herzliches Vergelts Gott!

(Beifall)

Wir haben auch gehört, dass die Ausweitung stattfinden soll. Schon jetzt ist es mög-
lich, Hausärzte einzubinden. Wir können die Betriebsärzte einbinden, die Fachärzte,

all das ist möglich. Ich möchte auch sagen: Ich halte es für wichtig und entscheidend, dass wir auch die Apotheken einbeziehen, beispielsweise bei der Impfberatung; geimpft wird dann beim Hausarzt, aber die Impfberatung können die Apotheker vornehmen.

Ich komme zum Thema AstraZeneca: Ich glaube, dass sich das Image dieses Impfstoffs in den letzten Wochen gewandelt hat. Er hatte keinen leichten Start, aber man hat gesehen, er wirkt, er ist gut, er ist mindestens so gut wie ein normaler Influenza-Impfstoff. Man sieht, die Leute lassen sich impfen. Ich kenne keinen Landkreis in Bayern, in dem Impfstoff von AstraZeneca übrigbleibt. Auch in meinem Stimmkreis, in den Nachbarlandkreisen, würde man mehr verimpfen können, als tatsächlich Impfstoff da ist; jetzt erst recht, wenn der Impfstoff ab nächster Woche auch für die Über-65-Jährigen freigegeben wird. Also, AstraZeneca ist ein hervorragender Impfstoff. Die Leute lassen sich impfen, wollen sich impfen lassen. Die Einschätzung ist besser geworden. Impfen hilft, wir sind hier auf einem guten Weg.

Neben den Säulen Prävention, Testen und Impfen haben wir die Therapiestrategie; denn wir müssen auch denen helfen, die trotz aller Vorsichtsmaßnahmen, trotz einer Impfstrategie, die wir anwenden, erkranken. Wir müssen Medikamente auf den Markt bringen; da haben wir eigentlich relativ wenig neben Remdesivir und Dexamethason. Es gibt nur noch den Regeneron Antikörper-Mix. Da müssen wir nachlegen. Deswegen ist der Freistaat Bayern mit 50 Millionen Euro in die Vorleistung gegangen und entwickelt Medikamente. Das ist gut so. Wir werden mit der hälftigen Finanzierung den Unternehmen helfen, damit sie ihre Medikamente marktreif entwickeln und, so Gott will, noch dieses Jahr damit auf den Markt kommen, sodass wir Menschen, die erkrankt sind, helfen können.

Meine Damen und Herren, zu den Dringlichkeitsanträgen, über die wir heute sprechen – zunächst zum Antrag der FDP-Fraktion: Lieber Herr Hagen, ich kann die Kritik, die hier geäußert ist, nicht nachvollziehen. Ich verstehe ja, dass die Opposition kritisieren muss. Aber inhaltlich verstehe ich Ihre Kritik im Antrag hier überhaupt nicht. Sie sagen,

dass wir die Alternativen nicht in ausreichendem Maße in den Blick nehmen. – Natürlich tun wir das. Und wie es getan wird. Wir können genau das Gegenteil dessen behaupten, was Sie hier schreiben; denn wir haben eine nachvollziehbare, präzise, gerechte Lösung gefunden, die eine verlässliche und langfristige Perspektive für die Öffnung bildet. Sie müssten sich diese Matrix, die wir heute vorgestellt haben und die beschlossen wurde, mal vor Augen halten. Das ist genau das Gegenteil dessen, was Sie hier anprangern. Wir machen das gut. Die Überschrift Ihres Antrags lautet "Testen, Impfen, Öffnen". Genau das passiert doch! Ich bin wirklich ratlos, wenn ich Ihren Antrag lese. Wir tun genau das. Sie sagen, eine Impfkommision ist nicht mehr so wichtig.

(Zuruf)

Ich glaube, bei den Einzelfallentscheidungen bleibt sie wichtig, auch um eine klare Reihenfolge zu haben. Die Software BayIMCO erzeugt eine unbestechliche Reihenfolge, und die Impfkommision kann die Reihenfolge verändern, je nachdem, wie erkrankt ein Mensch ist. Ich halte das für richtig, dass wir gerade bei seltenen Erkrankungen, die eine Software oder auch einzelne Hausärzte so nicht prüfen können, vorziehen können

(Zuruf)

und dann in den Impfzentren impfen.

Beim Testen ist dasselbe der Fall. Die 7-Tage-Inzidenz, Herr Hagen, ist ein wichtiges und ein bewährtes Instrumentarium. Wenn Sie die 7-Tage-Inzidenz für nicht mehr so wichtig halten und sie abschaffen wollen, wäre das genauso, wie wenn Sie die Vorsorgeuntersuchungen abschaffen wollten, weil Sie es nicht wissen wollen. Es ist ja besser so, wenn Sie nicht wissen, ob Sie zum Beispiel Diabetes haben. Egal, braucht es ja nicht. – Aber irgendwann kommt es zum Schwur.

(Zuruf)

Deswegen: Lieber jetzt testen und schauen, wie es ist, als später das Nachsehen zu haben. Das Virus ist der Gegner und der Bösewicht, Herr Hagen, nicht die Staatsregierung.

(Zuruf)

Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab. All das, was Sie uns hier vorwerfen, ist unbegründet. Das, was Sie hier fordern, tun wir schon.

Zum Antrag der GRÜNEN: Die Frau Kollegin Schulze hat den Herrn Ministerpräsidenten mit scharfen, harschen Worten kritisiert. – Als ich das auf meinem Platz da hinten gehört habe, habe ich mich gefragt, wie Sie wohl im Baden-Württembergischen Landtag sprechen würden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe mich wirklich gefragt, ob Sie diese Kritik auch an Ihrem Wahlkämpfer geübt hätten. Was Sie unserem Ministerpräsidenten Markus Söder vorgeworfen haben, trifft nämlich genauso Ihren Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg.

(Zuruf)

– Jawohl, so ist es. – Kinder und Jugendliche sind in der Tat besonders betroffen. Da haben Sie recht. Deshalb hat die Staatsregierung sie auch in den Fokus ihrer Politik gestellt.

(Zuruf)

Schulen und Kitas werden wieder geöffnet. Herr Arnold, schauen Sie halt mal in die Unterlagen rein!

(Zuruf)

– Lesen Sie sie doch mal durch, bevor Sie hier das Wort ergreifen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir bereiten uns doch auch mit den Unterlagen vor.

(Zuruf)

– Man muss doch nicht ignorieren, was hier gesagt wird.

(Zuruf)

Zu Schulen und Kindertagesstätten: Der Ministerpräsident hat gerade selber gesagt: 90 % der Schüler – möglichst alle – sollen vor Ostern wieder in die Schule gegangen sein, sollen die Schule wieder von innen gesehen haben. Wir haben natürlich auch die Freizeitangebote im Blick. Sie haben doch gelesen, dass wir Zoologische Gärten und Botanische Gärten wieder öffnen wollen,

(Zuruf)

bis zu einem Inzidenzwert von 50 sogar ohne Terminvereinbarung. Auch das ist möglich. Da bin ich bei Ihrem Antrag aus zwei Gründen fast erschrocken, als ich ihn gelesen habe. Ich bin fast erschrocken, weil ich gesehen habe: Sie wollen möglicherweise – so habe ich erst vermutet – eine willkürliche Spaltung der Gesellschaft provozieren. Man kann doch nicht unsere Gesellschaft in die Kinder und Jugendlichen und den Rest auseinanderdividieren!

(Zuruf)

– So hat sich das aber für mich gelesen. – Wir müssen doch die gesamte Gesellschaft im Auge behalten. Das ist schwer genug; aber wir tun genau das. Wir wollen allen helfen. Wir wollen alle vor diesen Auswüchsen der Pandemie bewahren. Noch eines muss ich wirklich sagen: Wenn Sie hier Gedenkstätten – ich komme aus Dachau – in die Nähe von Freizeitangeboten für Familien und für Kinder rücken, dann ist das zumindest missverständlich formuliert. Das sollten Sie bitte noch einmal überdenken.

Zur AfD: Wir nehmen diesen Antrag, lieber Herr Prof. Hahn und Kollegen von der AfD, achselzuckend und ich persönlich ratlos zur Kenntnis. Es fehlt uns der kleinste gemeinsame Nenner. Ich verstehe nicht, in welche Richtung Sie da gehen. Die Maßnahmen waren und sind nicht verfassungswidrig. Das haben wir hier schon so oft ausgetauscht. Wenn wir Ihre Vorschläge umsetzen würden, dann würden die Zahlen explodieren. Wir hätten genau das Gegenteil dessen bewirkt, was alle wollen.

(Zuruf)

Im Übrigen zu Ihren Sätzen, wonach seit einem Jahr die Grundrechte geraubt wären: Vor weniger als einem Jahr, Herr Prof. Hahn, hat die AfD-Fraktion noch dem Bayerischen Infektionsschutzgesetz zugestimmt. Vor weniger als einem Jahr! Das war am 25. März.

(Zuruf)

Sie hören nicht auf, hier Fake News zu verbreiten.

(Zuruf)

Sie haben unserem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er würde verleumden und verunglimpfen. Das tun in Wahrheit doch nur Sie!

(Zuruf)

Sie verdrehen einem doch das Wort im Mund, tut mir leid! Das Thema Schweden – die Frau Kollegin Högl hat es angesprochen – ist definitiv kein positives Beispiel.

(Zuruf)

– Hören Sie doch mal zu! Sonst erzählen Sie das nächste Mal dasselbe wieder. Jetzt hören Sie doch mal zu! – In Schweden gab es bezogen auf die Einwohnerzahlen fünf-fach so hohe Todesfallzahlen wie bei uns, ohne dass die Wirtschaft irgendwie besser dagestanden hätte.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, Sie sagen hier auch noch, Sie wollen die Maskenpflicht abschaffen und die Kontaktbeschränkungen aufheben. Das sind doch genau zwei wichtige Maßnahmen, die uns so gut durch die Pandemie gebracht haben. Wenn Sie jetzt – das ist auch noch interessant – sagen, wir sollen die Teststrategie an die Empfehlung der WHO anpassen, dann muss ich wirklich schmunzeln; denn im Sommer wollten Sie die WHO noch reformieren, wenn Sie sie nicht gar abschaffen wollten. Und heute sagen Sie, wir sollen das alles auf die Empfehlung der WHO zurückführen.

Ein inhaltlicher Satz noch: Die Insolvenzantragspflicht ist immer wieder ausgesetzt worden. Die Aussetzung ist bis Ende April verlängert worden. Deswegen können wir Ihnen auch diese Sorge nehmen. Die Staatsregierung handelt gut und verantwortungsvoll.

Zum Antrag der SPD: Herr Arnold, ich kann dieses beleidigte Nachtreten nicht verstehen, noch dazu, weil es unberechtigt ist und das Wohl des Landes bei uns immer an erster Stelle stand und weiterhin steht. Bei Ihnen, Herr Arnold, habe ich mir die gleiche Frage gestellt wie bei der Frau Kollegin Schulze. Sie hätten doch auch mal loben können. Sie hätten mal sagen können, das, was die Staatsregierung macht, ist gut.

(Beifall bei der CSU – Zuruf)

Aber stattdessen kommt da was Miesepetriges rüber, etwas Galliges, Unzufriedenes, Depressives.

(Zuruf)

Ich hätte mich beinahe gefragt, ob man bei Ihren Reden hier vielleicht immer Antidepressiva verteilen müsste. Aber ich habe mir auch gedacht: Wenn Sie eine Rede in einem Landtag halten würden, wo die SPD regiert, in Niedersachsen vielleicht oder Rheinland-Pfalz – die wählen auch am 14. März –, was hätten Sie da wohl gesagt? Das wäre eine schöne Rede gewesen. Eine solche Rede im Landtag von Rheinland-

Pfalz hätte mich groß interessiert. Ansonsten hätten Sie wirklich loben können; denn verantwortungsvolles Öffnen passiert. Das tun wir.

(Zuruf)

Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt stellen – genau das passiert. Ich habe es gerade gesagt – Schulen, Kindertagesstätten usw. Klare Impf- und Teststrategie entwickeln und umsetzen – da müsste man mal zuhören. Dann würde das gehen. Es passiert!

(Zuruf)

Noch ein wichtiger Punkt, Herr Arnold. Als Jurist ist das auch für Sie ganz interessant. Sie fordern hier, dass wir die Selbsttests in die Zwölfte Infektionsschutzmaßnahmenverordnung zusammen mit einer Regelung zur verpflichtenden Durchführung eines PCR-Tests aufnehmen sollen. Dass man das Ergebnis eines Selbsttests wahrheitsgemäß weiterträgt, versteht sich von selbst. Das ist genau die Eigenverantwortung!

(Zuruf)

– Ja, genau das ist der Punkt. – Wir können hier nur an die Menschen appellieren, eigenverantwortlich mit diesem Ergebnis umzugehen.

(Zuruf)

Das kann ich doch nicht in die Infektionsschutzmaßnahmenverordnung reinschreiben, sondern das ist im ureigensten Interesse des Einzelnen – Vertrauen und Verantwortung, wie es unser Ministerpräsident dargestellt hat.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident und die gesamte Staatsregierung machen es gut. Wir sind hervorragend regiert. Sie treffen die richtigen Entscheidungen, um uns durch die Stürme der Pandemie zu navigieren.

(Zuruf)

Wir sind bisher glimpflich durch diese Katastrophe gekommen. Das zeigt sich auch jetzt mit dieser neuen Matrix, aufgrund derer man bei einer Verschlechterung zurückgehen kann – deswegen "Eigenverantwortung". Unsere Strategie hat weiterhin das Ziel vor Augen: Wir wollen diese Pandemie möglichst schnell und effektiv bekämpfen. Meine Damen und Herren, wir sind auf den letzten Kilometern eines Marathons. Diese Kilometer sind am anstrengendsten, aber es sind auch die entscheidenden; denn wir wollen ja ins Ziel kommen, und wir wollen gut ins Ziel kommen, und wir wollen auch danach mit Kraft und Elan weiterlaufen. In diesem Endspurt befinden wir uns. Das ist der größte Hoffnungsschimmer und Lichtblick in der aktuellen Katastrophe, zumal wir bei den Impfungen die richtigen Prioritäten gesetzt und mit den Personengruppen begonnen haben, die durch das Virus am verletzlichsten sind.

Es tut sich etwas. Wir werden mit jedem Tag, an dem 40.000 weitere Menschen in Bayern und bald über 100.000 Menschen pro Tag geimpft werden, besser. Mit jedem Tag wird das Licht am Ende des Tunnels ein bisschen heller. Das wird nun durch die Wiedereröffnungen untermauert.

Lassen Sie uns bitte versuchen, mit Zuversicht und Optimismus auch noch die nächsten Wochen durchzustehen! Lassen Sie uns gemeinsam die Regeln einhalten und nicht übermütig und leichtsinnig werden! Lassen Sie uns weiterhin vorsichtig und umsichtig bleiben! Das sage ich bewusst als Gesundheitspolitiker. Gerade die Vorerkrankten und Schwächeren brauchen den Schutz ihrer wichtigsten Grundrechte, die Rechte auf Leben und Gesundheit.

Die letzten Monate waren herausfordernd und schwierig und für uns alle in keiner Weise leicht. Aber jetzt sind wir in der entscheidenden Phase, in der sich zeigt, wohin die Reise geht. Lassen Sie uns auch in den nächsten zweieinhalb Wochen noch konzentriert und rücksichtsvoll bleiben! Lassen Sie uns zusammenhalten!

(Lebhafter Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Seidenath. – Es gibt noch drei Zwischenbemerkungen. Zuerst hat sich der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion gemeldet.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Seidenath, gerade haben Sie wortwörtlich gesagt: Das "Licht am Ende des Tunnels" soll mit "Wiedereröffnungen untermauert" werden. Normalerweise sprechen zu den Öffnungsperspektiven Wirtschaftspolitiker, aber Ihr Landesvorsitzender der Mittelstands-Union, Herr Pschierer, hat anscheinend bei Ihnen kein Rederecht mehr, weil er eine andere Meinung vertritt. Letztes Mal habe ich einen einfachen Wirt zitiert. Heute zitiere ich Angela Inselkammer, die Präsidentin der DEHOGA Bayern, die in "Kontrovers" gesagt hat:

Das ist ein Schlag in die Magengrube für die ganze Branche. Ich stehe hier für 2,5 Millionen Mitarbeiter und kann nicht verstehen, dass das

also die Öffnungsperspektive

auf St. Nimmerleins verschoben wird. In Hotels ist man so sicher wie sonst nirgendwo.

Was würden Sie denn der Branche sagen, wenn Sie mal wieder an einem Stammtisch wären, wie wir beide mal vor ein paar Jahren in Dachau, sofern Sie dazu überhaupt noch eingeladen würden?

(Beifall bei der AfD)

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Bergmüller, die Perspektiven sind doch da.

(Franz Bergmüller (AfD): Im Juni dann, oder?)

– Für Sie wäre es ein Problem, wenn Sie sich dann hier nicht mehr aufregen könnten. Aber wenn Sie einmal lesen, was als Matrix und Plan da ist – –

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

– Wollen Sie jetzt eine Antwort von mir oder nicht? Dann hören Sie doch mal zu!

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD) – Weitere Zurufe)

– Ich glaube nicht, dass sich die Antwort noch lohnt, Herr Bergmüller.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Seidenath hat das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Nein, Herr Bergmüller will offenbar keine Antwort. Ich kann es ihm vielleicht ein andermal erklären.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion gemeldet.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege, vielleicht ist da die Antwort einfacher. Ich frage Sie nicht als Gesundheitspolitiker, sondern als wichtiges Mitglied der CSU-Fraktion und natürlich als örtlichen Abgeordneten. Nach wie vor geht es um wichtige Hilfsmaßnahmen, beispielsweise für die im Kulturbereich Tätigen, insbesondere für die Solo-Selbstständigen. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren: Was halten Sie davon, dass das Programm für die Solo-Selbstständigen seit Anfang dieses Jahres nach wie vor nicht antragsfähig ist und dass die solo-selbstständigen Künstlerinnen und Künstler keinen Antrag für die Hilfen stellen können? Was halten Sie davon, dass nach wie vor das lang versprochene Stipendienprogramm nicht antragsfähig ist? – Mich würde interessieren, ob Sie das nachvollziehen können und ob Sie gegebenenfalls bereit wären, in der CSU-Fraktion endlich einmal gegenüber dem zuständigen Staatsminister und der Staatsregierung deutlich zu machen, dass dieser Zustand untragbar ist.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Halbleib, einige Gruppen sind sehr schwer von dieser Pandemie getroffen. Dazu gehören die von Ihnen genannten Solo-Selbst-

ständigen, aber auch zum Beispiel die Mitarbeiter der Flughäfen, die Messebauer, das Schaustellergewerbe, die Künstler insgesamt. Sie leiden schwer unter dieser Pandemie. Wir – die Staatsregierung, aber auch die CSU-Fraktion – haben uns sehr intensiv Gedanken gemacht, wie wir hier effektiv helfen können, weil das Wort unseres Ministerpräsidenten im Raum steht, dass wir aus dieser Katastrophe mindestens so stark herausgehen wollen, wie wir in sie hineingegangen sind. Unser Wissenschaftsminister hat es neulich verkündet: Deswegen gibt es auch ein Programm für Solo-Selbstständige. Ich bitte Sie, sich da zu informieren. Die Möglichkeiten bestehen.

(Zuruf)

– Auch ich würde mir natürlich wünschen, dass diese Hilfen schneller ausgezahlt werden, als es der Fall ist. Das ist richtig. Aber Hilfen gibt es.

(Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion gemeldet.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, ich möchte Sie korrigieren. Wir lehnen die Inzidenzberechnung nicht ab. Wir wünschen uns eine bereinigte Inzidenz. Ich kann Ihnen das kurz erklären. Ich bin unter anderem auch Arzt, der Reihentestungen durchführt. Ich habe die Lehrkräfte vor Wiedereintritt in den aktuellen Schulbetrieb getestet und allein durch diese Maßnahme die Inzidenz vor Ort um zehn Punkte nach oben gehoben. Bei allen Getesteten handelte es sich um asymptomatische Personen. Wenn ich davon ausgehe, dass wir perspektivisch mehr und mehr getestet werden, dann werden die Inzidenzen steigen. Diese müssen bereinigt werden, weil wir sonst Zahlen haben, die sofort wieder in einen Lockdown münden werden.

Noch kurz etwas Zweites: Ich denke, wenn die Staatsregierung es schafft, ausreichend Impfstoff zu garantieren und zu beschaffen, können Sie getrost den niederge-

lassenen Ärzten diese Entscheidung überlassen. Dann brauchen wir nicht das Instrument der Impfkommision. Herr Arnold hat trefflich formuliert, wie gut die Plattform aktuell funktioniert.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Dr. Spitzer, auch asymptomatische Personen können das Virus übertragen. Das ist besonders gefährlich. Deswegen kann ich diese Personen doch nicht aus der Inzidenzberechnung herausnehmen. Ich will es gar nicht so deutlich sagen, weil ich Sie sehr schätze; aber wir hatten neulich einmal einen Antrag der AfD, die genau das wollte, nämlich dass wir bei den 7-Tage-Inzidenzen manipulieren, indem wir Gruppen herausrechnen. Das können Sie hier doch nicht wollen. Danke für die Erläuterung, aber es leuchtet mir trotzdem nicht ein.

Ich sage es noch einmal: Der 7-Tage-Inzidenzwert hat sich bewährt. Er ist ein gutes Modell, weil er auch eine längerfristige Entwicklung abbildet. Deswegen ist es gut und richtig, dass die Ministerpräsidenten der Länder die weiteren Schritte auf diesen Wert als Fundament gegründet haben. Wir werden diesen Wert auch weiterhin zugrunde legen. Alles andere ist extrem schwierig. Wir haben hin und her überlegt, haben die Sache gedreht und gewendet. Wir haben kein besseres Modell gefunden. Ihr Vorschlag ist aus meiner Sicht nicht besser, weil er Menschen gefährdet, die angesteckt werden können. Deswegen bleiben wir bei unserem bisherigen 7-Tage-Inzidenzwert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Johannes Becher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute häufiger gehört: Kinder und Jugendliche haben höchste Priorität und sind Chefsache. Wenn ich dann allerdings in den Dringlichkeitsantrag der CSU und die Matrix schaue, kann ich das nicht erkennen. Die Realität in Bayern ist: Hunderttausende Schülerinnen und Schüler sind daheim, und die Baumärkte sind geöffnet. Das ist die reale Priorität der Kinder und Jugendlichen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben angesprochen, dass es um Bildung geht. Ich möchte aber den Blick auch noch einmal auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen lenken. Der "BARMER-Arztreport", frisch herausgekommen, verzeichnet Zuwächse in den psychotherapeutischen Hilfen bei der Gruppe unter 24 Jahren. Die aktuelle COPSY-Studie aus Hamburg sagt, dass fast jedes dritte Kind inzwischen psychische Auffälligkeiten hat; vor der Pandemie sei jedes fünfte Kind psychisch belastet gewesen, jetzt sei es jedes dritte. Sorgen und Ängste der Kinder hätten noch einmal zugenommen, depressive Symptome seien verstärkt zu sehen. Warum? – Trennung von Freunden, Fehlen des Schulalltags, Mangel an Freizeitaktivitäten, zu wenig Bewegung. Es ist besonders bitter, dass es bei den Familien, die vorher schon Probleme, Schwierigkeiten und einen Rucksack zu tragen hatten, besonders brennt. Die Chancengleichheit, von der heute schon einmal die Rede war, ist eingeschränkt; sie ist gefährdet. – Herr Seidenath, das rechtfertigt wiederum, Priorität auf Kinder und Jugendliche zu setzen. Das hat nichts mit Spaltung, sondern mit Verantwortung und Respekt gegenüber der kommenden Generation zu tun. Das ist wichtiger als die Öffnung von Baumärkten und wichtiger als Weißbierausschank in der Außengastronomie. Meine Damen und Herren, Kinder und Jugendliche zuerst!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben noch nicht einmal die Schulen geöffnet und schon steigende Zahlen. Wir haben Hotspot-Gebiete in Bayern. Das ist real. Es gibt Hoffnung mit den Testungen, mit den Impfungen und all den Dingen, die heute schon lang und breit erörtert worden sind, obwohl wir im Grunde längst noch nicht so weit sind, wie man eigentlich sein wollte.

Mir geht es aber auch nicht nur um die Schulen. Bildung muss man ein bisschen größer denken. Mir geht es auch um die außerschulische Bildung, um die Jugendzentren und die Jugendarbeit. Mir geht es darum, die Familien zu entlasten, besonders bei

Freizeitangeboten, bei Zoos, Botanischen Gärten und Freizeitstätten, die einen Außenbereich haben. Dabei geht es um den Außenbereich, dessen Öffnung verantwortlich ist. Mir geht es auch um Kulturbereiche, um Gedenkstätten, Museen und Theater. Bei der Öffnung von Museen und Theatern geht es nicht um eine generelle, sondern eine Öffnung für feste Gruppen, Klassen und Kita-Gruppen. Es geht uns auch um den Sport als wesentlichen Bestandteil. Kontaktfreier Sport im Außenbereich muss in allen Sportarten und Teamgrößen möglich sein. Ich bin überzeugt, auch Vereinssport ist möglich. Man kann sich hier an Regeln halten. Dies funktioniert auch mit festen Gruppen im Innenbereich. Ja, das bedeutet zusätzliche Kontakte. Das ist richtig. Das birgt auch ein Risiko, aber diese Kontakte sind uns im Hinblick auf die Gesundheit und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen wichtiger als Baumarkt-Shopping.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Baden-Württemberg ist hinsichtlich der Impfung schon ein paar Mal angesprochen worden. Dort werden nicht nur die Lehrkräfte, sondern das komplette Schulpersonal geimpft. Meines Erachtens sollten auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts bei den Impfungen nicht vergessen werden, insbesondere dann nicht, wenn sie Außentermine haben. Auch bei der Jugendsozialarbeit, den Jugendwohnheimen und den Jugendzentren ist noch nachzuarbeiten.

Ein weiterer Punkt: Gemäß der Allgemeinverfügung müssen Kontaktpersonen der Kategorie 1 wieder 14 Tage lang in Quarantäne, ohne Möglichkeit des Freitestens. Für Kinder und Jugendliche sind 14 Tage sehr lang. Wir sollten wieder eine Quarantänezeit von 10 Tagen erwägen, wenn sie symptomfrei sind und zwei negative PCR-Tests nachweisen können. Das sind diejenigen Maßnahmen, die wir prioritär, also zuerst, machen würden. Mit anderen Öffnungen und Kontakterweiterungen wären wir vorsichtiger.

Der Ministerpräsident hat angekündigt, ab April werde es besser. Ich glaube, es wird nur dann besser, wenn wir im März nicht die dritte Welle befeuern. Ich will keinen

Lockdown an Ostern, denn ein weiterer Lockdown träfe Kinder und Jugendliche besonders hart. Wir kennen die Studien zum ersten und auch zum zweiten Lockdown. Niemand hier braucht eine Studie zu einem dritten Lockdown, um zu wissen, was er bedeutet.

Die Schäden in der Wirtschaft sind schmerzhaft. Das ist richtig, aber sie sind zumindest mit Geld – wenn es denn zeitnah käme – abzufedern. Die Schäden bei Kindern und Jugendlichen kann man nicht mit Geld heilen. Das sollte aus meiner Sicht eine kluge Politik in Bayern viel stärker berücksichtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Abgeordnete Albert Duin von der FDP-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Albert Duin (FDP): Herr Kollege Becher, Sie haben mit den Kindern und Schulen vollkommen recht. Aber Sie tun gerade so, als ob wir von der FDP nicht die ganze Zeit gefordert hätten, dass Kinder und Schulen Priorität haben. Man muss aber das eine nicht lassen und das andere tun. Wir können beides machen. Wir bringen spezifisch das auf den Punkt, von dem wir glauben, dass es getan werden muss. Das ist nicht die einzige Maßnahme, die wir fordern. Hätten Sie einmal der Kollegin Julika Sandt zugehört, dann hätten Sie gemerkt, dass sie ins gleiche Horn bläst, ebenso wie wir alle von der FDP-Fraktion. Sie sagen, die anderen Schäden seien mit Geld zu begleichen. Denken Sie an die Psyche der Leute! Wer soll das alles bezahlen? Wir denken schon weiter und nicht nur in eine Richtung, wie Sie es tun.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Duin, die Kollegin Julika Sandt hat noch nicht gesprochen. Sie spricht erst nach mir. Ich höre ihr immer sehr gerne zu.

Albert Duin (FDP): Es geht nicht nur um heute, sondern auch ansonsten um ihre Reden.

Johannes Becher (GRÜNE): – Ja, ich höre ihr auch sonst gerne zu. Wir sind gemeinsam in einem Ausschuss. Sie sagen: Kinder und Jugendliche zuerst! Sie sagen aber auch: Alles andere auch zuerst! So habe ich vorhin den Kollegen Hagen verstanden. Außengastronomie zuerst, Handel zuerst und eigentlich auch alle anderen Sachen zuerst. – Was die FDP hier aufzeigt, ist der Stufenplan in die dritte Welle und nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie machen, ist leider unverantwortlich.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Vor dem nächsten Redner fordere ich den Abgeordneten der AfD auf, sein an der Plexiglasscheibe hängendes Pamphlet abzuhängen. Es geht hier um die Würde und die Arbeitsfähigkeit des Hauses. Diese Plexiglasscheiben dienen dem Gesundheitsschutz und sind nicht gemacht worden, um Pamphlete aufzuhängen. Aufgrund dieser Scheiben haben wir ohnehin eine schlechte Sicht, die nun zusätzlich beeinträchtigt wird. Ich fordere Sie also auf, das Pamphlet abzuhängen.

(Zuruf)

– Ich zeige Ihnen die Hausordnung, aber ich appelliere auch an Ihren bürgerlichen Anstand, auf den Sie sonst so viel Wert legen.

(Unruhe)

Als nächster Redner hat der Kollege Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIEN WÄHLER legen dem Bayerischen Landtag heute gemeinsam mit unseren Partnern von der CSU einen Dringlichkeitsantrag vor, mit dem wir die nächsten Schrit-

te hinaus aus dem Lockdown zurück in Richtung Normalität und Freiheit auf den Weg bringen wollen. Wir tun dies gemeinsam in der Überzeugung, dass die Maßnahmen unserer Bayernkoalition gewirkt haben, dass unser Krisenmanagement erfolgreich war und dass es uns aufgrund eines gewaltigen Kraftaktes des Teams Bayern, der Menschen in unserem Land, gelungen ist, nach der ersten Corona-Welle auch die zweite Corona-Welle zu brechen. Wir tun dies aber auch angesichts der Überzeugung, dass es gerade ob dieser erfreulichen Entwicklung jetzt an der Zeit ist, sozusagen den Modus des Krisenmanagements ein Stück weit zu wechseln und anzupassen.

Bislang befanden wir uns zu Recht im Katastrophenmodus. Wir waren gezwungen, das Primat darauf zu legen, eine Eskalation des Infektionsgeschehens, eine Überlastung des Gesundheitssystems und eine Triage zu verhindern. Jetzt gilt unser Hauptaugenmerk dem Anliegen, ein möglichst gutes Leben mit Corona zu organisieren, bis es uns dann endlich gelingt, diese Pandemie durch das Impfen und die bayerische Impf- und Therapiestrategien final hinter uns zu lassen.

Die Leitfrage heißt also: Wie kann es uns gelingen, Normalität und Freiheit auf der einen Seite und ein Höchstmaß an Sicherheit auf der anderen Seite bestmöglich unter einen Hut zu bekommen? Für diese Phase des Lebens mit dem Virus will ich über den Bayernplan, den wir am Dienstag vorgestellt haben, und über die Ausführungen unseres Fraktionsvorsitzenden Florian Streibl hinaus mindestens vier weitere Anmerkungen machen. Das betrifft zwei Dinge, die wir nach fester Überzeugung der FREIEN WÄHLER dezidiert nicht tun sollten, und zwei Dinge, die nach unserer Ansicht jetzt das Gebot der Stunde sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns jetzt definitiv nicht der Ungeduld opfern und das gemeinsam Erreichte, die Erfolge der Menschen, des Teams Bayern, bei der Eindämmung von Corona durch blinde und nicht mit Konzepten und Schutzmaßnahmen hinterlegte Öffnungen riskieren. Nein, wir müssen insbesondere im Hinblick auf die Mutationen wachsam bleiben. Wir dürfen das gemeinsam Erreichte nicht verspielen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in gleicher Weise sollten wir eines nicht tun: Wir sollten nicht ob der Angst, dass vielleicht nach den ersten beiden Schritten in Richtung Normalität und Freiheit wieder ein halber Schritt zurück notwendig werden könnte, gleich den ersten Schritt nach vorne in diese richtige Richtung unterlassen, stattdessen auf der Stelle treten und in diesem harten Lockdown verharren. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist jetzt Zeit, vor allem mit Mut und auch mit Vorsicht die ersten Schritte zurück in Richtung Normalität und Freiheit zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben diesen beiden Dingen, die wir nicht tun sollten, ist im Bayernplan und im heutigen Antrag der beiden Regierungsfractionen ein ganzes Potpourri an Dingen genannt, die wir stattdessen tun sollten. Ich will zwei herausgreifen, die mir besonders am Herzen liegen.

Zum einen muss das Credo der Stunde jetzt wieder lauten: Testen, testen, testen. Das Testen ist unser Tor zur Freiheit, unser Game Changer und unsere Möglichkeit, Normalität und Freiheit auf der einen Seite und Sicherheit auf der anderen Seite bestmöglich unter einen Hut zu bringen. Deshalb ist es goldrichtig, dass Bayern hier – anders als andere Bundesländer – vorangegangen ist, dass wir, Herr Ministerpräsident, uns ausgerüstet haben mit den Testmöglichkeiten. Wir haben zusätzlich auch durch Erkenntnisfortschritt, durch Wissenschaft neue Möglichkeiten bekommen. Es gibt jetzt nicht nur die Schnelltests als solche, die wir schon immer nahezu beliebig skalierbar beschaffen konnten, bei denen wir aber bei der Anwendung am Flaschenhals des medizinischen Personals gescheitert sind.

Es gibt jetzt auch die Selbsttests, in die wir FREIEN WÄHLER größte Hoffnungen setzen, weil es diesen Flaschenhals dann nicht mehr gibt, weil wir dann wirklich massenhaft testen können. Dieses massenhafte Testen ist unsere große Chance. So wie sich das Impfen zum finalen Überwinden der Pandemie verhält, so verhält sich das

Schnelltesten zu dieser Zeit des guten Lebens mit Corona, bis es dann endlich so weit ist, dass all dies hinter uns liegt. Das ist unser Tor zu Freiheit und Normalität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erlaube mir, an der Stelle schon einmal ein deutliches Wort in Richtung des Bundes zu richten. Ich habe das anhand eines bayerischen Mittelständlers aus meiner Heimat seit Dezember letzten Jahres erleben dürfen, wie man von Pontius zu Pilatus geschickt wurde, wie man sich zwischen BfArM und Paul-Ehrlich-Institut und TÜV bewegt hat, wenn man versucht hat, Kriterien für die Zulassung dieser Selbsttests zu bekommen. Das war ein wahres Trauerspiel. Ich meine schon: Der Bund muss jetzt endlich in die Pötte kommen und dafür sorgen, dass dieser Game Changer zu Freiheit und Normalität auch in der Beschaffung und in der Zulassung entsprechend verfügbar ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage das so deutlich: Nach dem Impfdebakel des Bundes dürfen wir nicht in das Testdebakel des Bundes hineinschlittern. Wenn die Menschheit auf den Mars fliegt, dann muss es die Bundesrepublik Deutschland auch hinkriegen, ein paar Wattestäbchen zuzulassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mit dieser Strategie des Freitestens, nämlich Zugänglichkeit zu Normalität und Freiheit über Testen zu schaffen, geht ein zweiter Punkt einher, der uns FREIEN WÄHLERN am Herzen liegt. Wir müssen aufpassen – das ist unsere feste Überzeugung, und so findet es sich auch im Dringlichkeitsantrag der beiden Regierungsfractionen –, dass wir dabei nicht in die Inzidenz-Falle tappen.

Was meine ich damit? – Testen ist nach der Überzeugung beider Regierungsfractionen gut und richtig. Das Testen wird dazu führen, dass wir versteckte Infektionen entdecken, dass wir Infektionsketten brechen können, die wir bislang gar nicht erkannt

hätten, und dass wir darüber die Möglichkeit haben, positiv getestete Menschen zu isolieren. Das Testen eignet sich dazu, das Infektionsgeschehen zu drücken, das Infektionsgeschehen einzudämmen, Corona zurückzudrängen.

Aber dieses gleiche Testen, das die wahre Infektion zurückdrängt, wird unweigerlich dazu führen, dass die Inzidenzzahl nach oben getrieben wird. Deshalb dürfen wir uns über das Testen nicht die eigene Öffnungsperspektive verbauen. Nein, wir müssen auch für Regionen mit hohen Inzidenzen Perspektiven eröffnen. Wir dürfen nicht in einen Jo-Jo-Lockdown wie in meinem Heimatlandkreis – mal über 50, mal unter 50 – geraten. Nein, wir müssen es möglich machen, dass in Zukunft – und erst dann, wenn die Infrastruktur da ist – derjenige, der nachweislich gesund ist, weil er frisch getestet ist, auch in Regionen mit höheren Inzidenzen in die Schule, zum Sport, in die Gastronomie und zu Kunst und Kultur gehen kann. Meine Damen und Herren, das muss unser mittelfristiges Ziel sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Ihre Redezeit.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, ich bedauere das, nehme es aber zur Kenntnis und sage deshalb als letzten Satz: Wenn wir das schaffen und uns darüber hinaus beim Contact Tracing dem Jahr 2021 annähern und das umsetzen, Herr Ministerpräsident, was Sie für das Impfen und die Therapiestrategie in Berlin durchsetzen konnten, dann sind wir bestens aufgestellt, um wirklich aus dem Krisenmodus zu kommen und mit Zuversicht zurück in Richtung Freiheit und Normalität zu gelangen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mehring, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das wollen wir mit dem Dringlichkeitsantrag tun, für den wir um Ihre Zustimmung bitten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, ich sehe, dass Sie Ihr Pamphlet immer noch nicht abgehängt haben. Ich sage es noch einmal: Das ist ein Verstoß gegen die Würde des Hauses und eine Behinderung der Arbeitsfähigkeit vor allem des Präsidiums. Wenn das andere neben Ihnen machen würden, dann würden wir gar nichts mehr sehen. Wir werden das auf jeden Fall im Ältestenrat behandeln. Wir können auch entsprechende Maßnahmen noch nachträglich verhängen. Ich fordere Sie noch einmal auf, das abzuhängen. Hier geht es um Meinungsbildung. Hier ist die Kraft des Wortes entscheidend. Wenn Sie nicht auf die Kraft des Wortes Ihrer Fraktion vertrauen können, dann ist das Ihr Problem.

Der nächste Redner ist der Abgeordnete Mang für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! Herr Ministerpräsident, schön, dass Sie heute noch da sind. Wenn die Corona-Verordnungen eines gezeigt haben, dann das, dass die von Ihnen als gelungen gefeierte Integrationspolitik ins Reich der Märchen zu verweisen ist. Die Belegung der Intensivbetten spricht für sich, mögen Sie die Wahrheit noch so verdrehen. Anstatt ehrlich die Wahrheit zu sagen, spricht das RKI von Patienten mit Kommunikationsbarrieren. Das ist feige und unehrlich.

Das ist aber auch Ihr Regierungsstil. Sie können nicht einmal eine andere Meinung ertragen und haben sich in Ihrer Filterblase wie in einem Bunker verbarrikadiert. Ich erinnere an Prof. Lütge, den Sie aus dem Ethikrat entfernen ließen, da er Ihren Lockdown und Ihre Corona-Verordnungen kritisiert und zu Recht vor den Kollateralschäden gewarnt hatte. Wer Ihre Politik kritisiert, wird kurzerhand aus Ihrem königlichen Bunker geworfen. Hauptsache die Filterblase platzt nicht; denn Sie können die Wahrheit – die Wirklichkeit da draußen, die Sie nicht hören und nicht sehen wollen – nicht ertragen. Wir haben mit den Kleinunternehmern gesprochen. Ja, die Unternehmer kommen mitt-

lerweile zu uns, weil ihnen sonst niemand zuhört. Nur wir, die AfD-Fraktion im Parlament, lehnen Ihre Lockdown-Politik konsequent ab.

(Beifall bei der AfD)

Dabei ist es dieser von Ihnen verächtlich so bezeichnete Corona-Mob, der Ihr fürstliches Salär bezahlt. Ich sitze im Haushaltsausschuss. Vor drei Monaten haben wir den Haushaltsplan zugeleitet bekommen. Über zehneinhalb Milliarden Euro neue Schulden. Gestern wurde die Nachschubliste verabschiedet. Und schwups war es noch eine Milliarde Euro Schulden mehr! Wer soll denn das einmal bezahlen? – Die von Ihnen hofierten Großkonzerne? – Bestimmt nicht! Die nutzen jedes von Ihren Kollegen in Berlin geschaffene Steuerschlupfloch. Nein, die kleinen und mittelständischen Unternehmer und Arbeitnehmer tragen die Steuerlast.

Wissen Sie, dass diese Unternehmer in der verzweifelten Hoffnung, dass dieser Lockdown bald endet, mittlerweile ihre Ersparnisse aufgebraucht, ihre Altersvorsorge und Bausparverträge aufgelöst haben? Diese tapferen Unternehmer wollen einfach nur wieder arbeiten können und ihre Steuern bezahlen – Steuern, von denen Sie königlich leben. Königlich leben auch Ihre Parteihöflinge, zumal so mancher im Verdacht steht, sich korrupt und kriminell zusätzlich auf Kosten der Untertanen zu bereichern. Stichwort: Maskenpflicht.

Jetzt haben Sie vollmundig die neuen Lockerungen verkündet – Lockerungen, die für viele Unternehmer zu spät kommen und nicht ausreichend sind. Viele Unternehmer werden diesen Lockdown wirtschaftlich nicht überleben. Zu viele haben schon jede Lebensfreude verloren, während die Großkonzerne die größten Profite einstreichen. Interessant ist, dass so viele Lockerungen mit Schnelltests verbunden werden sollen. Ich bin mal gespannt, wer davon alles profitieren wird. Die mittelständischen Unternehmer haben mittlerweile ihr einziges Auto verkauft, ihren Schmuck verpfändet, um ihr Geschäft zu retten. Das stört Sie in Ihrem Machtrausch nicht. Das dringt in Ihre Filterblase nicht vor, die Sie von jeglicher Kritik klinisch reinhalten.

(Beifall bei der AfD)

Ihre Herrschaft ruht auf den Säulen der Angstmanipulation. Angst ist ein altes Manipulationsmittel. Bezeichnend ist, dass im Expertenrat der Bundesregierung ein Germanist, ein völlig unqualifizierter Sprachprüfer die Meinungsführerschaft innehatte; denn dieser hatte Ihnen wohl die gewünschten Ergebnisse geliefert: Der Bevölkerung müsse Angst eingeflößt werden, lautete die Zauberformel. Todesangst! Besonders Kindern müsste größte Angst eingejagt werden, mit dem Schrecklichsten, was Kindern passieren kann. Diesem Expertenrat zur Politik der Angst sind Sie, Herr Ministerpräsident, nur allzu gerne gefolgt.

Aber wie sieht es denn mit den Fakten aus? – Sie geben vor, uns Freiheiten zurückzugeben. In Wirklichkeit schränken Sie aber für einen weiteren Monat unsere Freiheiten ein. Wo ist denn der Nachweis, dass Ihre Lockdowns einen markanten Einfluss auf die Fallzahlen haben?

(Zuruf)

Nehmen Sie das Beispiel von Madrid. Erst nachdem der ultraharte Lockdown dieser Stadt aufgehoben wurde, Bars und Restaurants bis Mitternacht proppenvoll waren, sanken erstaunlicherweise die Fallzahlen. Das zeigt erstens: Es gibt auch Alternativen. Zweitens liefert das einen Beleg, dass die Lockdown-Politik wohl keinen Einfluss auf die Fallzahlen hat. Ihre gesamte desaströse Corona-Politik beruht auf Annahmen, die sich nicht erfüllt haben. Davor verschließen Sie die Augen.

Herr Ministerpräsident, ich komme zum Schluss.

(Zurufe: Oh! – Beifall)

– Ja, ja, darauf freuen Sie sich immer am meisten, ja, ja. –Lassen Sie ab von der Herrschaft der Angst! Treten Sie aus Ihrer Filterblase! Nehmen Sie einen tiefen frischen Zug Wirklichkeit! Setzen Sie sich mit der wissenschaftlich fundierten Kritik auseinan-

der! Beweisen Sie Mut, Fehler einzugestehen und zum Wohle des ganzen Volkes zu handeln!

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass sämtliche Corona-Beschränkungen abgeschafft werden müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bitte winkt mir nicht wieder alle zu, dass ich die Maske noch aufhabe. Für mich ist das einfach sicherer; denn mein Los ist, dass ich immer nach einem Kollegen von der AfD sprechen muss, und die wollen ja, dass alle Maßnahmen abgeschafft werden. Deshalb ist das für mich so einfach sicherer.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute noch einmal die Bedeutung der Inzidenzen für Ihre politische Strategie hervorgehoben und gesagt, dass sie für Sie der wichtigste Wert zur Beurteilung der Lage sind. Sie haben auch die beiden Themen Testen und Impfen als zentrale Elemente in den Mittelpunkt gestellt. Jetzt legen Sie uns aber eine Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vor, in der diese beiden Themen so gut wie gar nicht vorkommen. Dies ist – ehrlich gesagt – schon erstaunlich.

In dieser Woche haben wir eine neue Lage, und zwar nicht nur, weil die Infektionszahlen leider wieder steigen und wir es mit einer sich verbreitenden Mutante oder Mutanten zu tun haben, sondern auch, weil jetzt die Schnell- und Selbsttests die Bühne betreten. Auf diese wurde lange gehofft und gewartet. Viele Erwartungen wurden in sie gesetzt. Keine Öffnungsperspektiven, keine Forderung in diese Richtung ohne den Hinweis auf die Schnelltests. Man kann nun aber wirklich nicht verstehen, warum noch keine tragfähigen und schnell umsetzbaren Konzepte vorbereitet sind. Die Tests allein

bringen uns nichts, wenn sie nicht in operable Strategien und Konzepte eingebettet sind.

Ab morgen kommen die Heimtests massenhaft unter die Leute, werden bei Aldi angeboten. Dies verändert einiges. Darauf müssen wir auch reagieren. Es besteht die reale Gefahr, dass wir den Überblick über das Infektionsgeschehen schneller verlieren, obwohl mehr getestet wird. Warum? – Weil sich natürlich die Frage stellt, wer denn noch für einen qualifizierten PCR-Test zum Testzentrum oder zum Arzt geht, wenn man daheim am Küchentisch einen Schnelltest machen kann.

Vielen Leuten ist es immer noch unklar, was bei einem positiven Testergebnis zu tun ist, an wen sie sich zu wenden haben, wo sie Hilfe und Unterstützung bekommen können. Wichtig ist: Auf jeden positiven Heim-, Schnell- oder Selbsttest muss unbedingt ein qualifizierter PCR-Test folgen. Das haben Sie heute auch gesagt, aber das muss verpflichtend sein. Deshalb gehört dies in eine solche Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hinein. Dies fehlt hier leider.

Jeder muss auch wissen, dass es eine Verpflichtung gibt. Dies gilt übrigens auch für die Tests unter Aufsicht, zum Beispiel in der Apotheke. Natürlich kann der Apotheker seine Kunden darauf hinweisen, dass sie bitte einen PCR-Test machen sollen, aber man kann sie nicht dazu verdonnern. Es muss klargestellt werden, dass es sich um eine Pflicht handelt und dass Verstöße auch Folgen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Inzidenzen beruhen schließlich auf gemeldeten positiven PCR-Testergebnissen. Darauf sind wir angewiesen, um den Überblick zu behalten. Wenn weniger gemeldet wird, wenn uns das Infektionsgeschehen ein wenig durch die Finger rutscht, wird dies erhebliche Auswirkungen haben, möglicherweise auch auf politische Entscheidungen. Wenn die Tests uns etwas bei der Eindämmung der Pandemie helfen sollen, kommt es doch auf die Kontaktnachverfolgung und die Quarantäne an. Hier stehen die PCR-

Tests im Mittelpunkt. Dies muss klargestellt werden. Dies muss klar geregelt sein, und es muss öffentlich kommuniziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Neuerdings ist viel vom Freitesten die Rede. Vorhin hieß es wieder: Testen, testen, testen und freitesten. Hoffnungen werden geschürt, besonders auch von Herrn Aiwan-ger, was damit alles möglich sein soll. Sie wissen schon, dass die Tests die Infektionen vor dem Abstrich abbilden und keine Prognose für die Zukunft sind, weder für 48 noch für 24 Stunden oder sonst etwas. Das heißt: Auch bei Vorhandensein dieser Tests muss man schon vorher Konzepte haben, was sie aussagen sollen. Welche Konzepte können wir darauf für Öffnungen, für das Zulassen von Kontakten usw. aufbauen? Das muss doch vorher geschehen. Wir warten doch seit Wochen und Monaten, seit fast ei-nem Jahr darauf, solche Tests massenhaft verfügbar zu haben. Ich verstehe nicht, warum erst jetzt darüber nachgedacht wird, wie sie angewendet werden sollen und wozu sie führen sollen.

Dies gilt auch für die Schulen. Dort haben wir jetzt massenhaft Test-Kits, aber keine Verbindlichkeit. Alles ist freiwillig. Es steht den Schülerinnen und Schülern und den Lehrkräften frei, ob sie die Tests machen oder nicht. Wenn sie keinen Test machen, bleibt dies völlig folgenlos. Am Anfang lassen sie sich vielleicht testen, aber dies wird nach nicht langer Zeit aufhören. Das ist doch kein Konzept! Wir haben nach ei-nem Jahr Pandemiegeschehen noch kein funktionierendes Testkonzept für die Schu-len. Es gibt zwar viele Test-Kits – sie werden auch ausgeliefert; sie sind besorgt –, aber wir haben noch kein Konzept, welche Folgen die Tests haben. Ob man sich tes-ten lässt oder nicht, bleibt folgenlos.

Ich möchte noch etwas erwähnen, weil dies auch ganz wichtig ist und in dieser Ver-ordnung, über die wir heute reden, auch fehlt. Sie haben heute gesagt, dass 81 % der Altenheime durchgeimpft sind. Diese Woche hat Gesundheitsminister Holetschek das Versprechen abgegeben, dass Kontakte in den Heimen aufgrund dieser Impfquote

wieder besser ermöglicht werden sollen. Er hat auch gesagt, dass sich die Gesundheitsminister darauf geeinigt haben. Dies ist aber eine leere Ankündigung geblieben; das ist ein leeres Versprechen. Davon findet sich nichts in dieser Verordnung. Weiterhin soll es dabei bleiben, dass pro Tag nur eine Person zu Besuch kommen kann. Das war vorher schon nicht sinnvoll. Es wäre sinnvoller, die Besuche wenn, dann auf einen Haushalt statt auf eine Person zu begrenzen. Hier geht es nämlich um mehr als um Begegnungen unter Freunden, die uns auch wichtig sind. Das ist lebensnotwendig. Die Verzweiflung in den Familien ist groß. Das müssen Sie ändern, sonst haben Sie die Menschen an dieser Stelle getäuscht.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder, Sie berichten in Ihren Regierungserklärungen immer wieder von Bürgern, die Ihnen Nachrichten schicken und aus ihrem Leben erzählen.

Lassen Sie mich aus meiner Praxis berichten: keine Sprechstunde, kein Tag ohne Tränen. Ich denke an die verwitwete Rentnerin, die gerne Kulturveranstaltungen besucht, die jetzt, nachdem die Theater geschlossen sind, vereinsamt zu Hause sitzt, an die alleinerziehende Mutter, die zwei schulpflichtige Kinder zu Hause hat, selbst arbeiten muss, nicht weiß, wie es weitergehen soll, an den Ehemann, der vor mir weint, weil er die schwerkranke Frau zu Hause nicht mehr versorgen kann, an die Ehefrau, die einen an Parkinson erkrankten Mann zu Hause hat und ihn, weil sie ihn nicht mehr selbst versorgen konnte, ins Pflegeheim abgeben musste und ihn dann nicht besuchen durfte, und dann noch an den alkoholkranken Mann, der rückfällig wurde und dessen Frau in der Angst lebt, dass er sie schlagen könnte – Gott sei Dank ist das bis heute nicht passiert. Das sind nur einige Fälle, die ich Ihnen hier nennen möchte.

Glauben Sie nicht, dass die Kollateralschäden inzwischen größer sind als der Schaden durch das Virus?

Impfungen sind das effektivste Mittel im Kampf gegen Pandemien. Geben Sie mir einen Impfstoff! Ich impfe morgen sofort.

(Beifall bei der FDP)

In meiner Praxis sind vier Ärzte und sechs Medizinische Fachangestellte, und alle können impfen. Die Vergütung interessiert mich doch gar nicht. Die Hausärzte haben das nötige Wissen; sie haben die nötige Infrastruktur. Deshalb stößt es bei mir auf völliges Unverständnis, dass Sie die Zahl der Impfungen in den Impfzentren von 48.000 auf 110.000 Impfungen pro Tag ausweiten wollen. Lassen Sie uns das Ganze doch pragmatisch angehen. Geben Sie den niedergelassenen Ärzten freie Hand, und lassen Sie die niedergelassenen Ärzte sofort impfen!

Durch Schnell- und Selbsttests in Verbindung mit Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen, den AHA-Regeln, sind weitere Öffnungen des gesellschaftlichen Lebens über die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz hinaus möglich. Oberstes Ziel muss es sein, zeitnah und in großer Menge Schnelltests, PCR-Schnelltests, Pool-Tests und Selbsttests zur Verfügung zu stellen. Die Schritte zur Normalität dürfen nicht am Beschaffungschaos scheitern. Schauen Sie nach Österreich! Dort werden die Schülerinnen und Schüler zweimal pro Woche getestet. Das muss bei uns auch möglich sein.

(Beifall bei der FDP)

Mein Wunsch: Optimalerweise wünsche ich mir, wie das tägliche Zähneputzen jeden Tag einen Schnelltest machen zu können, von mir aus auch zweimal die Woche. Wir müssen barrierearme Möglichkeiten zum Testen schaffen. Mit zunehmender Testung werden wir allerdings die 7-Tage-Inzidenzen zum Steigen bringen. Deshalb benötigen wir, Herr Seidenath, die bereinigte Inzidenz, die vom Verhältnis der Menge der positiven Testungen zur Menge aller Testungen abhängig ist. Natürlich können wir alternativ

die Inzidenzstufen nach oben schrauben. Aber das kommt auf das Gleiche heraus. Wir verheimlichen hier nichts und beschönigen nichts. In diesem Zusammenhang lohnt es sich, Herr Söder, einen Blick in unseren Stufenplan zu tätigen. In diesem Sinne: Impfen, Testen, Öffnen!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, verehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrte Damen und Herren! Nun haben die Corona-Kanzlerin und ihre willfährigen Pandemiepaladine wieder einmal in ihrer Berliner Kungelrunde getagt. De facto wurde wieder eine Verlängerung des Lockdowns beschlossen, dieses Mal bis zum 28. März – vorläufig, versteht sich.

Daneben wird uns ein Fünf-Stufen-Plan präsentiert, mit dem man sich endlich zu schrittweisen Öffnungen durchgerungen hat. Viel Frust, viel Flucherei soll dabei gewesen sein, so hört man. Nun hoffen Sie darauf, dass Ihnen das deutsche und das bayerische Wahlvolk auch noch dankbar ist für Ihre Großzügigkeit. Ich dagegen hoffe darauf – besser gesagt: ich bin fest davon überzeugt –, dass die Wähler Ihre billigen Manöver durchschauen werden.

Es ist ja nicht die plötzliche Einsicht bezüglich der durch Sie verursachten massiven gesellschaftlichen Probleme, die Sie nun zu Ihren tröpfchenweisen Zugeständnissen treibt. Vielmehr ist es das Schielen auf die wackelnden Zustimmungswerte, nachdem klar geworden ist, dass der Rückhalt bei den Bürgern für Ihre fortgesetzte Gängelungs- und Verbotspolitik mehr und mehr bröckelt.

Wie oft hat die AfD in den letzten Monaten die Aufhebung der unsinnigen Corona-Maßnahmen angemahnt? Wie oft hat die AfD auf die vielfältigen katastrophalen Aus-

wirkungen Ihrer selbstherrlichen Verbotspolitik hingewiesen? In wie vielen unserer Reden war – schon gut begründet – von den vor allem wirtschaftlich verheerenden Folgen die Rede? – Sie haben bisher alle Mahnungen in den Wind geschlagen.

Neben der Wirtschaft, der Gastronomie und dem Tourismus möchte ich auch einmal ein Thema ansprechen, das uns gerade im letzten Innenausschuss beschäftigt hat. Ich meine unser historisch gewachsenes, weltweit einzigartiges Vereinswesen; denn auch dieses hat durch Ihre Panikpolitik massiv gelitten. Gerade auch hier in Bayern sind unsere Vereine wesentlicher Bestandteil des Lebensgefühls, der Lebensqualität und der bayerischen Kultur. Mit ihren vielfältigen Funktionen leisten sie einen wichtigen gesellschaftsstabilisierenden Beitrag.

Einer Studie der Deutschen Sporthochschule zufolge befindet sich inzwischen mehr als jeder zweite Verein in Existenznot. Vor allen Dingen Kinder und Jugendliche gehen den Vereinen als Nachwuchs verloren. Wenn diese Kinder dann doch einmal mit ihrem Freund zum Rodeln an die frische Luft gehen, sehen sie sich auch noch polizeilichen Kontrollen ausgesetzt. Aber vordringlichste Aufgabe unserer Beamten ist es doch, Kriminalität zu bekämpfen und tatsächliche Gefahren abzuwehren. Stattdessen verdammen Sie unsere Einsatzkräfte dazu, harmlose Golfer zu drangsalieren, oder schicken sie gar mit dem Zollstock durch die Reihen der Besucher des Englischen Gartens.

(Beifall bei der AfD)

"Hat die Polizei ihr Augenmaß verloren?", titelte scheinbar folgerichtig die Zeitung mit den vier Großbuchstaben. Aber die eigentliche Frage muss doch lauten: Haben diese Staatsregierung und der Herr Ministerpräsident mit ihrem fortgesetzten Machtmissbrauch nicht nur jedes Augenmaß, sondern vielmehr gar den Verstand verloren?

(Beifall bei der AfD)

Ihre Kopf- und Planlosigkeit lässt sich sehr gut an den wechselnden wissenschaftlich begründeten Richtgrößen ablesen, die Sie uns nacheinander als maßgeblich für Ihre

alternativlosen Zwangsmaßnahmen verkauft haben. Erst war es der R-Wert, dann war es die Auslastung der Intensivbetten, dann wieder der Inzidenzwert, der allerdings auch immer weiter nach unten geschraubt wurde.

Aber halt! So ganz alternativlos scheint Ihre Politik dann doch nicht zu sein. Zumindest wird doch deutlich mit zweierlei Maß gemessen. Während nämlich die Bewegungsfreiheit der eigenen Landsleute massiv eingeschränkt worden ist, dürfen die anderen mit Asylforderungshintergrund weiter illegal und ungestraft unsere Grenzen passieren.

(Zuruf)

Während man keine Probleme damit hat, die eigenen Landsleute permanent in Angst und Schrecken zu versetzen, und während man keine Probleme damit hat, bei illegalen Gottesdiensten gläubiger Christen hart durchzugreifen, ist man bei der Durchsetzung des Corona-Regimes bei Beerdigungsfeiern sogenannter Großfamilien deutlich zurückhaltender.

(Zuruf)

Man will ja nicht von antirassistischen Hyänen als Fremdenfeind zerfleischt werden. Wir hören es ja hier gerade wieder. Aber wie jetzt mehr und mehr in den sogenannten Qualitätsmedien durchsickert, haben diese Doppelstandards leider auch unangenehme Folgen.

RKI-Chef Wieler musste unumwunden zugeben, dass überdurchschnittlich viele Patienten mit Migrationshintergrund mit COVID-19 auf den Intensivstationen behandelt werden – Patienten mit Kommunikationsbarrieren, die für Warnungen und Mitteilungen nicht erreichbar seien, so die politkorrekt-verschämte Umschreibung. Die Doppelmoral, mit welcher Sie hier agieren, ist genau die diskriminierende Praxis, die angeblich typisch für die AfD sein soll und die als Grund für unsere Bespitzelung herhalten soll.

(Beifall bei der AfD)

Wir aber sagen klipp und klar: gleiches Recht für alle. Es kann nicht sein, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen einen ethnischen oder kulturell-religiösen Bonus erhalten. Da können Sie auch noch so verzweifelt versuchen, die antivölkischen Beobachter vom Verfassungsschutz gegen uns in Stellung zu bringen. Die Wähler werden eine abstruse Einstufung der AfD als Verdachtsfall als das erkennen, was es ist: ein abgekartetes Spiel zwischen Politik, Medien und Verfassungsschutz, um uns im Superwahljahr maximalen Schaden zuzufügen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Dieses Spiel wurde nicht nur von den Bürgern durchschaut, sondern ganz aktuell auch vom Verwaltungsgericht in Köln. Ich zitiere gerne aus dem Urteil, das das Verwaltungsgericht in Köln heute gesprochen hat: weil in unvertretbarer, gegen das Grundgesetz verstoßender Weise in die Chancengleichheit politischer Parteien eingegriffen wird. – Das heißt – hören Sie gut zu; Sie können sich gleich noch einmal aufregen –, der Verfassungsschutz hat verfassungswidrig gehandelt.

(Zurufe)

Anstatt sich über das rechtswidrige Verhalten einer Behörde aufzuregen, wiederholen Sie hier Ihre Hetze.

Ich verspreche Ihnen an dieser Stelle eines: Die AfD wird sich von diesem Machtmissbrauch ebenfalls nicht verunsichern lassen. Wir sind nämlich das einzige parlamentarische Korrektiv zu Ihrer realitäts- und volksfernen Politik der gesellschaftlichen Selbstzerstörung.

(Zurufe)

Wir werden weiter unbeirrt unsere politisch-historische Rolle wahrnehmen – jetzt erst recht.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin gesagt, die junge Generation brauche eine Chance und das liege in Ihrer Verantwortung. Dann habe ich gedacht, jetzt kommen Wunder was für Inhalte, was Sie für die junge Generation tun wollen. Es gab lautes Klatschen, aber inhaltlich war wenig dahinter. Die junge Generation muss die Schulden bezahlen für das, was jetzt gerade hier passiert.

Wir haben, was noch viel schwerer wiegt, den Bildungsausfall. Das Ifo-Institut hat ausgerechnet, dass dieser Bildungsausfall 3,3 Billionen Euro betragen könnte. Noch nicht mit eingerechnet ist die ganze fehlende Vorschule, die Grundlage für die Bildung und die Entwicklung der Kinder. Noch nicht mit eingerechnet sind die psychischen Folgen der Lockdowns – diese sind heftig, wie die COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf gezeigt hat –, schon gar nicht so etwas wie fehlender Sport, fehlende musische Bildung, fehlende kulturelle Bildung und auch nicht das Hochschulleben. Niemand redet über die geschlossenen Universitäten und darüber, dass, wenn Jugendliche an einen neuen Ort kommen, alles geschlossen ist, dass sie ausgestorbene Universitäten und Studentenstädte vorfinden.

Wenn Sie Kindern und Jugendlichen wirklich helfen wollen, dann sorgen Sie dafür, dass zum Beispiel die Schuleingangsuntersuchungen wieder stattfinden. Gerade Kindern aus benachteiligten Schichten wäre damit sehr weitergeholfen. Wenn Ihnen Kinder und Jugendliche wirklich wichtig wären, dann würden Sie dafür sorgen, dass es Perspektiven gibt, auch für die Jugendarbeit und für das Vereinsleben. Das wirkt sich positiv auf den Bildungserfolg und auf alle möglichen Lebensbereiche aus.

Was Kitas und Schulen angeht, haben Sie heute noch mal großspurig betont, wie viele Tests Sie bestellt haben. Sie haben gemeckert, dass sich die Schüler und Lehrer nicht

testen lassen. Ich habe von Lehrern die Information, dass die Schüler und Lehrer zum Teil quer durch den Landkreis fahren müssen, um zu einem bestimmten Zeitpunkt an Tests zu kommen, während es in anderen Ländern Selbsttests und Schnelltests an den Schulen gibt, hier in Bayern aber noch nicht. Das Schlimmste ist, dass für Kinder unter 15 Jahren noch überhaupt kein Testangebot in Sicht ist. Das ist ein Skandal!

(Beifall bei der FDP)

Als ich gehört habe, auf Bundesebene gibt es eine "Taskforce Scheuer", habe ich erst gedacht, das ist eine Meldung aus dem "Postillon". Aber nein, dies war kein Scherz! Doch dann kam es noch schlimmer: Das Land ist für die Beschaffung der Tests für Schulen und Kitas zuständig. Als ich dann Herrn Piazzolo gefragt habe, wann die nun kommen, war er überrascht und hat gesagt: Dann will ich mich mal mit Herrn Holetschek zusammensetzen. Sie wollen sich einmal zusammensetzen und einen Gesprächskreis gründen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind der Chef! Nehmen Sie das doch einmal in die Hand und machen Sie Feuer unter dem Dach, damit diese Tests für Kinder kommen, und zwar bald, möglichst schnell. In Österreich wird seit Dezember getestet.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt zu den GRÜNEN. Unsere Priorität sind Kinder und Jugendliche. Wenn es nach uns ginge, wären die Schulen schon seit Anfang Februar mit einem guten Testkonzept offen. Aber wenn Sie jetzt sagen, wir lassen alles andere geschlossen, wem nützt es? Wir wollen nicht, dass alles andere geschlossen bleiben muss, nicht nur, weil die Eltern mit ihren Kindern in den Laden gehen müssen, um Kinderschuhe anzuprobieren. Nein, wir wollen das nicht, weil Mama und Papa der Kinder auch in Zukunft zum Beispiel noch eine Existenz brauchen, und wir wollen es deshalb nicht, weil Sie sagen: Ach, dann machen wir eben Schulden, der Staat zahlt das. Hauptsache, wir öffnen für die Kinder. Wir machen Schulden für die Kinder. Wer zahlt die Schulden? – Es ist die junge Generation, es ist die kommende Generation.

(Zurufe)

Wir stimmen Ihrem Antrag zu, darin steht das nämlich nicht so. Aber nach Ihrem Wortbeitrag mit diesen Aussagen und dem, was Sie offensichtlich auch noch wollen, nämlich die anderen Einrichtungen geschlossen zu lassen, damit machen Sie Politik gegen die junge Generation, und diese tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich lasse jetzt noch über die mitberatenen Dringlichkeitsanträge und weitere Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Klare Perspektiven für Bayern – Öffnungsschritte systematisch gehen, mehr Normalität ermöglichen, wachsam bleiben" auf der Drucksache 18/14357 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD-Fraktion und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Kindern und Jugendlichen in der Pandemie jetzt Vorrang geben, Gesundheit und Wohlergehen sichern!" auf der Drucksache 18/14358 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Lockdown und verfassungswidrige Maßnahmen beenden – Grundrechte wiederherstellen!" auf der Drucksache 18/14359 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die FDP. Stimmenthaltungen? – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verantwortungsvoll öffnen – mit einer klaren Impf- und Teststrategie!" auf der Drucksache 18/14360 abstimmen. Die SPD-Fraktion hat beantragt, über Teil I und Teil II des Dringlichkeitsantrags getrennt abstimmen zu lassen.

Wer Teil I des Dringlichkeitsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD- und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIE-WÄHLER-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist Teil I des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Wer Teil II des Dringlichkeitsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD- und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIE-WÄHLER-Fraktion und die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen bitte anzeigen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist auch Teil II des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Testen, Impfen, Öffnen" auf der Drucksache 18/14361 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – Das sind die CSU-Fraktion, die

FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die AfD-Fraktion, die SPD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.